

DER WEG ZUM ANSCHLUSS

Burgenlandschicksal 1928–1938



WISSENSCHAFTLICHE ARBEITEN AUS DEM BURGENLAND
(WAB)

Band 125

**Der Weg zum Anschluss
Burgenlandschicksal 1928–1938**

Begleitband zur Ausstellung

Eisenstadt, 2008

Vorwort

Kulturlandesrat Helmut Bieler 4

Einleitung 5

Pia Bayer

Burgenländische Landespolitik 1928–1933 6

Pia Bayer, Dieter Szorger

Das Burgenland im Ständestaat 1933–1938

- Die politische Entwicklung 16
- Der 12. Februar 1934 23
- Die Organisationsstruktur der Vaterländischen Front 31
- Die Arbeiterbewegung im Untergrund 35
 - Der Beginn der politischen Verfolgung
 - Der Aufbau der Untergrundorganisation der Revolutionären Sozialisten und Kommunisten
 - Die Volksfront gegen Hitler
- Die Entwicklung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) .. 43

Pia Bayer, Dieter Szorger

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten

- Die Anatomie der Machtergreifung 54
- Der Beginn der Verfolgungsmaßnahmen 66
 - Die erste Verhaftungswelle
 - Das NS-Terrorssystem
 - Die NSDAP
 - Die Geheime Staatspolizei (Gestapo)
 - Die Sicherheitsdienst-Außenstelle (SD) Eisenstadt
 - Die Kriminalpolizei (Kripo)
 - Die Opfer der politischen Verfolgung
 - Die Verfolgung der jüdischen Burgenländer
 - Die Verfolgung der burgenländischen Roma
- Die Volksabstimmung vom 10. April 1938 85
- Die Auflösung des Burgenlandes 95

Dieter Szorger

Biografien führender burgenländischer Nationalsozialisten 97

Zeittafel 1928–1938 104

Literaturverzeichnis 110

Danksagung 113

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wer kennt sie nicht, jene Propagandafilme aus den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts? Zu sehen ist meist ein kleiner Diktator auf ein Podest gestellt vor einer großen Menschenmenge, die ihm freudig zujubelt. Die kleinen Männer Hitler, Mussolini, Dollfuß gewannen durch die Massen an Größe. Die jubelnden Menschenmengen sollten jene Einigkeit des Volkes demonstrieren, von der ein großer Teil der Bevölkerung auf Grund ihrer politischen Überzeugung sowie ihrer ethnischen und religiösen Herkunft ausgeschlossen wurde.

Der Weg zum Anschluss von 1938 wurde vorbereitet durch das systematische Ausschalten Andersdenkender. Der diktatorische christlichsoziale Ständestaat austrofaschistischer Prägung führte ab 1934 Verhaftungen durch. Der junge österreichische Staat war jedoch nicht in der Lage, sich gegenüber den Annexionsbemühungen von Nazi-Deutschland zu behaupten und musste in der Folge den Verlust seiner Ei-

genstaatlichkeit hinnehmen. Das Burgenland verlor seine Selbstständigkeit, wurde aufgeteilt und verschwand von der Landkarte.

Intoleranz und Chauvinismus führten Österreich in jene Sackgasse, die in den Anschluss von 1938 und in den Zweiten Weltkrieg mündete. Die Hoffnungen vieler zunächst jubelnder Menschen wurden ebenso zunichte gemacht wie das Leben Tausender Gegner der beiden Diktaturen.

Die Geschichte unseres Landes von 1928 bis 1938 soll daher als Mahnung für heutige Generationen aufgearbeitet und vermittelt werden. Ähnliche Verhältnisse wie damals dürfen in einer modernen Demokratie ebenso wenig Platz haben wie Kriege in der Europäischen Union als größtem Friedensprojekt auf unserem Kontinent. Toleranz, Gesprächsbereitschaft und das Akzeptieren anderer Meinungen sind jene Grundlagen, auf denen Österreich nach 1945 wiedererrichtet wurde. Wir müssen auch in Zukunft ihre Gültigkeit bewahren.

Helmut Bieler
Kulturlandesrat

Die Dekade von 1928 bis 1938 hat die Republik Österreich und das Land Burgenland nachhaltig geprägt. Eine hartnäckige Wirtschaftskrise und die zwei Bürgerkriege des Jahres 1934 machten das Land sturmreif für den Nationalsozialismus.

Nach dem politischen Verständnis der handelnden Personen war das Einschlagen eines autoritären Kurses ein zeitgeistiger Lösungsansatz zur Bewältigung der politischen Krisen, und Österreich befand sich damit in guter Gesellschaft. Italien und Deutschland hatten den Weg vorgezeichnet und in der Zwischenkriegszeit faschistische Systeme etabliert.

Zu einer Zeit, als das Parlament in Wien sich bereits längst „selbst ausgeschaltet“ hatte (4. März 1933), warnten namhafte Sozialdemokraten in den letzten Landtagsitzungen vor dem Bürgerkrieg, den Weg des demokratischen Miteinander nicht zu verlassen. Ein letztes Mal bot sich die Sozialdemokratie als Kampfgefährte gegen den Nationalsozialismus an. Wenige Wochen

später – als Resultat des 12. Februar 1934 – wurde sie verboten und 38% der Burgenländer verloren ihre politische Heimat.

An die Stelle der politischen Parteien trat die „Vaterländische Front“. Sie vermochte die in sie gesteckten Hoffnungen – über ideologische Grenzen hinweg Sammelbewegung für alle patriotischen Österreicher zu werden – nie zu erfüllen. Die Sozialdemokraten blieben ihr weitestgehend fern und die Nationalsozialisten versuchten sie zu instrumentalisieren.

Nach nur 17 Jahren seines Bestehens und ohne die Chance einer politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Konsolidierung verschwand das Land am 15. Oktober 1938 von der politischen Landkarte.

Die Geschichte des Burgenlandes in der Ersten Republik war geprägt von Phasen des Konsenses und Konflikten, von Aufbau und Zerstörung, von Verfolgung und Widerstand. Der Weg führte direkt in den „Anschluss“ des Jahres 1938.

Auf Grund der besseren Lesbarkeit wurden geschlechtsneutrale Formulierungen unterlassen.

„Den entscheidenden Sieg über die Sozialdemokraten kann nur die ‚Christlich-soziale Partei-Heimwehr‘ erringen. Jeder, der die kleinen Splitterparteien wählt, der trägt dazu bei, daß in unseren Gemeinden und im ganzen Lande die Sozialdemokraten ihren schädigenden Einfluß beibehalten. Wenn dieser Einfluß uns nicht paßt, so sollen wir nicht schimpfen, sondern uns gegen die Sozialdemokraten stellen und nicht die kleinen Parteien unterstützen, die nur den Sozialdemokraten Schützendienst leisten (...).“

Wahlpropaganda der „Christlichsozialen Partei-Heimwehr“ für die Landtagswahl am 9. November 1930

BURGENLÄNDISCHE LANDESPOLITIK 1928–1933

Von den „Schüssen von Schattendorf“ 1927 bis zu den Jahren 1933/34 vollzogen sich in Österreich ein Prozess der systematischen Zerschlagung der Demokratie und eine zunehmende Radikalisierung der Innenpolitik, die letztendlich 1934 in einen Bürgerkrieg und zur Ermordung des amtierenden Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß führte.

Obwohl die burgenländische Landespolitik – traumatisiert durch das Ereignis von Schattendorf – gewillt war, den „politischen Kampf mit geistigen Waffen auszutragen“ (Zitat Ludwig Leser), war sie damit konfrontiert, dass immer mehr Wehrverbände gegründet wurden und sich somit der Kampf unweigerlich auf die Straße verlagerte. Die ersten Zwischenfälle zwischen dem Republikanischen Schutzbund und den Heimwehren ereigneten sich im Oktober 1928. Da weitere Auseinandersetzungen folgten, erließ Landeshauptmann An-

ton Schreiner, der nach der Demission Josef Rauhofers am 10. Jänner 1928 ins Amt gewählt worden war, im Juni 1929 ein allgemeines Aufmarschverbot mit folgender Begründung:

„Da sich in letzter Zeit in vielen Orten anlässlich von Aufmärschen arge Ruhestörungen ereignet haben, die auch von der Verletzung von Menschenleben begleitet waren und die Länder Wien und Niederösterreich Aufmarschverbote erlassen haben, somit die Wahrscheinlichkeit besteht, dass das Burgenland infolge seiner Lage das Aufmarschgebiet der verschiedenen Selbstschutzverbände werden könnte, wäre – um die Ordnung und Ruhe im Lande zu erhalten, gleichfalls ein Aufmarschverbot zu erlassen.“

Um angesichts des in der Sommerzeit zu gegenwärtigen Fremdenzustromes etwaige Ruhestörungen, die sich aus Anlass

von öffentlichen Aufmärschen u. dgl. ergeben könnten, hintanzuhalten, sowie um Störungen des Wirtschaftslebens in der Zeit des gesteigerten Verkehrs und der Ernte zu verhindern, werden die Herren Leiter der Bezirkshauptmannschaften und der Herr Leiter des Polizeikommissariates in Eisenstadt (...) angewiesen, alle Aufmärsche uniformierter Selbstschutzverbände (...) in militärischer Ordnung unter freiem Himmel sowie alle Versammlungen unter freiem Himmel (...) vom 16. Juni bis 15. September 1929 zu untersagen.“

Die Regierung Schreiner war trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten die stabilste und eine der erfolgreichsten burgenländischen Regierungen während der Ersten Republik. Allerdings scheiterte sie an ihrer größten Aufgabe: der Bodenreform. Mitten in diesen Debatten

Foto: BLA



*Landeshauptmann Anton Schreiner
10. Jänner 1928 – 24. Juli 1929
10. Dezember 1930 – 28. Oktober 1931*

demissionierte Schreiner aus „persönlichen Gründen“. Ihm folgte am 24. Juli 1929 der Neusiedler Pfarrer Prälat Johann Thullner ins Amt.

Foto: BLA



*Landeshauptmann Johann Thullner
24. Juli 1929 – 10. Dezember 1930*

In Thullners Amtszeit fällt die Schlusssteinlegung des Landhauses in Eisenstadt am 14. Dezember 1929. Der feierliche Einzug der Landesregierung in die neuen Räumlichkeiten erfolgte schließlich am 31. März 1930.

Das Jahr 1930 brachte für die burgenländische Heimwehrebewegung eine Wende, die vom Landesführer Franz Binder durch seine Weigerung, den „Korneuburger Eid“* zu leisten, eingeleitet wurde. Binder legte seine Stellung als Landesführer nieder, sein Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter Michael Vas, der bereit war,

Foto: BLA



Schlusssteinlegung des Landhauses in Eisenstadt, 14. Dezember 1929, von li. nach re.: LAD Dr. Karl Heger; LH Johann Thullner; LH-St. Ludwig Leser.

den Eid auf das faschistische Programm abzulegen. Im Zuge der Diskussion über das Korneuburger Heimwehrprogramm kam es zu einer Aufspaltung der Heimwehrbewegung in einen christlichsozialen und einen nationalen Flügel. Diese Aufspaltung führte dazu, dass den Christlichsozialen der Einfluss auf die Heimwehren zunehmend zu entgleiten drohte. Die Reibungen zwischen

der Christlichsozialen Partei und den Heimwehren waren nicht mehr zu übersehen und hatten auch ihre Auswirkungen auf die bevorstehenden Landtagswahlen.

Die letzte Landtagswahl im Burgenland vor der Zerschlagung der Demokratie fand am 9. November 1930 statt, gleichzeitig wurden auch Nationalratswahlen abgehalten. Im Vorfeld dieser Wahl hatte sich das

Foto: BLA

Bundespräsident Wilhelm Miklas (10. Dezember 1928 – 13. März 1938) wurde zur Begrüßung ein Blumenstrauß überreicht.



Parteienspektrum des Burgenlandes erweitert: Erstmals kandidierten nun auch die Nationalsozialisten, der nationale Teil der Heimwehr – vorwiegend die beiden nördlichen Bezirke – unter der Bezeichnung „Heimatblock“ und die Kommunistische Partei. Die Christlichsoziale Partei bildete mit der offiziellen Heimwehr unter Vas eine Einheitsliste mit der Bezeichnung „Christlichsoziale Partei und Heimwehr“. Der Landbund und die Großdeutsche Partei traten gemeinsam als „Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund“ auf.

Die Wahl brachte im Burgenland nur geringfügige Veränderungen. Die Christlichsozialen verloren an die 2300 Stimmen gegenüber der „Einheitsliste“ 1927, behielten aber ihre 14 Mandate im Landtag. Die Sozialdemokraten verloren an die 4500 Stimmen, konnten aber ihren Stand von 1927 mit 13 Mandaten ebenso halten wie der Landbund mit 5 Mandaten. Auf Bundesebene hingegen verloren die Christlichsozialen 7 Mandate, während die Sozialdemokraten mit einem Gewinn von 3 Mandaten zur stärksten Partei im Parlament wurden. Leer hingegen gingen der Heimatblock (2,3%), die Nationalsozialisten (0,7%) ebenso wie die Kommunisten (0,4%) aus.

Das Ergebnis der Wahl dokumentierte deutlich, dass die beiden großen traditionellen Parteien die Mehrheit der Wähler hinter sich und die offen faschistischen Verbände zu diesem Zeitpunkt noch keinen wesentlichen Rückhalt in der Bevölkerung hatten.

Bei der Wahl des Landeshauptmannes, dessen Nominierung den Christlichsozia-

len zustand, zeigte sich, dass einerseits die Fronten zwischen den beiden Großparteien festgefahrener als je zuvor waren, andererseits trat innerhalb der Christlichsozialen Partei ein „Generationskonflikt“ zu Tage, demnach die Jüngeren wie Dipl. Ing. Hans Sylvester, Lorenz Karall oder Johann Wagner – bereits von faschistischen Zeittendenzen erfasst – den älteren Taktikern eine zu moderate Haltung gegenüber den Sozialdemokraten vorwarfen. Schließlich wurde Anton Schreiner mit den Stimmen aller Parteien zum Landeshauptmann gewählt. Sein Vorgänger Thullner erhielt den Posten des 1. Landtagspräsidenten, Ludwig Leser bekleidete erneut das Amt des Landeshauptmannstellvertreters.

Am 3. Mai 1931 fanden Gemeinderatswahlen statt, die besonders aus nationalsozialistischer Sicht interessant erscheinen: Während die Nationalsozialisten ein halbes Jahr zuvor nur bescheidene 0,7% der Stimmen errungen hatten, verstärkte die Partei im Zuge der Wahlwerbung ihre Aktivitäten und konnte bei diesen Wahlen, in all jenen Orten, in denen sie kandidierte, mindestens ein Mandat erreichen. In Mönchhof wurde die NSDAP auf Anhieb stimmenstärkste Partei und stellte bis zum Verbot im Juni 1933 sogar den Bürgermeister.

Auf Landesebene stand nach nur zehn Monaten erneut die Wahl eines Landeshauptmannes an, nachdem Anton Schreiner am 5. Oktober 1931 zurückgetreten war. Und wie wenige Monate zuvor erfolgte auch diese Wahl unter erstarrten Fronten: Die Christlichsozialen waren

Quelle: BLA

Es freut uns Christlichsoziale anherberzlich, daß der jetzige Bizekanzler
den Kriegsoptern eine außerordentliche Hilfe von 2.000.000 S
gegeben hat.

Ein jeder Wähler woch, daß die Christlichsoziale Partei mit aller Ent-
schiedenheit für die religiöse, sittliche und vaterländische Erziehung der Jugend
eintritt. Sie ist die einzige Partei, die da eine ganz offene einseitige Einset-
lung hat.

Achtung, Christlichsoziale!

Das richtige Stimmzettel ist jenes, das Ihr mit dieser Ausführungschrift
erhaltet. Was dieses Stimmzettel ausseht, könnt Ihr am Ende dieser Ausführungs-
schrift sehen.

Andere Stimmzettel dürft Ihr nicht annehmen, auch dann nicht, wenn
etwas christliches darauf steht. Für die christlichen Wähler sind nur diese
Stimmzettel gültig.

Die Abstimmung ist geheim.

Niemand kann Euch wegen Eurer Abstimmung Schwierigkeiten machen.
Nah! auch die Christlichsozialen Stimmzettel von niemand abnehmen.

Das Agitationslokal der Christlichsozialen Partei ist:
ParteiSekretariat der Christlichsozialen Partei des Burgenlandes, Eisen-
stadt, Hauptstraße 21.

Wer bei der Wahl wie immer Schwierigkeiten hat, oder der für sich,
oder für andere Stimmzettel braucht, wendet sich an das obige Agitationslokal.

Männer und Frauen von Eisenstadt!

Geht alle am 9. November wählen, Wählt mit dem Stimmzettel:

Christlichsoziale Partei—Heimatwehr.

Traget bei, daß mit der Christlichsozialen Partei unsere demöhrten
Führer Bundeskanzler Dugoin und Bundesminister Seipel auch in weiterer
Zukunft an der Spitze der Verwaltung für unser hehgeheiltes Vaterland wirken
können.



Der Christlichsoziale Wähler wählt mit folgendem Stimmzettel. Alle
anderen sind für Christlichsoziale nicht gültig.



Eigenhant, Herausgeber und Verleger: Bundessekretariat der Christlichsozialen Partei des
Burgenlandes, Eisenstadt 21. — Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Lundenich, Schriftf.,
Reichs-straÙe 169. — Typograph-Verlagsgesellschaft u. Druck: Georg Henrich, Eisenstadt, Hauptstraße 22.

Wahlbroschüre der Christlichsozialen Partei-Heimatwehr für die Wahl am
9. November 1930.

Foto: BLA



*Landeshauptmann Dr. Alfred Walheim
(25. November 1931 – 18. Februar 1934).*

nicht mehr bereit, mit den Sozialdemokraten einen Kompromiss einzugehen und stellten nicht wie bisher mehrere Kandida-

ten zur Wahl, sondern beharrten auf Johann Thullner, der von den Sozialdemokraten hartnäckig abgelehnt wurde. Auf Betreiben Ludwig Lesers – und parteiintern nicht unumstritten – setzte sich die Sozialdemokratische Partei daraufhin mit dem Landbund in Verbindung und wählte mit diesem am 25. November 1931 Dr. Alfred Walheim zum neuen Landeshauptmann. Mit diesem Schachzug hatte Leser die Christlichsozialen zunächst überrollt, bis Walheim aber selbst auf die Linie der Christlichsozialen Partei einschwenkte. Mit seiner Hilfe war es den Christlichsozialen möglich, die Sozialdemokraten mit einer Zweidrittelmehrheit zu überstimmen.

All diese Ereignisse standen bereits unter dem gewaltigen Druck der hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Burgenland, die 1929 noch im Durchschnitt um die 4600 betragen hatte, erhöhte sich 1932 und 1933 auf über 8000 und somit an die 75%. Besonders schwer betroffen waren die Bau-

Foto: Gemeindefacharchiv Hornstein



*Ein „Heer“ von
Arbeitslosen vor
dem Arbeitsamt in
Eisenstadt, um
1935.*

arbeiter, die in den benachbarten Bundesländern, vor allem in Wien, ihre Arbeitsplätze verloren, da die Unternehmer verpflichtet waren, den Bedarf an Arbeitern vorrangig durch örtliche Arbeitslose zu decken. Die Zahl der „Ausgesteuerten“, also jener Menschen, die den im Gesetz vorgesehenen Zeitraum für die Arbeitslosenunterstützung überschritten hatten und die nur noch Notstandshilfe bekamen, wuchs rasant an. Bereits 1931 übertraf in vielen Gemeinden die Zahl der Arbeitslosen jene, die noch eine Beschäftigung hatten.

Die Burgenländische Freiheit vom 13. August 1932 berichtet:

„Der Stand der Notstandshilfe-Bezieher

erreicht mit 31. Juli 1932 eine im Burgenland noch nie verzeichnete Höhe von 3333, darunter 285 Frauen. Gegenüber dem 15. März 1931 bedeutet dies eine Steigerung von 30%.“

Auch das dörfliche Kleingewerbe und die Landwirtschaft blieben von der Wirtschaftskrise nicht verschont. Die politische Konsequenz zeigte sich in einem immer stärkeren Abbröckeln der etablierten politischen Parteien, während die Nationalsozialisten einen regen Zulauf verzeichnen konnten. Darüber hinaus häuften sich die Zusammenstöße zwischen den einzelnen Wehrformationen.

Quelle: BLA - Lage- und Vorfalleneiten

Im Grunde der §§ 2 und 3 des Ges. vom 14. November 1867, RGBL. Nr. 135, wird Ihnen hie mit b e s o h e i n i g t, dass Sie mit Zuschrift vom 11. VI. 1932 beim Bundespolizeikommissariat Eisenstadt die Abhaltung eines „Deutschen Tages“ am 2. und 3. Juli 1932 nach nachfolgendem Programm a n g e s e i g t haben:

Samstag, den 2. Juli 1932 :

19 Uhr	Eintreffen der SA. und HJ.,
20 Uhr	Aufstellung am Kirchenplatz in Oberberg-Eisenstadt,
20 ^{h30}	Fackelzug durch die Stadt mit dem Wege Oberberg, Wiener-Haupt-Permayr-Rheinland-Neusiedler-Pfarr- und Haydngasse, bis Gasthof „weisse Rose“,
21 Uhr	Festversammlung im Rosensaal bis 1 Uhr mit Abg. Leopold und Abg. Rentmeister als Redner. Sollte der Rosensaal nicht alle Teilnehmer fassen können, wird auch der Garten benützt werden.

Sonntag, den 3. Juli 1932.

6 Uhr	Tagwache,
7 Uhr	Frühstück der SA.,
9 Uhr	SA.-Apell am Kirchenplatz in Oberberg-Eisenstadt,
9 ^{h30}	Abmarsch zur öffentl. Anschlusskundgebung am Hauptplatz in Eisenstadt, Redner: Abg. Leopold und Abg. Rentmeister,
11 Uhr	Kranzniederlegung der SA. am 76er Denkmal im Parke der Schulkaserne, Platskonzert der SA.-Musik am Hauptplatz,
12 ^{h30}	Mittagessen der SA.,
15-18h	Gartenkonzert der SA.-Musik im Gasthof „Burgstall“ Eisenstadt
ca 18 Uhr	Abfahrt der auswärtigen SA.- und HJ.-Verbände.

Die vorbenannten Veranstaltungen können in der Voraussetzung abgehalten werden, dass die hiefür massgebenden gesetzlichen und besonderen behördlichen Vorschriften beachtet werden.

Behördliche Genehmigung für die Abhaltung des „Deutschen Tages“ mit Programmbeschreibung.

Foto: BLA



SA-Aufmarsch am 3. Juli 1932 durch die Hauptstraße in Eisenstadt.

Am 2. und 3. Juli 1932 veranstalteten die Nationalsozialisten in Eisenstadt einen so genannten „Deutschen Tag“, in dessen Verlauf es zu schweren Zusammenstößen mit dem Republikanischen Schutzbund kam. Die Nationalsozialisten stürmten die Parteizentrale der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und verletzten Ludwig Leser.

Die Burgenländische Sozialdemokratische Landespartei antwortete darauf eine Woche später mit einem Großaufmarsch des Republikanischen Schutzbundes und einer Massenkundgebung auf dem Hauptplatz in Eisenstadt, an dem an die 2500 Menschen teilnahmen. Zu den Gastrednern gehörten Dr. Otto Bauer, Dr. Julius Deutsch, Stadtrat Paul Speiser und Ignaz Till.

Foto: BLA



Ludwig Leser wurde am 3. Juli 1932 im Parteihaus in Eisenstadt von SA-Männern zusammengeschlagen.

Foto: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung



Großveranstaltung des Republikanischen Schutzbundes in Eisenstadt, 10. Juli 1932. Dr. Otto Bauer (Mitte) hält eine Rede, die Brüstung der Rednertribüne ist von einem Transparent mit der Aufschrift „Freundschaft“ geziert.

Am 2. Juli 1933 fand in Eisenstadt eine große vaterländische Kundgebung vor dem Landhaus statt, an der auch Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß teilnahm. Die Burgenländische Heimat berichtete darüber:

„Aus allen Teilen des Landes waren ungefähr 12.000 Männer und Frauen (...) erschienen (...). Aus den Bezirken rund um den Neusiedler See waren 4 Regimen-

ter der christlichsozialen Heimwehrorganisationen mit ihren neuen Fahnen (...) erschienen (...). Ferner waren noch zahlreiche andere uniformierte Organisationen erschienen, die Frontkämpfer, die Sturm-scharen, die Turnerschaft, die Reichsbündler. Sehr zahlreich war auch die Teilnahme aus den von Kroaten bewohnten Gemeinden des nördlichen Burgenlandes.“

Fotos: BLA



Kundgebung der Vaterländischen Front vor dem Landhaus in Eisenstadt, 2. Juli 1933, anwesend auch Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß.

** Die wichtigsten Stellen des Korneuburger Eides vom 18. Mai 1930 lauten: „Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohle des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen (...). Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen (...). Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und liberalkapitalistische Wirtschaftsgestaltung (...).“*

„Zwei Dritteln des Volkes in dieser Republik wird von der Regierung die Freiheit geraubt (...). Jeden Tag kann man es erleben, daß durch einen Regierungserlaß ein Stück der Verfassung nach dem anderen von dieser Regierung vergewaltigt wird (...). Wenn sie jetzt mit Notverordnungen, mit Terrorakten gegen uns vorgehen, (...) damit werden Sie uns nicht unterkriegen, auch nicht mit der Drohung von Konzentrationslagern! Wir werden für die Idee der Freiheit, die wir meinen, für die Freiheit der Menschheit kämpfen gegen die Mächte, die heute in Österreich und in Europa faschistisch sind!“

Aus einer Rede von SDAP-Abg. Hans Bögl in der Landtagsitzung vom 22. Juni 1933

DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Entscheidungen der Jahre 1933/34, welche auf Bundesebene von dem seit Mai 1932 amtierenden Bundeskanzler Dollfuß getroffen wurden, änderten auch im Burgenland die Situation von Grund auf. Am 4. März 1933 entledigte sich der Bundeskanzler des Parlaments, ohne dies zunächst selbst geplant zu haben. Mit der so genannten „Selbstauflösung des Parlaments“* begann die Umwandlung Österreichs in einen autoritären Ständestaat, den man im Mai 1934 mit einer neuen Verfassung zu legitimieren versuchte.

Die Sozialdemokraten waren die ersten, die den neuen autoritären Kurs zu spüren bekamen. Ihre Presseorgane wurden zensuriert, Versammlungen verboten und am 31. März 1933 wurde der Republikanische Schutzbund von der Regierung aufgelöst. Der neue Kurs war eindeutig auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung ausgerichtet, als unmittelbares Ziel galt die Beseiti-

gung aller gewählten Vertretungen, in denen noch Sozialdemokraten saßen. Am 26. Mai 1933 folgte das Verbot der Kommunistischen Partei, am 19. Juni 1933 wurde auch die NSDAP in Österreich verboten.

Anfang 1934 stießen in fast allen Bundesländern faschistische Verbände und Spitzenpolitiker vor, um die gewählten Landesregierungen von Demokraten zu „säubern“. Im Burgenland legten die Führer der Vaterländischen Front (VF), der Burgenländischen Landeschützen, des Österreichischen Heimatschutzes im Burgenland und der Ostmärkischen Sturmsharen Landeshauptmann Walheim eine Resolution vor, in der sie eine Säuberung aller „Staatsfeinde“ aus Landtag und Regierung, aus allen Ämtern, Schulen sowie allen anderen öffentlichen Institutionen forderten. Diese Aufforderung erlangte allerdings keine Bedeutung mehr, da die Ereignisse des 12. Februars 1934 die Grundlage für viel weitreichendere Maßnahmen schufen.

Foto: BLA



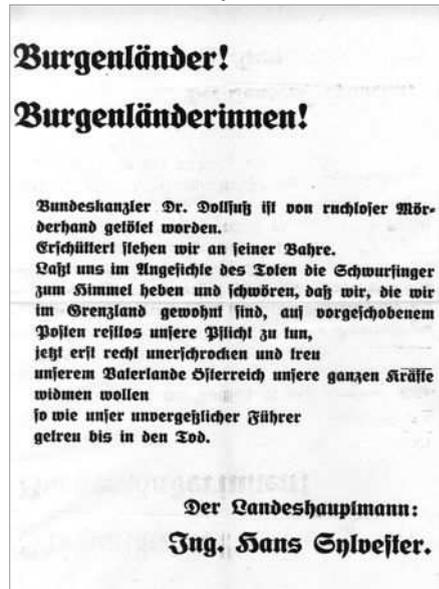
Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß wurde am 25. Juli 1934 vom SS-Mann Otto Planetta im Bundeskanzleramt erschossen.

Am 12. Februar 1934 kam es zur Erhebung der seit Monaten gedemütigten und entrechteten Sozialdemokratie. Während es in den meisten Bundesländern, vor allem in Wien, zu schweren, blutigen Auseinandersetzungen kam, gab es im Burgenland nur vereinzelt Zwischenfälle. Als unmittelbare Folge der Unruhen folgten noch am selben Tag das Verbot der Sozialdemokratischen Partei, die Auflösung aller ihrer Nebenorganisationen und das Erlöschen sämtlicher sozialdemokratischer Mandate in allen öffentlichen Körperschaften.

Das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus dem politischen Leben bewirkte große Veränderungen vor allem auch im Hinblick

darauf, dass durch eine Ergänzung der Verordnung auch alle jene Mandatare ihr Amt verloren, die mit den Stimmen der Sozialdemokraten gewählt worden waren. Dies traf auf Landeshauptmann Walheim zu, der dadurch gezwungen war, zu demissionieren. Am 22. Februar 1934 folgte ihm Dipl. Ing. Hans Sylvester, Führer der Vaterländischen Front, als Landeshauptmann nach. Die Gemeindevertretungen, die nun den Namen „Gemeindetag“ erhielten, mussten nach dem Ausscheiden der sozialdemokratischen Gemeinderäte umbesetzt werden. „Säuberungen“ in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens führten für viele Sozialdemokraten zum Verlust ihres Arbeitsplatzes und damit zu massiven Existenzproblemen.

Quelle: BLA - Plakatsammlung



Plakat aus dem Burgenland zum Tod von Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß.

Am 25. Juli 1934 besetzten SS-Männer das Bundeskanzleramt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Sie beabsichtigten den Ministerrat zu verhaften, aber dessen Sitzung war schon beendet, und sie trafen nur Bundeskanzler Dollfuß und Staatssekretär für das Sicherheitswesen Major Emil Fey an. Dollfuß versuchte zu entkommen und wurde dabei erschossen. Die Putschisten wurden verhaftet und vor Gericht gestellt, sieben davon hingerichtet. Während der Putsch in Wien von der SS vorbereitet und durchgeführt wurde, war der Aufstand in den Bundesländern eine Aktion der SA. Zum Zentrum des Aufstands entwickelte sich die Steiermark, darüber hinaus kam es zu Erhebungen in Kärnten, Salzburg und Oberösterreich. Am 26. Juli überfielen Nationalsozialisten das Zollhaus in Minihof-Liebau im südlichen Burgenland. Der Angriff konnte aber abgewehrt werden, die nach Ungarn geflüchteten Putschisten wurden den österreichischen Behörden überstellt.

Das Jahr 1934 brachte auch für die noch verbliebenen Parteien das Ende: Im Frühjahr lösten sich der Landbund und die Großdeutsche Partei auf. Am 16. Oktober, im Zuge der letzten Landtagssitzung nach alter Verfassung, kam es zur Selbstauflösung der Christlichsozialen Partei des Burgenlandes. Damit war die im Mai 1933 gegründete Vaterländische Front endgültig zum alleinigen Träger der politischen Willensbildung geworden. Gemäß ihrem Programm verstand sie sich als überparteiliche Zusammenfassung aller regierungstreuen Österreicher und wandte sich gegen Kapitalismus, Marxismus, Nationalismus und Parteienherrschaft.

Am 1. November 1934 trat (gemäß dem Burgenländischen Landesverfassungsgesetz vom 16. Oktober 1934) die neue burgenländische Landesverfassung in Kraft, am 11. November fand die erste Sitzung des burgenländischen ständischen Landtages statt.

Gemäß der neuen Verfassung sollte der Landtag für jeweils sechs Jahre gebildet werden und aus dreißig Mitgliedern bestehen, die aus Vertretern der römisch-katholischen Kirche, der evangelischen Kirche, des Schulwesens und der berufsständischen Hauptgruppen ernannt werden sollten. Der Landeshauptmann wird vom Bundespräsidenten auf Grund eines Dreivorschlages des Landtages, der Landesstatthalter (Landeshauptmannstellvertreter) und die Landesräte werden vom Landeshauptmann ernannt.

Der Aufbau der berufsständischen Ordnung gelang im Wesentlichen nur bei den Bauern. Ende 1935 beschloss der Landtag ein Gesetz über die Errichtung eines Berufsstandes der Land- und Forstwirtschaft, dessen Herzstück die Schaffung des Bauernbundes war. Im Bereich des Gewerbes wurden die Zünfte mit einem Zunftmeister an der Spitze geschaffen. Die Eingliederung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in den Ständestaat sollte über die „Soziale Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) erfolgen, die im März 1935 gegründet wurde und innerhalb eines Jahres auch im Burgenland in allen Landesteilen Bezirksstellen besaß. Als wesentliches Mittel des Legitimationsversuches

Foto: BLA



Festsitzung der Vaterländischen Front im Landhaus: Ständischer Landtag und Landesregierung, anlässlich der Jubiläumsausstellung der Burgenländischen Landwirtschaftskammer, 1936.

Landesregierung (sitzend): LH Dipl.Ing. Hans Sylvester (4. v. li.), Landesstatthalter Max Coreth (6. v. li.), LR Michael Berthold (7. v. li.), LR Dr. Karl Posch (8. v. li.), LR Dipl.Ing. Franz Strobl (9. v. li.); 1. Präsident (stehend) Michael Koch.

des neuen Regimes diente das Schulsystem. Lehrpläne, Unterrichtsbehelfe und Schulbücher wurden ab 1934 konsequent an den neuen Zielen ausgerichtet, die mit „religiös-sittlich, vaterländisch und sozialvolkstreu“ umschrieben wurden. Im März 1935 beschloss die Burgenländische Landesregierung die Auflassung der Staatsvolksschulen im Burgenland – diese wurden als konfessionelle oder Gemeinde-Volksschulen weitergeführt. Ab 1936 setzte in den Schulen verstärkt eine merklich vormilitärische Jugenderziehung ein.

Um der Landwirtschaft billige Arbeitskräfte zu verschaffen, beschloss der Landtag im März 1936 ein Gesetz über die Kinderarbeit, demzufolge Kinder ab „dem vollendeten 10. Lebensjahr zu leichten Arbeiten wie Viehhüten, Kartoffelklauben, Aufbinden von Weinreben, Abschneiden von Trauben bei der Lese, Rübenvereinzeln (...) herangezogen werden dürfen. Den Kindern soll im Winter eine Ruhezeit von zehn Stunden, im Sommer von neun Stunden gewährt werden (...). Außer Sonn- und Feiertagen ist den Kindern im Monat ein vollenkommen freier Tag zu gewähren (...).“

1936 erfolgte die Schaffung einer Burgenlandhymne im Rahmen eines Wettbewerbes, initiiert von der Vaterländischen Front. Am 22. Mai 1936 erklärte die Burgenländische Landesregierung die Hymne mit dem Text von Dr. Ernst Görlich in der Vertonung von Peter Zauner zur offiziellen burgenländischen Landeshymne.

Am 12. Februar 1938 traf Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg Adolf Hitler in Berchtesgaden. Das Berchtesgadener Abkommen beförderte nicht nur den Nationalsozialisten Arthur Seyß-Inquart zum Innenminister, sondern bewirkte auch eine am 19. Februar 1938 verkündete Generalamnestie für alle eingekerkerten Nationalsozialisten einschließlich der Juliputschisten. Darüber hinaus erhielten die Nationalsozialisten die Möglichkeit zur legalen Betätigung im Rahmen der Vaterländischen Front.

Am 24. Februar 1938 hielt Bundeskanzler Schuschnigg in einer außerordentlichen Sitzung des Bundestages eine Rede, in der er zu dem Treffen von Berchtesgaden Stellung bezog:

„Der deutsche Frieden nunmehr, wie ich das getroffene Abkommen bezeichnen möchte, legt neuerdings ausdrücklich denen, die sich zu nationalsozialistischen Gedankengängen bekennen, die Wege frei zur Mitarbeit mit allen anderen, sofern ihr Bekenntnis in offenem und klarem unzweideutig einbekanntem Einklang steht mit den Grundsätzen der Verfassung (...).“ Die Rede beschloss der Bundeskanzler mit dem historischen Satz *„Bis in den Tod. Rot-Weiß-Rot! Österreich!“*

In Eisenstadt wurde diese Rede in den überfüllten Sälen des Hotels „Weiße Rose“, des Haydnkinos und der Arbeiterkammer gehört. Anschließend zogen die Teilnehmer – an die 2500 Menschen – zum Dollfußplatz (heute Europaplatz) und zur Neusiedlerstraße.

Weniger als einen Monat später entschied sich Bundeskanzler Schuschnigg zu einem weiteren Schritt, den Unabhängigkeitswunsch Österreichs und damit eine klare Absage an einen Anschluss an das Deutsche Reich zu manifestieren: Am 9. März kündigte er eine Volksbefragung für den 13. März 1938 an. Gegenstand der Volksbefragung sollte das Bekenntnis sein für *„ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! Für Friede und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen!“*

Die Volksbefragung sollte auf Grund der gespannten Lage so rasch wie möglich durchgezogen werden. Einer – durchaus realistischen – Einschätzung Schuschniggs zufolge sollen 25% der Bevölkerung für ihn und somit gegen den Anschluss an das Deutsche Reich und ebenso 25% für Hitler gewesen sein, der Rest würde sich danach richten „wie der Hase läuft“. Es kam somit darauf an, die entscheidenden Gegner Hitlers und die große Masse mit einem gewaltigen Propaganda- und Organisationsapparat zu mobilisieren.

Interessante Details aus der Kundmachung zur Durchführung der Volksbefragung im Landesgesetzblatt vom 11. März 1938 sind unter anderem:

„Der Ausschank von geistigen Getränken ist am Vortage der Abstimmung und am Abstimmungstage bis zur Beendigung der Abstimmung allgemein verboten.“

„Diejenigen Personen, die mit „Nein“ zu stimmen wünschen, müssen einen Zettel im Format von etwa 5 mal 8 cm mit dem Worte „Nein“ handschriftlich beschreiben.“

„Dem Stimmberechtigten ist es gestattet, seinen Stimmzettel in einem Briefumschlag abzugeben. Briefumschläge werden nicht beigestellt.“

„Wenn ein Briefumschlag mehr als einen Stimmzettel enthält, die Stimmzettel jedoch die gleiche Antwort geben, wird nur eine Stimme gezählt. Enthalten die Stimmzettel sowohl eine bejahende, als

auch eine verneinende Antwort, wird die Abstimmung als bejahend gezählt.“

Die Volksbefragung wurde schließlich nicht mehr abgehalten. Am 13. März 1938 wurde das Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich verkündet – der „Anschluss“ war somit vollzogen.

In einigen abgelegenen Orten in Niederösterreich und Tirol, in Fritzensdorf, Kleinpertenschlag, Pehendorf, Großgerungs, Reitzenschlag und Innervillgraten soll die abgesagte Volksbefragung dennoch durchgeführt worden sein. In Innervillgraten in Osttirol sollen 95 Prozent für die Unabhängigkeit Österreichs gestimmt haben.**

Quelle: BLA - Plakatsammlung

Volk von Österreich!

Zum ersten Male in der Geschichte unseres Vaterlandes verlangt die Führung des Staates ein offenes Bekenntnis zur Heimat.

Donntag, der 13. März 1938

ist der Tag der Volksbefragung.

Ihr alle, welchem Berufsstand, welcher Volksschicht Ihr angehört, Männer und Frauen im freien Österreich, Ihr seid aufgerufen, Euch vor der ganzen Welt zu bekennen: Ihr sollt sagen, ob Ihr den Weg, den wir gehen, der sich die soziale Eintracht und Gleichberechtigung, die endgültige Überwindung der Parteienzerklüftung, den deutschen Frieden nach innen und außen, die Politik der Arbeit zum Ziele setzt, — ob Ihr diesen Weg mitzugehen gewillt seid!

Die Barole lautet:

„Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich!
Für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen.“

Das ist das Ziel meiner Politik.

Dieses Ziel zu erreichen, ist die Aufgabe, die uns gestellt ist und das geschichtliche Gebot der Stunde.

Kein Wort der Barole, die Euch als Frage gestellt ist, darf fehlen. Wer sie bejaht, dient dem Interesse aller und vor allem dem Frieden! Darum, Volksgenossen, zeigt, daß es Euch ernst ist mit dem Willen, eine neue Zeit der Eintracht im Interesse der Heimat zu beginnen; die Welt soll unseren Lebenswillen sehen; darum, Volk von Österreich, siehe auf wie ein Mann und stimme mit

ja!

Front-Heil! Österreich!
Schuschnigg

Freiheit!

Soziale Gerechtigkeit!

Deutsche Treue!

Christliche Anständigkeit!

Arbeit für Alle!

Ordnung im Staate!

Ja oder Nein?

JA! Mit Schuschnigg für Österreich!

Propaganda der Vaterländischen Front für die Volksbefragung am 13. März 1938.

Quelle: BLA - Plakatsammlung



Dr. Kurt Schuschnigg.

** Als am 4. März 1933 im Verlauf einer hitzigen Debatte im Nationalrat alle drei Nationalratspräsidenten – Karl Renner (SDAP), Rudolf Ramek (CSP) und der Großdeutsche Sepp Straßner – ihre Funktion zurücklegten, nützte Dollfuß diese Geschäftsordnungspanne, um das Parlament auszuschalten. Eine für 15. März einberufene Nationalratssitzung wurde von Dollfuß mit Polizeigewalt verhindert. Die Regierung Dollfuß regierte von nun an mit Notverordnungen auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917!*

*** Diese Angabe ist nicht gesichert, da alle diesbezüglichen Dokumente unmittelbar nach der Wahl vernichtet wurden.*

„Der Sicherheitsdirektor für das Bundesland Burgenland hat im Einverständnis mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes in Wien und mit dem Oberstaatsanwalt in Wien gemäß § 429 St.P.O das Standrechtliche Verfahren in den Fällen des Aufruhrs für das Gebiet des Bundeslandes Burgenland angeordnet.“

Verhängung des Standrechtes, 12. Februar 1934

DER 12. FEBRUAR 1934

Die Befürchtung des Bundespartei-vorstandes der SDAP bezüglich einer behördlichen Auflösung des Republikanischen Schutzbundes führte schließlich am 26. März 1933 zur Umwandlung der Wehrformation in eine „Ordnerschaft“. Die Gruppierungen des Schutzbundes in ganz Österreich wurden daraufhin auf die bevorstehende Auflösung vorbereitet und instruiert, alle nötigen Vorkehrungen zu treffen. Als das behördliche Verbot des Schutzbundes per Telefondepesche des Bundeskanzleramtes (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit) am 31. März 1933 um 10.00 Uhr in Eisenstadt ankam, waren die burgenländischen Schutzbundgruppen längst damit befasst, die Vereinskassen, Mitgliederlisten, Vereinskorrespondenzen und vor allem die Waffen in Sicherheit zu bringen.

In den Depeschen wurden die burgenländischen Behörden von der Auflösung des Schutzbundes im gesamten Bundesgebiet offiziell informiert und die Schließung der Vereinslokale befohlen. Die Waffenbestände waren sicherzustellen und das Tragen der Schutzbunduniform wurde untersagt.

Am 1. April folgten die ersten Durchsuchungen der Vereinslokale des Schutzbundes und der Arbeiterheime. Das Bundespolizeikommissariat besetzte die Landesleitung in der Hauptstraße Nr. 5 in Eisenstadt und alle Bezirksorganisationen. Besonderes Augenmerk wurde auf die ehemaligen „Hochburgen“ der Arbeiterbewegung, wie Neufeld, Steinbrunn, Zillingtal, Siegendorf, Weppersdorf oder Neutal, gelegt. Die burgenländischen Ortsgruppen waren darauf vorbereitet, so dass weder nennenswerte Waffenbestände noch die Mitgliedskarteien beschlagnahmt werden konnten. Erst bei nochmaligen Hausdurchsuchungen, ca. zwei Wochen später, konnte die Gendarmerie erste Erfolge erzielen und eine stattliche Anzahl von Waffen und Ausrüstungsgegenständen beschlagnahmen.

Für die Auflösung des Schutzbundes wurde ein amtlicher Kurator eingesetzt, dessen primäre Aufgabe die Sicherung des Vereinsvermögens war. Der Wiener Jurist Dr. Friedrich Bartl hatte dabei aber wenig Erfolg. Das beschlagnahmte Barvermögen der Landes- und aller Bezirksstellen zusam-

men betrug gerade einmal 15 Schilling. Letzter Landesobmann der „Landesorganisation Burgenland des Republikanischen Schutzbundes“ war Landespartei sekretär Hans Menzel, Schriftführer Franz Prünner und Kassier der spätere Nationalrat Anton Proksch.

Die Hausdurchsuchungen bei ehemaligen Funktionären des Schutzbundes und der SDAP häuften sich und die Gendarmerie begann leitende Funktionäre polizeilich zu überwachen. Die Organisationsstruktur des Schutzbundes musste deshalb umgestellt werden. Am 8. Mai 1933 meldete die Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf an die Landesregierung, dass die Tä-

tigkeit des Schutzbundes größtenteils von der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) übernommen wurde. Die Mitglieder der SAJ, die noch legal agieren durfte, waren größtenteils bereits vorher im Schutzbund organisiert gewesen und konnten sich ohne weiter polizeiliche Beobachtung bewegen. Um die weitere politische Tätigkeit zu ermöglichen und sich dem Zugriff der Exekutive zu entziehen, wurden das Vereinsvermögen und ein Teil der Waffen des Schutzbundes an die Jugendorganisationen weitergegeben.

Dennoch gelangen der Gendarmerie immer wieder Erfolge. Immer mehr illegale Waffendepots konnten ausgehoben werden. Allein am 25. Juli 1933 gelang im Be-

Foto: Kinderfreunde Burgenland, Sammlung Billes



Die Sozialistische Arbeiterjugend und die Wehrsportler der SDAP waren auch nach dem Verbot 1933 im Schutzbund aktiv.

zirk Oberwart die Sicherstellung von 32 Waffen. Auch in den Vereinslokalen der Arbeiterjugend, wie beispielsweise im Bezirksstützpunkt in Weppersdorf, wurden nun Waffenrazzien durchgeführt. Der politische Druck auf die Arbeiterbewegung nahm in den folgenden Wochen spürbar zu.

Vom 14. bis 16. Oktober 1933 fand ein außerordentlicher Parteitag der SDAP statt, bei dem unter dem Eindruck der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland der „Anschluss“ Österreichs an des Deutsche Reich aus dem Parteiprogramm gestrichen wurde. Gleichzeitig beschloss der Parteitag „vier Punkte“, die Auslöser des bewaffneten Widerstandes der Sozialdemokratie sein sollten. Dies waren (1) die Auflösung der Partei, (2) die Auflösung der Gewerkschaften bzw. die Unterstellung derselben unter einen Regierungskommissar, (3) die Besetzung des Wiener Rathauses und (4) die Proklamierung einer faschistischen Verfassung.

Am 12. Feber 1934 kam es schließlich zur Katastrophe. Im Zuge von Hausdurchsuchungen im Arbeiterheim „Hotel Schiff“ in Linz eskalierte die bereits angespannte politische Situation. Die ersten Schüsse fielen – abgefeuert von Angehörigen des Schutzbundes. Es folgten Arbeitsniederlegungen in den städtischen Betrieben in Wien, die zu blutigen Straßenschlachten führten. Bei der Erstürmung des Karl-Marx-Hofes in Wien – einer Bastion der Sozialdemokraten – setzte das mit der Wiederherstellung der Ordnung beauftragte Österreichische Bundesheer

schwere Geschütze ein. Darüber hinaus kam es noch in den obersteirischen Industriegebieten zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Österreich befand sich im Bürgerkrieg.

Unmittelbar nach Beginn der Kämpfe in Wien verhängte die Regierung Dollfuß das Standrecht. Öffentliche Zusammenrottungen, die als Aufruhr zu definieren waren, wurden unter Todesstrafe gestellt. Ab 20.00 Uhr waren private Häuser versperrt und öffentliche Lokale geschlossen zu halten. Gruppenbildungen auf öffentlichen Plätzen waren strikt untersagt. Eine Nachrichtensperre sollte das Durchsickern von Informationen verhindern. Dennoch verbreitete sich die Kunde vom Aufstand der Wiener Sozialdemokraten auch im Burgenland. Die burgenländischen Sicherheitsbehörden reagierten generalstabmäßig und nach vorgefertigten Plänen: Mit der Verhaftung von Landtagsabgeordneten Hans Bögl um 10.30 Uhr begann eine Verhaftungswelle. Führenden Sozialdemokraten, wie Landesrat Ignaz Till, die Bürgermeister Dr. Ernst Hoffenreich (Bad Sauerbrunn), Franz Schön (Neufeld an der Leitha) und Stefan Springschitz (Siegendorf) sowie der Direktor der Landeskrankenkasse, Adolf Berczeller, wurden noch am 12. Februar „vorbeugend“ in Haft genommen. Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig Leser konnte sich der drohenden Verhaftung nur durch seine Flucht in die Tschechoslowakei entziehen.

Die Schlagkraft des verbotenen Schutzbundes wurde durch die Verhaftung der Kommandanten, darunter auch Koloman

Foto: Kinderfreunde Burgenland, Sammlung Billes



Siegendorfer Schutzbund.

Tomsich, entscheidend geschwächt. Die Sozialdemokratie war ihrer Führungsriege beraubt und die Befehlsstrukturen des Schutzbundes zerschlagen. Der Aufstand schien für das Burgenland verhindert.

Nur in vier Orten des Burgenlandes kam es zu Zwischenfällen. In Neufeld an der Leitha wurde die führende Funktionärsriege gerade noch rechtzeitig verhaftet, bevor sie organisiert zurückschlagen konnte. Auch in Pötttsching gelang es der Gendarmerie eine beginnende Waffenverteilung zu verhindern. Mehr als 30 Personen wurden verhaftet und von der Gendarmerie verhört. Der Pötttschinger Arbeiterführer Vökl erholte sich von den dabei zugefügten Misshandlungen nie mehr und starb im August 1934. In Neutal beschlagnahmte die Gendarmerie ein Maschinen-

gewehr, 15 Gewehre und 10000 Patronen. Einzig in Siegendorf kam es zu einem ernstesten Zwischenfall.

Am Abend des 12. Februar erhielt der Gendarmerieposten Siegendorf den Auftrag, die führenden Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zu verhaften. Unter den Verhafteten befanden sich neben Bürgermeister NR Stefan Springschitz, dem ehemalige Kommandanten des Schutzbundes Franz Dragotinitis und zahlreichen Funktionären der Partei auch der Leiter der lokalen Arbeiterjugend Johann Szoldatics. Die Verhafteten wurden in der Bezirkshauptmannschaft in Eisenstadt festgehalten. Aus gesundheitlichen Gründen wurde Szoldatics noch am selben Tag enthaftet und nach Hause geschickt. In Siegendorf angekommen führte ihn sein erster Weg ins Parteilokal, wo gerade die Aus-

DAS BURGENLAND IM STÄNDESTAAT 1933-1938

Quelle: BLA - Opferfürsorge

J. M. K. K. K.

Gemeinde Siegendorf
Bez. Eisenstadt, Burgenland
Telephon Nr. 1, Postsp. Konto 88.216

Siegendorf, 3. August 1935.

Zahl:
Betreff:

Bescheinigung.

Seitens der Gemeinde Siegendorf wird hiermit bescheinigt, dass Johann S z o l d a t i t s, wohnhaft gewesen in Siegendorf Nr. 45 am 12. Febr. 1934 an der Februarrevolte teilgenommen hat und ist nach deren Niederschlagung in die Cechoslovakiei geflüchtet, wo er sich bis August 1935 aufgehalten hat. Noch im August 1935 ist er nach Österreich zurückgekehrt, wo er verhaftet und in das Kreisgericht Korneuburg und von dort in das Landesgericht f. Strafsachen nach Wien eingeliefert wurde. Durch die erfolgte Amnestie wurde er im Juni 1936 entlassen und hat sich bis Sept. 1936 in Siegendorf aufgehalten. Ist dann auf Grund der Landesverweisung aus Österreich wieder fort und lebte in Wien versteckt bis 1937 und wurde dann wieder verhaftet und in das Landesgericht für Strafsachen in Wien eingeliefert. - Im Jahre 1938 als Hitler in Österreich einmarschierte wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Im April 1939 wurde er abermals verhaftet und bis 20.9.1938 im Konzentrationslager Dachau angehalten. - Vom 21.9.1938 bis 1940 war er wieder bei seinen Eltern in Siegendorf zuhause. - Im Juni 1940 ist er bei der deutschen Wehrmacht gewesen und ist am 10. März 1942 gefallen. -

Er war der Ernährer seiner Mutter Pauline Szoldatits, welche in Siegendorf 46 wohnte und mit ihr im gemeinsamen Haushalt lebte. - Er war Angestellter der Gebietskrankenkasse Eisenstadt. -

Der Bürgermeister:

 *[Signature]*



Nach seiner Flucht war Johann Szoldatits maßgeblich am Aufbau der Revolutionären Sozialisten beteiligt.

Foto: Kroatisches Kultur- und Dokumentationszentrum

gabe der Arbeiterunterstützungsgelder im Gang war. Aus einem im Jahr 1931 angelegten geheimen Waffendepot im Garten des Rudolf Springschitz, des Bruders des Bürgermeister, holte Szoldatics mehrer Gewehre und verteilte diese an die Anwesenden mit der Aufforderung, auf Gendarmerie und Heimwehr zu schießen. Bis 23.00 Uhr wartete die Gruppe auf weitere Befehle aus der Schutzbundleitung in Eisenstadt. Nachdem mehrere Stunden vergangen waren, beschlossen die Umstürzler am Abend des 13. Februar, den Aufstand zu unterbrechen und zu ihren Familien heimzukehren. Indes wurde versucht, genauere Befehle aus der Schutzbundzentrale in Wiener Neustadt zu erhalten, was ebenfalls nicht gelang. Die Bewaffnung des Schutzbundes blieb der Siegendorfer Gendarmerie nicht verborgen. Personell stark unterbesetzt beschränkten sich die Gendarmeriebeamten vorerst auf das genaue Beobachten.

In dem Glauben, dass in ganz Österreich der Aufstand im Gang sei, bezogen die Siegendorfer Februarkämpfer Stellung in einem Gutshofgebäude mitten im Ort, das – auf der Durchzugsstraße von Eisenstadt nach Klingebach, Zagersdorf und Wulkaprodersdorf gelegen – strategische Bedeutung zu haben schien.

Am 13. Februar gegen 20.30 Uhr feuerten die Aufständischen aus dem Hof auf die patrouillierende Gendarmerie einen ersten Schuss ab, worauf das Gebäude von Gendarmerie – verstärkt durch herankommandierte Landesschützen aus Klingebach – umstellt wurde.

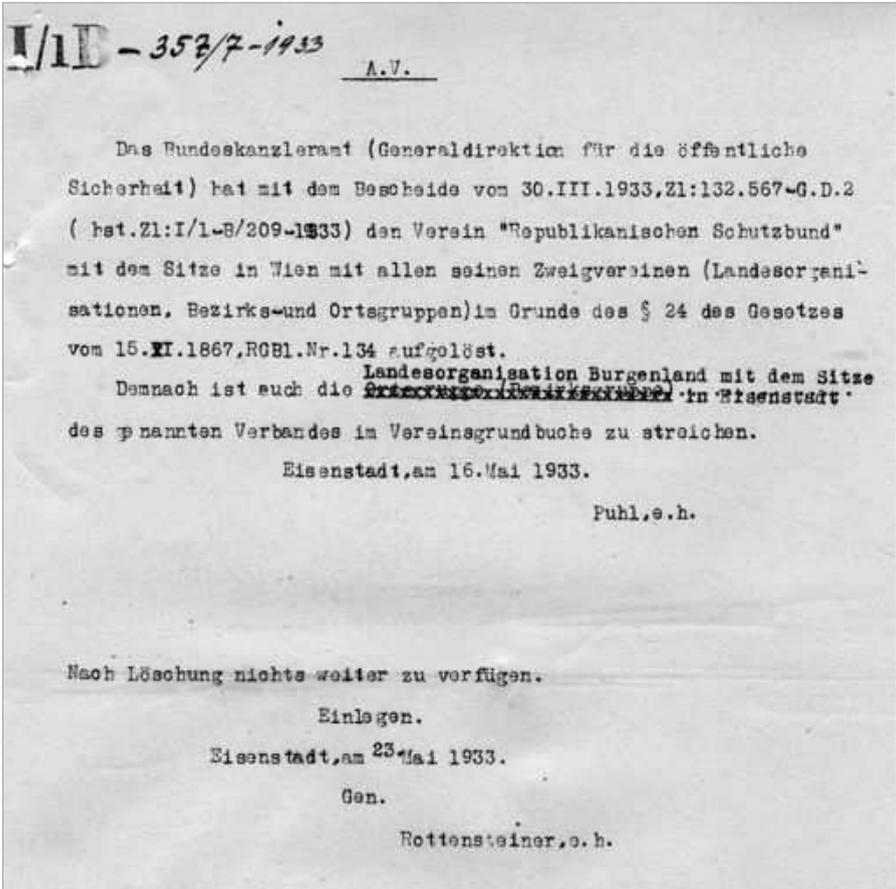
Es kam zu einem 45-minütigen Schusswechsel, bei dem es keine Verletzten gab. Nach dem Protokoll der Gendarmerie feuerten die Sozialisten 34 Schuss ab, viermal wurde das Feuer von Gendarmen erwidert. Um ca. 21.15 Uhr drang die Übermacht aus Gendarmerie und Landesschützen in den Gutshof ein. Die Aufrührer waren inzwischen geflüchtet. Vierzehn Gewehre und über 100 Patronen hatten sie zurückgelassen. Diejenigen Schutzbündler, die man zu Hause antraf, wurden von den Landesschützen fürchterlich verprügelt. Der Umsturzversuch der Siegendorfer Sozialdemokraten war – abgesehen von einigen Ohrfeigen – unblutig beendet worden.

Am 15. Februar 1934 erfolgte die Verhaftung der Siegendorfer Februarkämpfer. Im Zuge eines Gerichtsverfahrens am 23. Mai 1934 vor dem Landesgericht Wien wurden vier Personen zu halbjährlichen und zwei Personen zu kürzeren Haftstrafen verurteilt. Auch der „Kopf“ der Gruppe, Stefan Szoldatics, konnte gefasst werden, entzog sich seiner Verhaftung aber durch die Flucht nach Pressburg, wo er in weiterer Folge am Aufbau der Exilgruppe der Revolutionären Sozialisten mitwirkte.

Die meisten Verhaftungen nach dem Februar 1934 gab es im Neufeld an der Leitha, Siegendorf und Pötsching. Einige der Verhafteten ließ man nach mehrwöchigem Arrest wieder frei. Gegen die Siegendorfer und Neufelder Aufständischen wurden Gerichtsverfahren durchgeführt, die

DAS BURGENLAND IM STÄNDESTAAT 1933-1938

Quelle: BLA - aufgelöste Vereine



Auflösungsbescheid der Landesorganisation des Schutzbundes.

durchwegs mit Schuldprüchen endeten. Einige der Verhafteten – darunter Dr. Ernst Hoffenreich – wurden in die Anhaltelager Wöllersdorf und Kaisersteinbruch deportiert.

Es waren aber auch weitere burgenländische Todesopfer des 12. Februars zu verzeichnen. Die Soldaten des Feldjägerbatail-

lons zu Rad Nr. 1 aus Neusiedl am See wurden zur Niederschlagung des Aufstandes nach Kapfenberg geschickt. Vier junge Soldaten fanden dabei den Tod, 12 Verwundete waren zu beklagen.

Die Februartage kosteten insgesamt 265 Österreichern das Leben, 808 Personen wurden verwundet. Davon waren auf Seite der Exekutive 128 Tote und 409 Ver-

wundete zu verzeichnen. 137 Schutzbündler wurden getötet, 399 verletzt. Als Folge der Kampfhandlungen verurteilten Standgerichte 21 Februarkämpfer zum Tode, davon wurden neun Urteile vollstreckt.

Eine Folge des 12. Februars 1934 war auch die totale Zerschlagung der Sozialdemokratie. Die Partei und alle „Vorfeldorganisationen“ wurden verboten. Unter das Verbot fielen auch alle sozialdemokratischen Kultur-, Bildungs- und Sportvereine. Insgesamt wurden im Burgenland 175 überregionale und 82 regionale Vereine behördlich aufgelöst.

Sämtliche demokratisch gewählte Mandate des SDAP verloren per Verordnung der Bundesregierung vom 12. Februar 1934 ihr politisches Mandat. Darunter befanden sich die 13 Mandatare des Landtages genauso wie die sozialdemokratischen Gemeinderäte und Bürgermeister. Das Vermögen der Partei und der Vorfeldorganisationen fiel an den Staat.

Die österreichische Sozialdemokratie scheiterte genauso an einem bis ins letzte entschlossenen politischen Gegner wie an ihrer inneren Zerstrittenheit. Der inneren Erosion der Partei, die mit dem Juli 1927 – dem Brand des Justizpalastes – begann, konnte nie Einhalt geboten werden. Viele

Sozialdemokraten suchten als Revolutionäre Sozialisten* neue Betätigungsfelder. Ein Teil der burgenländischen Sozialdemokraten – darunter sehr viele Jugendliche – spaltete sich von der Partei ab und wandte sich der KPÖ zu, die bereits seit 1933 im Untergrund tätig war. Das Trauma des Jahres 1934 machte viele burgenländische Sozialdemokraten aber auch zugänglich für die Parolen der Nationalsozialisten. Unter jenen, die die Fronten wechselten befanden sich auch bekannte Parteifunktionäre der SDAP. Selbst die Person Ludwig Lesers, der ab 1934 im tschechischen Exil war, ist nicht unumstritten. Nach 1938 soll er als Informant des nationalsozialistischen Sicherheitsdienstes (SD) wichtige Informationen über die Exilgruppen verraten haben.

Ende 1934 gab es in Österreich keine politischen Parteien mehr. Nach der Auflösung der KPÖ und der Nationalsozialisten im Jahr 1933 folgte im Februar 1934 das Verbot der Sozialdemokratischen Partei. Im Frühjahr 1934 wurde die Deutschnationale Partei verboten und am 16. Oktober 1934 folgte die Auflösung der Christlichsozialen Partei. Teile der CSP wurden in die 1933 gegründete Einheitspartei „Vaterländischen Front“ übergeführt, die fortan die einzige staatlich geduldete „politische“ Vereinigung sein sollte.

* Ab dem 9. März 1934 bezeichneten sich die illegalen Sozialdemokraten als „Revolutionäre Sozialisten“. Diese Umbenennung ging auf Manfred Ackermann zurück. Die neue Strategie des Widerstandes sah vor, künftig nur in kleinen maximal fünfköpfigen Gruppen zu agieren, nur den Kontakt mit absolut verlässlichen Genossen aufrecht zu erhalten und keinesfalls mit den ebenfalls in den Untergrund gebrängten Nationalsozialisten zu kooperieren.

Bundesführer waren Dr. Engelbert Dollfuß (bis 25. Juli 1934), Ernst Rüdiger von Starhemberg (29. Juli 1934 – 14. März 1936) und Dr. Kurt Schuschnigg (14. März 1936 – 11. März 1938). Landesführer der burgenländischen Teilorganisation war 1933 Dipl. Ing. Franz Strobl und ab 1933 Landeshauptmann Dipl. Ing. Hans Sylvester. Die Funktion des Stellvertreters übte bis 1938 Landesstatthalter Walter Riebl aus.

Die Vaterländische Front Burgenland hatte 86 leitende Funktionäre. Neben der Landesleitung gab es Bezirksorganisationen mit expliziten Bezirkswerbebeauftragten, das Frauenreferat, das Mutterschutzwerk, die Österreichische Soldatenfront, das Österreichische Jungvolk und das VF-Werk „Neues Leben“. Die Organisation verfügte allein in Eisenstadt über 6 Büros.

Eine besondere Rolle spielte die Soziale Arbeitsgemeinschaft (SAG), welche die Zielsetzung hatte, die ehemaligen Sozialdemokraten in das politische Gefüge der Vaterländischen Front einzubinden. Sie ging aus der „Betriebsorganisation“ der Vaterländischen Front hervor. Die SAG sollte die verbotenen Gewerkschaften bzw. die betrieblichen Interessensvertretungen der Arbeiter ersetzen, jedoch unter anderen Voraussetzungen, denn Streiks waren im ständestaatlichen Österreich verboten. Nur wenige ehemalige Sozialdemokraten wurden in der SAG tatsächlich tätig. Trotz größter Bemühungen um die Beteiligung der führenden Sozialdemokraten war Nationalrat Stefan Springschitz der einzige hohe Parteifunktionär, der in der SAG politisch in Erscheinung trat.

Einen großen Stellenwert innerhalb der Organisationsstruktur der Vaterländischen Front hatte die Frontmiliz. Sie entstand im Mai 1936 und bündelte den größten Teil der früheren konservativen Wehrorganisationen des Landes wie den Österreichischen Heimatschutz (Heimwehr), die Ostmährischen Sturmcharen, den Freiheitsbund, die Christlich-Deutsche Turnerschaft und die Burgenländischen Landesschützen. Die Frontmiliz wurde gesetzlich verankert und unterstand ab 1937 der Befehlsgewalt des Bundesheeres. Die Kommandozentrale der Frontmiliz befand sich in Eisenstadt, Franz Strobl war ihr Kommandant. Strobl stand der politischen Orientierung Schuschniggs nahe und propagierte einen stark legitimistischen Kurs.

Dem Landesmilizkommando der Frontmiliz waren die 7 Bezirksmilizkommandos unterstellt, die die Hauptquartiere jeweils in den Bezirkshauptmannschaften hatten. Jedes Bezirksmilizkommando verfügte über 3 bis 5 Jägerkompanien und 2 bis 3

Foto: BLA



Landesleitung der Vaterländischen Front.

Foto: BLA



Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg und Landeshauptmann Dipl. Ing. Hans Sylvester, Eisenstadt 8. Juni 1935.

Standmilizkompanien. Das Gros der militärischen Verwaltung der Frontmiliz bildeten ehemalige Veteranen des Ersten Weltkrieges. In dem Maler Rolf Klausuz hatte man einen eigenen Presse- und Propagandareferenten.

Ohne die Frontmiliz verfügte die Landesorganisation der Vaterländischen Front im Burgenland über 83 Funktionäre. Die Landesführung bestand fast ausschließlich aus ständischen Politikern (Landeshauptmann Sylvester, Bundeskulturrat Adalbert Riedl, Landesrat Dr. Karl Posch, Landtagspräsident Michael Koch, Landesstatthalter Walter Riebl) und hohen Beamten (Buchhaltungsdirektor Hans Schmit, Präsidialvorstand Dr. Ludwig Mohr, u. a.). Fast die Hälfte der Funktionäre der Vaterländischen Front rekrutierten sich aus Lehrern, 13% waren Beamte. 21% der in der Front aktiven Personen waren Frauen. Der vergleichsweise hohe Anteil widerspiegelt

aber nicht den politischen Stellenwert der Frauen in der Partei, denn deren Tätigkeit reduzierte sich auf das Frauenreferat und das Mutterschutzwerk. In der Landesleitung befand sich keine einzige Frau.*

Die Vaterländische Front war nach einem uneingeschränkten autoritären Führerprinzip aufgebaut. Sämtliche Funktionäre wurden ernannt. Die Ernennung des Landesführers erfolgte durch den Bundesführer. Das Betätigungsfeld der Vaterländischen Front erstreckte sich neben der ideologischen Mobilisierung für ein „vaterländisches Österreich“ auf die Ebene der Betriebe, in den privatwirtschaftlichen Bereich und in den Bereich der öffentlichen Verwaltung, wo der „Staatspartei“ ein besonderer Stellenwert eingeräumt wurde.

Während der Einfluss der Vaterländischen Front im privatwirtschaftlichen Bereich eher gering war, war die Machtposition im öffentlichen Sektor als politisches Kontrollorgan nicht zu unterschätzen. Hier

Foto: BLA



Dr. Kurt Schuschnigg im Gespräch mit den Führern der Wehrverbände: u. a. Dipl. Ing. Franz Strobl, Walter Riebl, Franz Repay.

übte die Vaterländische Front offenen „Gegensinnungsterror“ gegen Andersdenkende aus. Die Disziplinierungsmaßnahmen für missliebige Beamte reichten von schriftlichen Verwarnungen wegen abfälliger Kritik an Regierungsmaßnahmen bis hin zur Entlassung ehemaliger Sozialdemokraten oder Schutzbündler. Im Burgenland war die Mitgliedschaft für öffentlich Bedienstete verpflichtend. Etliche Beamte verloren nach Interventionen der VF ihre Anstellungen. Selbst in den Führungsetagen der Landesverwaltung ist in den Jahren 1933/34 eine signifikant hohe Fluktuation zu konstatieren.**

Das Juliabkommen aus dem Jahr 1936 brachte die Annäherung an Deutschland. Mit

der Gründung der „Volkspolitischen Referate“ versuchte man die „nationale Opposition“ – gemeint waren die Nationalsozialisten – in die Vaterländische Front organisatorisch einzubinden. Ab Juli 1937 war das „Volkspolitische Referat“ auch im Burgenland tätig. Lange konnte kein geeigneter burgenländischer Kandidat gefunden werden. Volkspolitischer Referent wurde schließlich Dr. Reinhold Pildner aus Wien. Pildner machte anschließend in der Gauleitung Niederdonau Karriere und wurde nach dem März 1938 auf Grund seines Insiderwissens über Aufbau und Personal der Funktionäre der Vaterländischen Front von der SD-Stelle Eisenstadt immer wieder befragt. Etliche Verhaftungen von Funktionären der VF resultierten aus seinen politischen Einschätzungen.

* Die Statistik beruht auf der Auswertung des Organigramms der Vaterländischen Front. Als Grundlage diente das „Burgenländische Adressbuch samt Amtskalender“, Jahrgang 1937.

** Nach den noch nicht publizierten Ergebnissen von Michael Hess, Burgenländisches Landesarchiv, wurden knapp ein Drittel der Abteilungsleiter bzw. Bezirkshauptleute ausgetauscht.

„Stünde heute eine Regierung an der Spitze des österreichischen Staates, die angesichts der Bedrohung durch den Faschismus alle demokratischen, alle republikanischen Elemente aufrufen würde, stünde nicht eine faschistische Regierung da, ich bin überzeugt, davon, die eifrigsten Anhänger dieser Regierung und ihre stärksten und wirkungsvollsten Helfer wären die österreichischen Sozialdemokraten.“

Aus einer Rede von LH-Stv. Ludwig Leser in der Landtagssitzung vom 22. Juni 1933

DIE ARBEITERBEWEGUNG IM UNTERGRUND

Die Zeit von 1933 bis zum März 1938 lässt sich in Bezug auf die Untergrundaktivitäten der Sozialdemokraten, Kommunisten und Revolutionären Sozialisten in drei Perioden gliedern. In der ersten Phase von 1933 bis 1935 stand die Arbeiterbewegung unter Schock. Die Verbote sämtlicher Parteiorganisationen traf sie größtenteils unvorbereitet. Die SDAP war weder militärisch vorbereitet, noch existierten Vorstellungen über Parteistrukturen im Falle eines Verbotes. Die erste Phase nach der behördlichen Auflösung war von Chaos geprägt. Viele Funktionäre versuchten ins Ausland zu flüchten und hinterließen ein organisatorisches Vakuum. Das ständische System begann seinerseits, die Anhänger der Sozialdemokraten aus öffentlichen Ämtern und zum Teil auch aus dem Wirtschaftsleben zu entfernen. Für Sozialdemokraten und Kommunisten begann eine Zeit der politischen Verfolgung.

In der zweiten Phase folgten die Konsolidierung und der Aufbau einer Untergrundorganisation. Aus dem Exil fanden propagandistische Schriften trotz intensiver Überwachung der Exekutivorgane ihre Abnehmer. Das Spektrum der verbotenen und geschmuggelten politischen Literatur war beachtlich und die Mittel und Wege des Schmuggels kreativ. In dieser Phase war der austrofaschistische Ständestaat sehr um Kontrolle der linken Szene bemüht. Die Rücknahme von Bürgerrechten, die Wiedereinführung der Todesstrafe am 10. November 1933, willkürliche Hausdurchsuchungen und die Verfolgung der politischen Gegner kennzeichneten das politische Agieren des Ständestaates. In Wöllersdorf und Kaisersteinbruch wurden Anhaltelager errichtet. Das austrofaschistische System forderte zumindest zwei burgenländische Todesopfer.

In der dritten Phase, unmittelbar nach dem Abkommen von Berchtesgaden und

dem Verlust der außenpolitischen Unterstützung durch Mussolini, suchte Bundeskanzler Schuschnigg einen Verbündeten gegen die Gefahr des Nationalsozialismus. Obwohl intern nicht unumstritten, entschieden sich die Revolutionären Sozialisten und Kommunisten zur Unterstützung der für den 13. März 1938 anberaumten Volksbefragung. Der kleinste gemeinsame Nenner dieser Koalition war die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus.

Der Beginn der politischen Verfolgung

Der Landesbefehl Nr. 1 der Vaterländischen Front stellte die Grundlage für die politische Säuberung in der öffentlichen Verwaltung dar. Die Maßnahmen umfassten alle Personen, die sich in der kommunistischen oder sozialdemokratischen Partei politisch betätigten, die Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes waren, offen mit den beiden Parteien sympathisierten, deren Parteesymbole verwendeten oder linkes Propagandamaterial verbreiteten. Dabei reichte der Verdacht der Zugehörigkeit oder des bloßen Engagements für die Sozialdemokratie aus, um eine Entlassung zu rechtfertigen. Diese Maßnahmen brachten für viele Burgenländer den Verlust des Arbeitsplatzes und den sozialen Abstieg.

Im Oktober 1933 richtete die Regierung in einigen Hallen einer stillgelegten und in Staatsbesitz befindlichen Munitionsfabrik in Wöllersdorf ein Anhaltelager für politi-

sche Häftlinge ein. Die ersten Internierten waren Kommunisten und Nationalsozialisten und ab Februar 1934 Sozialdemokraten. Mit Stichtag 1. Mai 1934 zählte das Lager mehr als 800 Gefangene, davon ca. 500 Sozialdemokraten und Kommunisten. Nach dem Juliputsch der Nationalsozialisten erhöhte sich die Häftlingszahl schlagartig und erreichte einen Höchststand von 5000 Insassen im Oktober 1934. Die Amnestie für Nationalsozialisten in Folge des Juli-Abkommens führte schließlich zu einer Reduzierung des Lagerstandes im Juli 1936 auf 500.*

Im Jänner 1934 wurde in einigen Baracken des Militärlagers von Kaisersteinbruch ein Anhaltelager eingerichtet. Ab Februar befanden sich dort besonders viele burgenländische Internierte. Das Lager hatte aber nur kurzen Bestand. Nachdem am 30. April 1934 die mehr als 600 Häftlinge des Lagers nach Wöllersdorf transportiert worden waren, wurde das Anhaltelager Kaisersteinbruch offiziell geschlossen.

Die Zustände in den Anhaltelagern des Ständestaates waren zwar mit jenen in den Vernichtungslagern des Nationalsozialismus nicht zu vergleichen, dennoch kam es auch hier immer wieder zu Übergriffen des Wachpersonals.

Prominentestes burgenländisches Opfer des Ständestaates war der Bürgermeister von Sigleß, Landtagsabgeordneter Bonaventura Berloschnik. Nachdem er im Februar 1934 verhaftet worden war, kam er nach Kaisersteinbruch und Wöllersdorf. Vorzeitig aus gesundheitlichen Gründen entlassen, starb er am 22. November 1936.

DAS BURGENLAND IM STÄNDESTAAT 1933-1938

Quelle: BLA - Opferfürsorge

Eisenstadt, am 12. Mai 1948.

An das
Amt der burgenländischen Landesregierung,
Abt. VIII,
Eisenstadt.

Therese Berloschnik,
Sigle Nr. 182, 224

Ansuchen

um Anerkennung der Antabescheinigung und Hinterbliebenenrente nach dem Opferfürsorgegesetz 1947, B. G. Bl. Nr. 183.

Mein Gatte Bonaventura Berloschnig geb. 1884 wurde wegen seiner demokratischen Einstellung als ehemaliger burgenländischer Landtagsabgeordneter der SPÖ im Jahre 1934 mehrmals verhaftet und war in der Zeit von 12.2. bis 18.7. und 19.9. bis 31.8. 1934 in den Anhaltelager Wöllersdorf und Kaisersteinbruch sowie im Bezirksgerichte Mattersburg in Haft.

Im Zuge dieser Haft zog er sich eine Frühatheriosklerose mit Hypertonie zu und starb durch die körperlichen und seelischen Überanstrengungen erkrankt an einem Hirnschlag am 22.11.1936.

Diese Daten gehen aus den Beilagen Krmtl. Zeugnis des Medizinalrates Dr. Hans Schwacha vom 15.3.1948, aus den Bescheiden des Sicherheitsdirektors für das Burgenland vom 19.3.1934, Zl. 1598-SD-1934 und Zl. 3066-SD-1934 vom 16.6.1934 hervor.

Die genauen Haftdaten sind mir noch in Erinnerung.

Der Sigleßer Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Bonaventura Berloschnik starb am 22. November 1936 als Folge der im Lager Wöllersdorf erlittenen Qualen.

Der Aufbau der Untergrundorganisation der Revolutionären Sozialisten und Kommunisten

Der Februar 1934 zwang die Sozialdemokraten, Kommunisten und ehemalige freie Gewerkschafter in den Untergrund, wo sie ihre politische Tätigkeit fortsetzten. Im März/April begannen ehemalige Funktionäre der SDAP mit dem Aufbau einer Untergrundorganisation der Revolutionären Sozialisten, indem frühere Parteiaktivisten persönlich angesprochen wurden.

Übers ganze Burgenland verteilt fanden an entlegenen Orten Sitzungen und Konferenzen statt. Sie dienten dem Gegenseitigen-Mut-machen genauso wie dem Austausch von Informationen. Auch verbotene Publikationen wurden dort ausgetauscht und Unterstützungsmaßnahmen für die in Not geratenen Genossen organisiert.

Im April 1934 waren in allen Landesteilen bereits geheime Bezirksorganisationen eingerichtet. Auch die Sicherung der Waffen und die Reorganisation des verbotenen Schutzbundes wurden betrieben. Die verbotenen Werbeaktionen koordinierten Alexander Stangl und Jean Morawitz. Obmann der „Sozialistischen Arbeiterhilfe“ – eines illegalen Hilfsfonds für in Not getatene ehemalige Sozialdemokraten und deren Familien – wurde der Arzt Dr. Richard Berczeller.

Einem Teil der Arbeiterführer, wie Otto Bauer und Julius Deutsch, gelang die Flucht. Auch der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig Leser wählte das tschechische Exil, wo er vorerst in Pressburg Station bezog. Er fand Anschluss

an die Aktivisten des „Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten“ in Brünn und richtete gemeinsam mit Hans Menzl eine kleine Burgenland-Zentrale ein. Deren Hilfsorganisation half den Genossen, die in die Tschechoslowakei fliehen mussten, und hielt Kontakt mit dem Burgenland. Leser war für die Entstehung und den Vertrieb der Exilausgaben der *Burgenländischen Freiheit (BF)* verantwortlich, die in Pressburg gedruckt wurde. Die *BF* und die *Arbeiterzeitung* gelangten von Pressburg über Ödenburg ins Burgenland. Hans Bögl war für den geheimen Vertrieb der Zeitungen innerhalb des Burgenlandes verantwortlich.

Die Kommunistische Partei wurde am 26. Mai 1933 verboten und entfaltete im Untergrund eine überaus rege illegale Tätigkeit. Dabei hatte sie weit weniger Anlaufschwierigkeiten als die SDAP. Zentren der Bewegung waren die Gutshöfe im Seewinkel und die „Industriegemeinden“ des Nordburgenlands. Die Anhängerschaft rekrutierte sich zum Teil aus abgesprungenen, desillusionierten Sozialdemokraten und Landarbeitern. Größere Untergrundorganisationen bildeten sich in Neufeld an der Leitha, Pöttching, Neusiedl und Gols. Die Organisationsstruktur der Kommunisten im Untergrund war auf Kleinzellen aufgebaut, die meist aus fünf Personen bestanden. Die Verbindung zu anderen Zellen erfolgte durch besonders verlässliche Kommunisten. Diese Struktur sollte das Eindringen von „Spitzeln“ verhindern. Dennoch kam es immer wieder zu Verhaftungen führender Kommunisten wie beispielsweise Otto Mödlagl, Vinzenz Böröcz, Emil

Quelle: BLA

Arbeiter-Zeitung

Preis 50 centimes Preis 50 centimes

Nr. 7 Paris, 31. März 1937 4. Jahrgang

Die Arbeiter-Zeitung erscheint in Paris.

Schon im November 1936 wurden wir durch Verfügungen der tschechoslowakischen Regierung gezwungen, die wöchentliche Ausgabe der »Arbeiter-Zeitung« einzustellen. Die vierzehntägige Ausgabe der »Arbeiter-Zeitung« konnte jedoch weiter in Brünn erscheinen. Nunmehr haben weitere Verfügungen der tschechoslowakischen Regierung die »Arbeiter-Zeitung« gezwungen, ihr Erscheinen in Brünn überhaupt einzustellen. Die »Arbeiter-Zeitung« erscheint nunmehr in Paris.

Unmittelbar nachdem Dollfuß im Februar 1934 die Wiener Arbeiter-Zeitung verboten hatte, wurde die »Arbeiter-Zeitung« als ein Wochenblatt in Brünn herausgegeben. Wenige Tage nach der hitzigen Niederwertung des Februaraufstandes brachten Schutzblätter 13.000 Exemplare der ersten Nummer der Brünnener »Arbeiter-Zeitung« nach Österreich. Das **Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten**, das sich unmittelbar nach der Februarniederlage in Wien konstituiert hatte, organisierte die Verbreitung des illegalen Blattes in ganz Österreich. Sehr bald erreichte die »Arbeiter-Zeitung« eine unter illegalen Verhältnissen unerhörte Auflage. **Im Sommer 1934 wurden in Österreich wöchentlich 33.000 Exemplare der »Arbeiter-Zeitung« illegal verbreitet.**

Diese Massenaufgabe einer illegalen Zeitung war allerdings nur möglich, weil ein großer Teil dieser Auflage in Österreich selbst gedruckt wurde. Während die österreichischen Gendarmen die tschechoslowakische Grenze besetzten, um den Transport der »Arbeiter-Zeitung« nach Österreich zu unterbinden, waren in ihrem Rücken auf österreichischem Boden die Druckpressen in Bewegung, auf denen treu und tapfere Genossen die »Arbeiter-Zeitung« herstellten.

In den Jahren 1935 und 1936 mußte der Vertrieb der »Arbeiter-Zeitung« auf österreichischem Boden allerdings nicht unbeträchtlich eingeschränkt werden. Einerseits wurde es immer schwieriger und gefährlicher, die »Arbeiter-Zeitung« in Österreich zu drucken. Andererseits zwangen die furchtbaren Strafen, die über die Kolpor-

Alle Zuschriften an die Verwaltung der Arbeiter-Zeitung sind nunmehr zu richten an:

Paris (19e)
Bureau de Poste Paris No. XIX
12 avenue Lamblère
boite postale 155.

teure der »Arbeiter-Zeitung« verhängt wurden, — fünf Jahre Kerker für die Verbreitung einiger Zeitungsblätter! — die Partei dazu, ihre Kolporteurs zu verhalten, daß sie die »Arbeiter-Zeitung« nur ihnen persönlich bekannten, verlässlichen Genossen zum Kauf anbieten. Aber wenigleich die Riesenaufgabe des Jahres 1934 nicht aufrecht erhalten werden konnte, so wurden doch auch noch bis in die jüngste Zeit in jeder zweiten Woche zehntausende Exemplare der »Arbeiter-Zeitung« in Österreich abgesetzt. Unzweifelhaft wurden bis in die jüngste Zeit in Wien allein mehr Exemplare der »Arbeiter-Zeitung« verbreitet, als in ganz Deutschland und Italien zusammen an illegale Literatur verbreitet werden kann.

Die österreichische Regierung, unfähig, mittels ihres **Polizeiparates** die Massenverbreitung der »Arbeiter-Zeitung« zu verhindern, suchte nach anderen Mitteln zu diesem Zweck. Sie mobilisierte ihren **diplomatischen Apparat**. Sie führte in Prag immer wieder Beschwerde darüber, daß die »Arbeiter-Zeitung« aus der Tschechoslowakei nach Österreich eingeschmuggelt werde. Man weiß, wie sich die politische Lage der Tschechoslowakischen Republik mit der Aufrüstung Deutschlands, wie sich die politischen Verhältnisse im Donauraum seit dem Abschluß der Römischen Protokolle verändert haben. Die tschechoslowakische Regierung, bestrebt, ihre Beziehungen zu dem benachbarten Österreich zu verbessern, wollte das Hindernis beseitigen, daß dieser

Geschmuggelte Ausgabe der Arbeiterzeitung.

Quelle: BLA

Sonder - Doppelnummer
TRIBUNAL
 ZENTRALORGAN DER OESTERREICHISCHEN ROTEN HILFE

1936, Nr. 2-3 Preis 30 Groschen.

30 Revolutionäre als Hochverräter vor Gericht.

Dem Prozess gegen die 30 Revolutionären Sozialisten und Kommunisten kommt ganz besondere Bedeutung zu. Erstens, weil es der Anzahl der Angeklagten nach der grösste Prozess ist, der seit Errichtung des autoritären Regimes gegen die illegale revolutionäre Bewegung aufgezogen wurde, zweitens wegen der Schwere der Strafen, die in der Anklage gefordert wurden — Todesstrafe für Emhart und Sailer, Jahrzehnte Kerker für die übrigen Angeklagten — und schliesslich wegen der politischen Absichten, die die Regierung Schuschnigg-Starhemberg mit der Erhebung der Anklage verfolgt hat.

Die Angeklagten waren 14, einige von ihnen sogar 18 Monate in Untersuchungshaft. Der Tatbestand, den die Untersuchungsbehörden feststellen konnten, hätte höchstens zur Begründung einer Anklage wegen Betätigung für eine verbotene Partei gereicht, worauf im Gesetz einige Monate Arrest stehen. Die Anklage auf Hochverrat wurde über ausdrückliche Weisung der Regierung erhoben.

Die Anklageerhebung wenige Wochen nach der Weihnachtsansprache, wenige Wochen nachdem Schuschnigg in seiner »Weihnachtsbotschaft« in die Welt hinausgerufen: »... Wir alle, (Schuschnigg und Starhemberg, Anm. d. Red.) haben uns zum Programm des Friedens in Österreich bekannt, unbekümmert um etwaige missgünstige Interpretationen, zur Zusammenarbeit aller unter ausdrücklicher Ablehnung aller Rachemotive...« ist kein Zufall; es ist dies ein wohlüberlegter Schritt des österreichischen Faschismus, der unter dem Schutze der Propaganda, die Schuschnigg mit der Weihnachtsansprache für das österreichische Regime betrieb, Starhembergs Drohung: »Das Jahr 1936 soll das Jahr des Heimatschutzes sein« verwirklichen will. Ohne grosses Aufsehen sollte ein schwerer Schlag gegen die österreichischen revolutionäre Arbeiterschaft geführt werden.

Es ist anders gekommen; die Solidarität der österreichischen Arbeiterschaft mit den Angeklagten hat die dunkle Heimlichkeit zerrissen, in der ein Attentat gegen die Revolutionären Sozialisten und Kommunisten vorbereitet wurde. Die Solidarität der Arbeiter des Auslandes hat diesen Prozess in das grelle Licht der Weltöffentlichkeit gestellt.

Die tausende Zuschriften, die die Angeklagten erhalten haben, die Resolutionen, die die Einheitsgewerkschaft in einer Reihe von Betrieben unter dem Druck der Arbeiterschaft annehmen musste, die Begrüssungen und Telegramme, die den Angeklagten buchstäblich aus der ganzen Welt zugegangen sind, haben den heuchlerischen Versuch der heutigen Machthaber in Österreich vereitelt, sich nach aussen zum »Programm des Friedens in Österreich« zu bekennen, um gleichzeitig in aller Stille einen neuen unerhörten Terrorakt zu vollziehen.

Die rege Anteilnahme des Auslandes war den österreichischen Behörden mehr als peinlich. Die Anwesenheit prominenter Auslandsvertreter bei der Verhandlung war im Programm der Regierung nicht vorgesehen. So treten —

Geschmuggelte Ausgabe der Zeitung Tribunal, dem Organ der Roten Hilfe aus 1935.

Pete (Bruckneudorf) oder Martin Birnbaum (Winden), die im Mai 1935 zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Die Strategie der Kommunisten war einerseits auf die Errichtung einer „Einheitsfront“ mit den Revolutionären Sozialisten ausgerichtet, andererseits versuchten sie

Foto: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung



Ludwig Leser war der prominenteste Burgenländer im tschechischen Exil.

aber auch im Lager der Vaterländischen Front Anhänger zu gewinnen. Dies sollte erreicht werden, indem kleine Zellen innerhalb der Organisation „Neues Leben“, einer Teilorganisation der Vaterländischen Front, aktiv sein sollte. Bereits kurz nach

1934 zeigte sich, dass die Kommunisten zunehmend aus dem Lager der ehemaligen Sozialdemokraten Zulauf erhielten.

Die publizistische Tätigkeit der Kommunisten im Untergrund war überaus rege. Eine der vielen Untergrundzeitungen, *Der Rote Ring*, wurde in Winden gedruckt. Chefredakteur war Otto Mödlagl, die Verteilung wurde von Vinzenz Böröcz organisiert. Die Zeitung wurde mit dem Fahrrad über Bruck, Hainburg und Eisenstadt weiter gereicht. Im Burgenland wurde *Der Rote Ring* vom Seewinkel bis nach Klingenbach gelesen. In der Zeit von 1933 bis 1938 kam es zu einer Vielzahl von Beschlagnahmungen gestreuter Flugzettel durch die Gendarmerie, da die Sicherheitsbehörden die Aktivitäten der Kommunisten mit besonderer Akribie verfolgten.

Die Volksfront gegen Hitler

Unmittelbar nach dem Berchtesgadener Abkommen vom 12. Februar 1938 begann der unter massiven außenpolitischen Druck geratene Ständestaat eine Politik der Annäherung an die Arbeiterbewegung. In einer gemeinsamen Mobilisierung aller nicht nationalsozialistisch gesinnten Kräfte des Landes sah man die letzte Möglichkeit der Umfassung durch Hitler zu entgehen. Die im Untergrund agierenden Funktionäre der Arbeiterbewegung wurden nun zu wichtigen Kampfgefährten von Schuschnigg gegen den Nationalsozialismus.

Auf verschiedenen Ebenen fanden Gespräche mit den Vertretern der Sozialdemokraten und Kommunisten statt. Landeshauptmann Sylvester, der mit dem ehemaligen Landesrat Ignaz Till Verhandlungen führte, war vorerst nicht zur Wiederezulassung der Sozialdemokratischen Partei bereit.

In einem kleinen Wald zwischen Pöttching und Bad Sauerbrunn berieten die ehemaligen SDAP-Funktionäre, darunter Alexander Stangl, Heinrich Knotzer, Hans Bögl, Stefan Billes und etliche Genossen aus Hornstein, Neufeld an der Leitha, Siegendorf, Parndorf und Wulkaprodersdorf, die weitere Vorgangsweise. Die Meinungen gingen zwar weit auseinander, doch war allen klar, dass eine Machtübernahme durch die Nationalsozialisten mit allen Mitteln verhindert werden musste. Hans Bögl vertrat die Position, dass politische Zugeständnisse seitens des ständischen Systems die Voraussetzung für die Zustimmung der Arbeiter sein müssten.

Am 9. März 1938, nur wenige Tage vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht, kam es abermals zu einem Treffen zwischen Führern der Arbeiterbewegung und Regierungsmitgliedern. Der Sozialdemokrat Ignaz Till und der Kommunist Ludwig Horvath verhandelten mit Landeshauptmann Sylvester, dem Führer der

Frontmiliz Dipl. Ing. Franz Strobl und dem Landesrat Dr. Karl Posch. Es ging um die Unterstützung für die von Schuschnigg für den 13. März angesetzte Volksbefragung.

Die Arbeitervertreter sagten schließlich ihre uneingeschränkte Unterstützung zu. Die Landesregierung stellte Geld- und Transportmittel zur Verfügung. Kommunisten und Sozialdemokraten begannen ihre Anhängerschaften zu mobilisieren und hielten in den Dörfern des Seewinkels und des Nordburgenlandes improvisierte Versammlungen ab. Doch die Bemühungen kamen zu spät. Während Funktionäre wie Bögl und Mödlagl noch versuchten, die Bevölkerung für Schuschnigg zu mobilisieren, übernahmen die Nationalsozialisten in Eisenstadt bereits die Macht.

Foto: Kinderfreunde Burgenland - Sammlung Billes



Ignaz Till führte im März 1938 die Verhandlungen mit der ständischen Landesregierung. Doch alle Bemühungen zur Einbindung der Arbeiterbewegung in die Koalition gegen Hitler kamen zu spät.

* Ironie der Geschichte ist, dass das Lager nach dem Anschluss als erste Haftanstalt für ehemalige Funktionäre der Vaterländischen Front diente, ehe es offiziell am 2. April 1938 geschlossen wurde.

„Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei in Österreich bewußt ihrer hohen Verantwortung als die einzige nach Recht und Gesetz bestehende Vertreterin des gesamten deutschen Volkes in Österreich, erklärt hiemit feierlich vor aller Welt, daß sie niemals gewillt sein wird, den ihr mit Gewalt aufgezwungenen Kampf um das Recht der eigenen Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes in Österreich ohne die anmassende Bevormundung einer hiezu unberufenen Institution aufzugeben.“

Aus einer Denkschrift der NSDAP Österreichs „an die Weltöffentlichkeit“,
anlässlich der 4. Wiederkehr des Verbotstages am 19. Juni 1937

DIE ENTWICKLUNG DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP)

Wie die Landtagswahl vom 9. November 1930 zeigte, in der die NSDAP bei ihrem ersten Wahlauftritt nur 0,7% der Stimmen erlangt hatte, stellten die Nationalsozialisten bis Anfang der 1930er Jahre eine kleine Minderheit dar, die nur punktuell in wenigen Orten des Landes über stärkere Stützpunkte verfügte.

Im Wesentlichen rekrutierte sich die Anhängerenschaft aus Kreisen der Studenten und Akademiker, aus Beamte und Lehrer sowie aus Bauern, vor allem in den protestantischen Gemeinden. Die Partei gab sich betont antiklerikal und antikatholisch.

Im Zuge der Wahlwerbung für die Gemeinderatswahlen im Mai 1931 verstärkte

die NSDAP ihre Aktivitäten und erreichte auch Wahlerfolge: In jedem Ort, in dem die Partei kandidierte, wurde mindestens ein Mandat erreicht.

Der Schwerpunkt der Organisation lag im Landesnorden, im Neusiedler Bezirk. Felix Tobler hielt in seiner Studie zur Erforschung der „Frühgeschichte der NSDAP im Burgenland“ hinsichtlich der Parteientwicklung bis zum Verbot 1933 fest, „dass der Bezirk Neusiedl von allen Bezirken des Landes am stärksten penetriert worden war und die Organisationsdichte im Juni 1933 zumindestens als mittelmäßig bezeichnet werden kann“. Als schwach bezeichnet er die Organisationsdichte im Bezirk Eisenstadt und auch nur als mittelmäßig jene im Bezirk

Mattersburg. Im Oberpullendorfer Bezirk war die NSDAP zum Zeitpunkt des Parteienverbotes noch sehr schwach organisiert, vor allem in den kroatischen und ungarischen Gemeinden gelang es der Partei nicht, Fuß zu fassen. Im Bezirk Oberwart schritt hingegen der organisatorische Aufbau zügig voran, vor allem seit der spätere Gauleiter Portschy 1932 die Leitung des Bezirkes übernommen hatte. Während sich im Bezirk Güssing bis 1933 nur wenige Hinweise auf die Tätigkeit der NSDAP finden und dieser Bezirk den schwächsten Organisationsgrad aufwies, war die Partei im südlichsten Bezirk Jennersdorf schon frühzeitig und gut organisiert. Zusammenfassend hält Tobler fest, dass sich für die NSDAP im Burgenland im Vergleich zu den anderen Bundesländern erst ein verspäteter Aufstieg konstatieren lässt, wobei die Organisationsdichte der Partei zur Zeit des Parteienverbotes weit unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt lag.

Trotzdem kam es in einigen Orten zu einer starken Radikalisierung des politischen Klimas, besonders dort, wo die Nationalsozialisten mit starken sozialdemokratischen Ortsgruppen in Konflikt gerieten. Dabei standen Störungen von gegnerischen Veranstaltungen, Raufereien mit oft schweren Körperverletzungen und Sachbeschädigungen auf der Tagesordnung. Aus Furcht vor Zusammenstößen wurden zeitgleich stattfindende Versammlungen am selben Ort grundsätzlich behördlich untersagt.

So wurde beispielsweise das Ansuchen der NSDAP, am 2. November 1930 um 15.00 Uhr auf dem Hauptplatz in Mattersburg eine öffentliche Versammlung abzuhalten, mit folgender Begründung abgelehnt:

„Für den gleichen Ort und die gleiche Zeit wurde eine Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei angezeigt. Da keine der beiden Anzeigen im Hinblick auf deren Einlangen am gleichen Tage ein rechtzeitlicher Vorrang zukommt, mussten zu Vermeidung von Zusammenstößen der Gesinnungsgegner wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit beide Versammlungen untersagt werden.“

Die Machtergreifung Hitlers in Deutschland Anfang 1933 bedeutete einen ungeheuren Motivationsschub auch für die Nationalsozialisten im Burgenland und war gleichsam der Startschuss für eine große Versammlungs- und Propagandawelle. In vielen Ortschaften wurden „Anschlussfeiern“ abgehalten, in Unterschützen wurde Hitler spontan die „Ehrenbürgerschaft“ verliehen.

Auf Bundesebene erreichten die Spannungen mit Deutschland auf Grund der Ausweitung des als nationalsozialistischer Propagandaredner nach Österreich gekommenen Reichsjustizkommissars Hans Frank einen erstmaligen Höhepunkt. Deutschland reagierte darauf am 1. Juni 1933 mit der Verhängung der „Tausendmarksperr“*. Fast zeitgleich begannen die nationalsozialistischen Terrorakte mit Straßenschlachten, Bomben- und Böllerektionen, Brandstiftungen etc. Die Regierung Dollfuß reagierte darauf am 19. Juni 1933 mit dem Verbot der NSDAP.

Nachdem kurz zuvor auch die Kommunistische Partei verboten worden war, führte dies in mehreren burgenländischen Gemeinden vorübergehend zur Beschlussunfähigkeit des Gemeinderates, da infolge des Ausscheidens

der kommunistischen und der nationalsozialistischen Mandatare eine Zweidrittel-Anwesenheit des Gemeinderates nicht mehr möglich war.

Trotz des Verbotes nahm die Anhängerschaft der Nationalsozialisten stetig zu. Nach 1934 wandten sich vor allem breite Kreise der Arbeiterschaft und Bauern der NSDAP zu. Ein wesentlicher Grund dafür war die katastrophale wirtschaftliche Lage in Folge der Weltwirtschaftskrise. Das Versagen der österreichischen Regierung, eine spürbare Besserung zu schaffen auf der einen Seite und der rasante wirtschaftliche Aufschwung unter Hitler in Deutschland auf der anderen Seite, brachte viele ins Lager der Nationalsozialisten. Seitens der Sozialdemokraten kam die Enttäuschung über die Parteiführung noch hinzu.

Der große Zuwachs an Anhängern und Mitgliedern führte am 5. Mai 1935 zur Schaffung des eigenen „Gaus Burgenland“, der sich zunächst in zwei und ab Juli 1935 in drei Kreise gliederte. Der Kreis Nord bestand aus den Bezirken Neusiedl, Eisenstadt und Mattersburg, der Kreis Mitte aus den Bezirken Oberpullendorf und Oberwart, der Kreis Süd setzte sich aus den Bezirken Güssing und Jennersdorf zusammen. Damit war eine bis dahin nicht existierende selbstständige NS-Landeseinheit für das Burgenland geschaffen worden, die trotz Illegalität streng organisiert war. Die „Gauleitung“ übernahm der Rechtsanwaltsanwärter Portschy, in dessen Heimatbezirk Oberwart zu diesem Zeitpunkt bereits 60% aller Orte NS-Ortsgruppen besaßen.

Im August 1935 erließ Gauleiter Portschy eine Dienstvorschrift, wonach die Dienst-

stellen dem Rang nach in Gauleitung – Kreisleitung – und Ortsgruppenleitung untergliedert wurden. Die Ortsgruppe wiederum untergliederte sich in Zellen, die Zelle in Blocks.

Analog zur Neugestaltung der politischen Organisation wurde auch die SA (Sturmabteilungen), die vor allem bei Propagandaaufmärschen und für den Saalschutz eingesetzt wurden, umgruppiert und nunmehr eine eigene Brigade „Burgenland“ geschaffen. Die Brigade gliederte sich in die SA-Standarte 76 im Norden mit je einem Sturmbann in Neusiedl (I), Eisenstadt-Mattersburg (II) und Oberpullendorf (III) sowie in die Standarte 83 in Oberwart und schließlich in den selbstständigen Sturmbann „Burgenland Süd“ in den Bezirken Güssing und Jennersdorf. Brigadeführer wurde Josef Palham. Die „Brigade Burgenland“ erreichte schon 1936 eine Stärke von ca. 3000 Mann. Die bisher nur kleine SS-Truppe (Schutzstaffeln), die als persönliche Garde für die Redner diente, wurde ebenfalls 1936 auf mehrere Hundert Mann aufgestockt.

Auch gelang es bereits, Nebenorganisationen wie die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF), die „Hitler Jugend“ (HJ), den „Bund deutscher Mädchen“ (BdM) und die „NS-Frauen-schaft“ in einzelnen Regionen aufzustellen.

Die Propagandatätigkeit der NSDAP erfuhr ebenfalls eine enorme Ausweitung: Neben den vielen kleinen Hausdruckereien, die Flugzettel im Abziehverfahren vervielfältigten, etablierte sich in einem aufgelassenen Bergwerk in Neustift bei Schlaining eine Druckerei, in der die beiden Zeitungen *Die braune Front* und *Blut und Boden* hergestellt wurden.

Foto: Gemeindearchiv Hornstein



Arbeitstrupp des Paul Gerdinich aus Hornstein in Berchtesgaden, 1. November 1937.

Hunderte von burgenländischen Bau- und Landarbeitern, die nach dem Juli-Abkommen 1936 teils offiziell, teils über NS-Kanäle als „Gastarbeiter“ nach Deutschland vermittelt wurden, waren nach ihrer Rückkehr die besten Propagandisten für „Hitlers Aufbauleistung“.

Aus einem Bericht des Gendarmeriekommandos Rudersdorf vom 16. Jänner 1938 an die BH Jennersdorf war unter dem Betreff „Wanderarbeiter nach Deutschland für das Jahr 1938; Wahrnehmungen“ Folgendes zu lesen: „Der Andrang zur Vermittlung nach Deutschland als Wanderarbeiter ist aus folgenden Gründen seit dem Vorjahre in diesem Umfang angewachsen: Die Ersparnisse während der Arbeitsperiode ergeben durch den Währungsunterschied beim Überweisungsverkehr einen grösseren Betrag in der Schillingwährung, als die bei der Beschäftigung im Inlande erzielten Ersparnisse. Die Arbeitszeit ist in Deutschland von 6 bis 18 Uhr und wo sich die Notwendigkeit einer Mehrarbeit ergibt, werden die Überstunden mit den festgesetzten Löhnen bezahlt. Die

Unterkünfte sind meist besser als jene der Wanderarbeiter im Inlande und sind getrennte Unterkünfte für Männliche, für Weibliche und für Verheiratete überall vorhanden. Es ist dort das Geld etwas leichter zu verdienen, als im Inlande, weil zumeist gute Maschinen- und Betriebseinrichtungen vorhanden sind, die die Arbeit erleichtern (...). Der Häusler (...) war mit seiner Gattin und 3 Kindern im Jahre 1937 auf Wanderarbeit in Deutschland. Dieser konnte einen wesentlichen Teil seiner Schulden abtragen und wenn er noch 2 mal mit den Angehörigen zu dieser Arbeit ausreisen darf, ist er vollkommen saniert (...).“

Trotz Illegalität versuchte die NSDAP in den Jahren bis zum Anschluss durch entsprechende Propagandamaßnahmen neue Mitglieder zu werben. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Rekrutierung von Beamten im öffentlichen Dienst gelegt. Nach Weisung der Gauleitung sollte in jedem Gendarmerieposten ein geeigneter „Parteigenosse“ seinen Dienst zumindest nicht zu Ungunsten der Partei versehen.

Tatsächlich gelang es der NSDAP, mittels

eines gut funktionierenden Nachrichtendienstes auf Sympathisanten in den höchsten Kreisen der Landesverwaltung, der Polizei und Gendarmerie zählen zu können. Allerdings erhielt aber auch umgekehrt die Exekutive immer wieder wichtige Hinweise von Informanten aus den eigenen Reihen der NSDAP, um gezielte Aktionen zu setzen. So konnte beispielsweise die Druckerei in Neustift bei Schlaining beschlagnahmt werden. Mit diesem Ereignis dürfte auch der so genannte „Fememord“ von Neustift zusammenhängen.**

Im Juli-Abkommen von 1936 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich erkannte die deutsche Reichsregierung die volle Souveränität Österreichs an und akzeptierte, dass die Behandlung der österreichischen Nationalsozialisten eine innere Angelegenheit Österreichs war. Es folgte eine weitreichende politische Amnestie für Nationalsozialisten.

In der außenpolitisch gespannten Lage um die Jahreswende 1937/38 erreichte die illegale Propagandatätigkeit der Nationalsozialisten einen Höhepunkt. In gezielten, koordinierten Aktionen kam es zu Streuaktionen von Flugschriften oder selbst gebastelten Papierhakenkreuzen, reihenweise wurden die Wandkästen der Vaterländischen Front beschädigt, verschmutzt oder zerstört, Häuser und öffentliche Gebäude mit Hakenkreuzen beschmiert, Telefonleitungen beschädigt.

Eine Auswertung der Gendarmerieberichte*** ergab, dass zwischen Oktober 1937 und Feber 1938 119 Streuaktionen stattfanden, wobei es sich in den meisten

Fällen um die Flugschrift *Bluthunde* oder um gegen die Habsburger gerichtete Flugzettel handelte. 70 „Anschläge“ wurden auf Wandkästen der Vaterländischen Front verübt. Umgelegt auf die Bezirke ergab die Auswertung dieser 189 Vorfälle:

Bezirk Neusiedl	42
Bezirk Eisenstadt	14
Bezirk Mattersburg	11
Bezirk Oberpullendorf	35
Bezirk Oberwart	22
Bezirk Güssing	34
Bezirk Jennersdorf	31

Der Sicherheitsdirektor für das Burgenland Dr. Helmut Hirschal berichtete beinahe täglich Landeshauptmann Sylvester über die politischen Vorfälle.

Gemäß dem Berchtesgadener Abkommen zwischen Hitler und Bundeskanzler Schuschnigg vom 12. Februar 1938 erfolgte schließlich endgültig eine Generalamnestie für alle eingekerkerten Nationalsozialisten, einschließlich der Juliputschisten.

Die Rückkehr der amnestierten NS-Führer aus Wöllersdorf, insbesondere jene von Gaulleiter Portschy, wurde mit Freudendemonstrationen begangen.

Das Gendarmeriepostenkommando von Gols berichtete beispielsweise an die BH Neusiedl am 21. Februar 1938: *„Am 20. Februar 1938 um 19 Uhr veranstaltete die Ortsgruppe der NSDAP in Gols, welche bisher illegal bestand, aus Freude über die Gleichberechtigung und Anerkennung der nat. soz. Partei in Österreich eine Freudenskundgebung. Die Feier wurde mit dem Abbrennen eines Höhenfeuers eingeleitet, an der sich ein Fackelzug anschloß. Der*

DAS BURGENLAND IM STÄNDESTAAT 1933-1938

Quelle: BLA - Lage- und Vorfällenheiten

Abschrift.

Kuvert.

Stempel.
Mariazdorf 18.11.37

An das
Kriminalpolizeikommando
in Eisenstadt
Burgenland

Brief.

An das
Kriminalpolizeikommando
in Eisenstadt

Im Bezirke Oberwart und zwar in der Gegend von Neustift b
Schlaining wird seid längerer Zeit ein reges treiben der N.S.D.A.P.
beobachtet so werden dort in den Häusern Nr 13.u.19 Versammlungen
abgehalten wobei der seit langen gesuchte Breimann anwesend ist die
letzte Versammlung wahr am 11.XI.1937 vormittag in Hause Nr 19. Auch
hält die S.S. sehr oft Appelle ab und zwar an Wochentagen im Hause
Nr8. an Sonntagen Morgens werden Übungen abgehalten der Ort ist nicht
bekannt es müßen die aus der Gemeinde Neustift gehenden Burschen
beobachtet werden es ist auch sehr wahrscheinlich das der Oberbefeh-
lshaber Breimann anwesend ist. Vorsicht ist auf jeden fall geboten
da die S.S. gut bewafnet ist sogar mit Maschinenpistolen.
am 18.XI.1937

Zu beobachten währen:

Adolf Neubauer aus Sulzriegel
Franz Schmied --"
Adolf Klein aus Neustift b Sohl.
Karl Trattner --"
Johann Neubauer --"
Otto Zurek --"

es sind noch einige aus Neustift und Goberling dabei welche
mir aber unbekant sind.

Für die Richtigkeit der Abschrift!
Eisenstadt, am 23. Dezember 1937.
Stöhr, eh. Rev. Insp.

Anonymer Brief an das Kriminalpolizeikommando in Eisenstadt mit Hinweisen auf Aktionen und Namen von Sympathisanten der NSDAP.

Quelle: BLA - Lage- und Vorfällenheiten



Schuschnigg erklärte am 14. April 1937 in Eisenstadt:
 „Weiss Vaterländer im berechtigter Empörung über die Nationalsozialisten sich ungesetzlicher Handlungen schuldig machen, so dass sie von einem Richter verurteilt werden, kann ich ihnen die Garantie geben, dass sie ihre Strafen nicht abbüssen werden. Es wird mir eine besondere Freude sein, sie zu schützen.“

BLUTHUNDE

Die Sicherheitsbehörden setzen in der jüngsten Zeit ihren Stolz in brutaleste Tackelmethoden. Sie haben, um sich ihre Arbeit zu erleichtern, eine Kartei der gesamten österreichischen nationalen Bevölkerung angelegt. Fällt irgendwo etwas Staatsgefährliches vor, so wird einfach in die Kartei gegriffen, einig Geiseln ausgehoben und diese dann zu Schuldigen gestempelt. Dies ist jedoch nur eine sanfte Art der sicherheitsbehördlichen Tätigkeiten. Meistens kommen immer noch brutaleste Misshandlungen dazu, welche nicht etwa durch Wiederetzlichkeiten der Verhafteten hervorgerufen wurden, sondern nur ein Ausfluss der tierischen Instinkte dieser Profosennaturen bilden.

So haben sie unseren Kameraden Klugs, der gefesselt war, erschlagen, haben unseren Kameraden Reichhart mit 399 Fieber ununterbrochen schon einen gesunden Menschen zermürbenden Verhören ausgesetzt und den Sterbenden zur Gegenüberstellung herumgeschleppt. So haben sie unseren Kameraden Scheuch zu Tode gebrütet. Alles, um nur ihren Gewalttätigen zu hüten.

So haben sie vorige Woche den Kameraden Rauter, in Poitbach in Vorarlberg, blüss weil er einhändig auf seinem Rade fuhr, angehalten und ihn dann auf dem Posten verprügelt. Auf dem Posten forderte der Gendarmerie Brodinger seinen Kollegen Tenk mit den Worten: „Dreh ihn, dass was was, wann wir ihn wieder auf dem Posten haben“ auf, unseren Kameraden mit dem Gummiknütel zu schlagen. Wie ein Tier setzte sich Tenk mit dem Gummiknütel auf den wehrlosen Kameraden und verprügelte ihn schwer.

In Salzburg wüest der Obertschekest Bechnin.

In Tirol, wie in allen anderen Bundesländern werden wüest Menschenjagden veranstaltet. Die Verhafteten werden geprügelt, misshandelt und mit Gummiknüteln blutig geschlagen.

In Hall in T., wo ein SA-Mann sich weigerte, seinen Namen zu nennen, wurde dieser zu Boden geschlagen und verprügelt.

Ein anderer Kamerad wurde an eine Bank gebunden, dann geschlagen, bis er transportfähig wurde.

Im Burgenland wurden 4 Jungen verhaftet, auf den Posten Oberrohrbach gebracht und von dem Postenkommandanten Stieflich und dem Gendarmen Haydl durch Schläge schwer verletzt. Der Arzt stellte diese schweren Verletzungen fest, worauf die Gendarmen die blutigen Kleider wegnahmen und diese verbrannten. Als auf diese unerhörte Brutalität der Sicherheitsorgane hin sich die Ortsbewohner vor dem Posten zusammenschickten, wurden am nächsten Tage in Oberrohrbach Nationalsozialisten wüest verhaftet, nach Pullendorf überführt und erst nach 24 Stunden über Anordnung des Sicherheitsdirektors wieder freigelassen. Aber kurz darauf wurden über höhere Weisung neuerdings neun Nationalsozialisten verhaftet. Bei der Hausrückung bei dem Bauern Suppet wurde der neunzigjährige Grossvater von dem Gendarmen Stieflich zur Seite gestossen und mit den schwersten Schimpfworten, wie den man in Burgenland belegen werden kann „alter Zigeuner“ beschimpft. Als dann der Enkel des alten Mannes sich über die Misshandlungen des Grossvaters mit Recht aufhielt, wurde er geprügelt. Auch auf dem Gendarmenposten Lutzmannsburg, Pullendorf, Ratersdorf, St-Martin Lockenhaus werden die Leute auf das schwerste misshandelt.

In Niederösterreich lobt sich der verbrecherische Sadist Renth, der Stolz des „gerechten“ Gutsch, aus und übertrifft die überlistigen Wiener Verhörmethoden.

Auch in Steiermark, Kärnten und Oberösterreich sind Massenverhaftungen und brutale Misshandlungen Gefangener an der Tagesordnung.

So sieht es im christlichen Rechtsstaat Österreich aus! Dies duldet eine „christliche“ Regierung, deren Vertreter immer das Wort Frieden und Befriedung im Munde führen. Wir Nationalsozialisten wollen keine Befriedung und wir wissen es auch, dass wir eine solche von einer „christlichen“ Regierung nie erwarten dürfen.

Wir fordern unser Recht, wir fordern als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt zu werden, wir verlangen, dass Österreich ein Rechtsstaat werde und werden alle Übergriffe und brutalen Handlungen staatlicher Organe mit voller Namensnennung solange in die Welt hinausgeschrien, bis kein Mensch mehr zweifelt, dass in Österreich der brutale Terror herrscht, dass diese Regierung die Mehrheit der Bevölkerung nur mit roher Gewalt und mit Bajonetten und Gummiknütel niederhält. — Den Verantwortlichen aber rufen wir zu: Das ist in Wahrheit „Drittmal Österreich“!

Flugzettel „Bluthunde“.

DAS BURGENLAND IM STÄNDESTAAT 1933-1938

Quelle: BLA - Lage- und Vorfällenheiten

Otto von Habsburg war Dienstag, 14. Dez. 1937 in Vaduz (Lichtenstein) und wurde dort vom Bischof Waitz empfangen und nach Feldkirchen in Vorarlberg begleitet. — Otto von Habsburg hält sich augenblicklich im Jesuitenkloster „Stelle matutina“ in Feldkirchen auf, woselbst er durch den Landeshauptmann von Vorarlberg also den offiziellen Vertreter der österr. Regierung, und sämtlichen „ernannten“ Bürgermeistern der Länder Tirol und Vorarlberg als „Kaiser von Österreich“ empfangen wurde.

Wir fragen die Welt: Wer zündet Europa an?
Wir Deutsche an der Donau werden in unserem Lande nie und nimmer die Habsburger dulden!

Die N.S.D.A.P. Österreichs.

Flugzettel „Habsburg“.

Quelle: Quelle: BLA - Lage- und Vorfällenheiten

Gendarmeriepostenkommando Stinatz,
Bezirk Güssing, Burgenland

L.Nr. 13.
Propagandaaktion nationalsoz. in Ollersdorf.

Präsidium Reg. Dir. An die
eingefangen am 10. JAN 1938. Bezirkshauptmannschaft
in

Stinatz, am 3. Jänner 1938.

Am 31.12.1937 zwischen 18 und 19 Uhr wurden auf der Landesstrasse durch Ollersdorf und zwar von der Gemischtwarenhandlung der Stefanie Peischl bis zur r.k. Pfarrkirche auf einer Strecke von ungefähr 300 m ca 100 - 150 Stück aus Papier hergestellte Hakenkreuze gestreut. Gleichzeitig wurde auch der bei der r.k. Pfarrkirche aufgestellte Wandkasten der V.F. mit Kuhmist beschmutzt. Die ausgestreuten Hakenkreuze waren teils aus braunem Packpapier und teils aus Zeitungspapier (von einer Wiener Zeitung vom 2.12.1937) hergestellt.

Ausschnitt aus dem Gendarmeriebericht von Stinatz an die BH Güssing über eine NS-Propagandaaktion in Ollersdorf am 3. Jänner 1938.

DAS BURGENLAND IM STÄNDESTAAT 1933-1938

Quelle: BLA - Lage- und Vorfällenheiten

Gendarmeriepostenkommando Pamhagen, Bezirk Neusiedl am See, Burgenland.
E.Nr. 26.
Hakenkreuzmalerei an der Kirchen-
mauer in Pamhagen.

Präsidium
eingelangt am
12 JAN 1938

Hilf. Di.
Gend.

in das
Bezirksgericht
in

Pamhagen, am 8. Jänner 1938. Neusiedl am See.

In der Nacht vom 3. zum 4. Jänner 1938 haben bis nun unbekannte Täter ausen an der Pfarckirche in Pamhagen mehrere Hakenkreuze verschiedener Größe gezeichnet und zwar:

An der Nordwand 3 Stück und an der Westwand 5 Stück zu 58 x 58 cm. An der Südwand, Haupteingang in die Kirche, 8 Stück, davon je 4 Stück an der Seite zu 18 x 18 cm.

Ferner war an der Nordwand der Kirche die Aufschrift: "S.S.-bereit 1" angebracht und hatten die großen Buchstaben eine Höhe von je 35 cm und die kleinen je 18 cm.

Die Täter benützten zum Malen der Hakenkreuze einen Pinsel und verwendeten Lebensschwärze mit einem Gemisch, das sich bei der Befäuchung mittels eines nassen Gegenstandes rot färbte.

Wie von Rey, Insp. Johann Dunshirn, Gend. Josef Ivancsits und Albert Urasch erhoben wurde, dürfte es sich um einenortsfremden geübten Zeichner handeln, da die Hakenkreuze, sowie die Aufschrift an der Kirchenmauer von einer sehr geschickten Hand gezeichnet wurden und in der Gemeinde Pamhagen so ein kunstgerechter Zeichner nicht bekannt ist.

Die Hakenkreuzmalerei an der Kirchenmauer in Pamhagen wurde erst am 4.1.1938 gegen 9 Uhr 30 Minuten von Gend. Albert Urasch anlässlich des Postabholens wahrgenommen, obwohl dies der Kirchendiener Johann Thüringer in Pamhagen Nr. 360 anlässlich des Tagelutens am selben Tage schon um 5 Uhr bemerkt, jedoch aus Angst von der NSDAP die Anzeige nicht erstattet hat.

Es konnten daher beim Eintreffen der Gend. Patrouille an Tatorte keine brauchbaren Fußspuren mehr wahrgenommen werden, da die Besucher der Frühmesse, die sich aus Neugier einfanden, und die Schulkinder, alle von Täter herrührenden Spuren im Schnee zertraten hatten.

Auch blieben die bei den in Pamhagen wohnhaften und der NSDAP. vermutlich nächstehenden Personen, von der genannten Gend. Patrouille vorgenommenen Haus- und Personendurchsuchungen, negativ. Diese Personen vermochten auch ihr Alibi einwandfrei nachzuweisen.

Weiteren solchen Aktionen wird durch öfteres Vorpaßhalten entgegengetreten werden, um diese dadurch womöglich zu verhindern.

Zwei Gleichschriften dieser Anzeige sind an den Sicherheitsdirektor und je eine an das Landesgendarmeriekommando un Bezirksgendarmeriekommando ergangen.

Postenkdt., abkdt.
die Bezirkshauptmannschaft,

Gendarmeriebericht von Pamhagen an die BH Neusiedl über eine NS-Propagandaaktion in Pamhagen am 8. Jänner 1938.

Fackelzug wurde von der Musikkapelle Wurm eröffnet nach der 700 bis 800 Personen und ca. 100 Schulkinder marschierten. Im Zuge wurde eine Hakenkreuzfahne getragen und wurde „Sieg Heil und Heil Hitler“ gerufen.“

Am 21. Februar versammelten sich 800 bis 1000 Menschen vor dem Landhaus und am Schlossplatz in Eisenstadt und sangen „Lieder der Nation“. Am 27. Februar kam es zu einer Großkundgebung vor dem Rathaus in Oberwart, an der – nach nationalsozialisti-

DAS BURGENLAND IM STÄNDESTAAT 1933-1938

Quelle: BLA

Der Sicherheitsdirektor für das Burgenland,
Zahl: SD- 14/11 -1938. Eisenstadt, am 18.7.1938

Präsidium
eingelaufen am
19. JAN. 1938

Reg. Dir.
Gefahren.

An
den Herrn Landeshauptmann Ing. Hans Sylvester
in
Eisenstadt.

Ich beehre mich in der Anlage die mit der heutigen Post
eingelaufenen Meldungen der Gendarmerieposten über die politi-
schen Vorfälle zur gefälligen Kenntnisnahme zu übermitteln.
7 Beilagen.

Der Sicherheitsdirektor:
Hirschal

Diese Beilage umfasste beispielsweise folgende Belange: M.J. Müllermeister in Piringsdorf, Übertretung des Ordnungsschutzgesetzes; Nationalsozialistische Propaganda in Lackendorf; Bernstein – Magazin der Frontmiliz, Einwerfen einer schadhafte Fenster-scheibe; Z. A. – Besitz des Buches „Mein Kampf“ von Adolf Hitler; J.N. – Besitz eines nat. soz. Befehles; Brief an Postenkommandant Scheibl unterzeichnet mit Heil Hitler, NSDAP Stegersbach; Neugründung einer Ortsgruppe vom evangelischen Mädchenbund in Rudersdorf; Wanderarbeiter nach Deutschland für das Jahr 1938; Wahrnehmungen.

schen Angaben – an die 8000 Menschen teilnahmen. Der Bezirkshauptmann von Oberwart, Dr. Kleinert, nannte in seinem Bericht an den Sicherheitsdirektor Hirschal diesbezüglich eine Zahl von 3300 Personen und führte genauer dazu aus: „Kurz vor Beginn des Aufmarsches wurde noch Gelegenheit genommen, einer führenden Person der Nationalsozialisten eindringlich vor-

zuhalten“, (...) dass „der Aufmarsch den Absichten des Herrn Innenministers zuwiderlaufe. Die Versammlung wurde um 16 Uhr 15 durch den ersten der zwei nachangeführten Redner eröffnet (...). Hans Goger (...) führte im Wesentlichen aus: (dass) diese Versammlung gegen den Willen der Behörden zustande gekommen (sei). In Hinblick werde nur marschiert werden, wenn

Foto: Sammlung Heimo Portschy



Auch in Oberwart übernahmen die Nationalsozialisten die Macht. Das Foto zeigt eine Anschlusskundgebung vom 27. Februar 1938.

die Führung will. Man wolle den Frieden, wolle nicht terrorisieren, werde sich aber auch nicht terrorisieren lassen. Man wolle am Aufbau Österreichs mitarbeiten (...). Dr. Tobias Portschy (...) führte aus: Er wisse sich eins mit dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg in dem Willen zum Frieden. Man trachte nach einem guten Einvernehmen mit allen Bevölkerungsgruppen. In diese könnten jedoch die Juden nicht einbezogen werden (...).“

Portschys Angaben zufolge soll zwischen dem 20. und 24. Februar 1938 ein Treffen mit LH Sylvester beim Bezirkshauptmann von Oberwart, Dr. Kleinert, stattgefunden haben, in dem es um die Einbeziehung der burgenländischen Nationalsozialisten in die Vaterländische Front sowie um einen Sitz für Portschy in der Landesregierung ging. Letztendlich blieb dieses Gespräch allerdings ergebnislos.

** Danach hatten deutsche Staatsbürger vor ihrer Reise nach Österreich eine Gebühr von 1000 Reichsmark zu entrichten – eine Maßnahme, die dem österreichischen Tourismus einen empfindlichen Schaden zufügte.*

*** Johann Weichselberger stammte aus der NS-Hochburg Neustift bei Schlaining. Da sein Vater erkrankte und er den Hof alleine führen musste, konnte er sich der Parteiarbeit kaum mehr widmen und trat daher aus. Als kurz darauf einige illegale Nationalsozialisten auf Grund eines anonymen Schreibens verhaftet wurden, verdächtigte man Weichselberger, der Verfasser zu sein. Am 28. November 1937 wurde er tot aufgefunden. Da er privat keine Feinde hatte, ging die Polizei von einem Fememord in den eigenen Reihen aus und überprüfte seine ehemaligen Parteifreunde. Auch Portschy sollte in dieser Mordsache verhört werden und wurde daher am 4. Dezember 1937 verhaftet. Es war dies seine siebente und letzte Haft vor dem Anschluss. Am 17. Feber 1938 wurde er aus der Untersuchungshaft entlassen.*

**** Die Gendarmerieberichte stammen aus dem Sonderbestand der Lage- und Vorfällenheitsberichte, Inv. A/VIII – 14, 3 Mappen des Burgenländischen Landesarchivs (BLA).*

„Das Burgenland, östlichstes Bollwerk des geschlossenen deutschen Lebensraumes,... grüßt in diesen weltgeschichtlichen Stunden, die den heißesten Wunsch der Burgenländer in Erfüllung gehen ließen, den Retter aus tiefster Not, unseren Führer. Das ganze Burgenland hofft, dem Begründer des großdeutschen Reiches, das vom Rhein bis zum Neusiedler See reicht, in den kommenden Tagen auf diesem Boden, wo Theoderichs Wiege stand und Joseph Haydn die Weise des Liedes der Deutschen schuf, seine Dankbarkeit und Treue erweisen zu können.“

Telegramm von Tobias Portschy an den in Österreich einreisenden Adolf Hitler, 12. März 1938

DIE ANATOMIE DER MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN*

Mittwoch, 9. März 1938

Abend

Innsbruck: Auf den steigenden politischen Druck Deutschlands und gegen die Empfehlung Mussolinis reagiert Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg mit der Ankündigung einer Volksbefragung. Am 13. März sollen die Österreicher *„für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich“* abstimmen. Über diesen

Schritt Schuschniggs sind die österreichischen Nationalsozialisten bereits vorher informiert. Die Nachricht wird sofort an Berlin weitergeleitet.

Die Problematik bezüglich der Volksbefragung besteht für Hitler darin, dass eine eindeutige Zustimmung Österreichs für einen baldigen Anschluss an das Reich in weite Ferne rücken und jegliche völkerrechtliche Legitimierung mit Bezug auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ un-

Foto: BLA



Besuch Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschniggs im Burgenland, Neudörfl 1938.

glaubwürdig erscheinen lassen würde. Die Durchführung der Volksbefragung ist deshalb auf alle Fälle zu verhindern.

Eisenstadt: Die Vaterländische Front hält eine große Kundgebung ab. Bei dem Fakelumzug kommt es beim Marsch durch die Hauptstraße zu Reibereien mit Nationalsozialisten. Das sollte die letzte Massenveranstaltung des ständischen Systems im Burgenland sein.

Dr. Tobias Portschy wird von der Wiener Parteiführung über die für den 11. März geplante Aktion zur Machtergreifung informiert und stellt die organisatorischen Weichen für das Burgenland. Er schickt Gaugeschäftsführer Dr. Kurt Groß in die NS-„Landeszentrale“ in Wien. Dieser wird in den kommenden Stunden eine Schlüsselfigur sein, denn seine Aufgabe ist es, die Informationen aus Wien, aber auch aus Berlin telefonisch an Portschy weiterzuleiten. In den kritischen Stunden des 11. März verschaffen sich die Nationalsozialisten so einen entscheidenden Informationsvorteil. Portschy macht die Privatwohnung von Arnold Ilkow in Eisenstadt, in der sich ein Telefonanschluss befindet, zu seiner Kommandozentrale. Man hält nicht nur laufend Verbindung nach Wien, sondern auch in die Bezirksvororte, wo verlässliche Mitglieder der Landesleitung Regie führen werden. Portschy schickt Gauleiterstellvertreter Hans Arnhold nach Oberwart, Gaupropagandaleiter Hans Goger nach Jennersdorf und Franz Rehling nach Güssing. SA-Brigadeführer Josef Palham und SS-Stabsführer Helmut Breyermann unterstützen Portschy in Eisenstadt.

Donnerstag, 10. März 1938

10.00 Uhr

Berlin: Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General Keitel, und der Chef des Wehrmachtführungsamtes im OKW, Oberst Alfred Jodl, erhalten den Befehl zur Vorbereitung von „Unternehmen Otto“, des Einmarsches in Österreich. Als Beginn der Aktion legt Hitler die frühen Morgenstunden des 12. März fest.

Vormittag

Wien: In der NSDAP-Landesleitung findet eine Besprechung der Gauleiter und SA-Brigadeführer statt, an der auch Portschy teilnimmt. Er erklärt, dass im Burgenland alles für die Machtergreifung vorbereitet sei. Bis Hitlers endgültige Entscheidung vorliegt, wird Stillhalten vereinbart. Es werden Codewörter für drei mögliche Szenarien ausgegeben: Fall 1 tritt ein, wenn Schuschnigg die Volksbefragung zurückzieht. In diesem Fall sollen in ganz Österreich Demonstrationen stattfinden. Fall 2 ist der Code für den Rücktritt Schuschniggs. Den Demonstrationen soll die Machtergreifung folgen. Die Durchgabe von Fall 3 würde bedeuten, dass Schuschnigg dem Österreichischen Bundesheer den Kampfbefehl erteilt hat. Für diesen Fall sind die regionalen Naziführer angewiesen, auf eigene Faust mit Einsatz aller Mittel die Gewalt an sich zu reißen.

Paris: Der französische Ministerpräsident Camille Chautemps wird von den Linksparteien gestürzt. Ein Grund seiner Demissionierung ist die Weigerung, die englische Appeasement-Politik gegenüber Hitler weiter zu unterstützen. Bis dahin ist Frankreich letzter Befürworter für eine österreichische

Unabhängigkeit. Damit verliert Schuschnigg seinen außenpolitischen Halt, da zuvor auch London sich außerstande erklärte, für die Selbstständigkeit Österreichs eintreten zu können. Die dritte Garantiemacht von Versailles, Italien, lehnt bereits im Vorfeld jede Unterstützung ab. Österreich ist damit politisch isoliert und auf sich allein gestellt.

Nachmittag

In den kommenden Stunden sollte die SA eine wesentliche Rolle spielen. Der Führer der „SA-Brigade Burgenland“, Josef Palham, reist im Auftrag Portschys ins südliche Burgenland, um sich von der Einsatzbereitschaft der SA-Gruppen zu vergewissern und letzte Anweisungen zu erteilen. Er besucht Stoob, Oberpullendorf und Oberwart.

Abend

Anhänger der Vaterländischen Front kleben Wahlplakate und malen politische Parolen („Für Österreich“) und Kruckenkreuze auf Straßen und Häuserwände in Eisenstadt.

Nacht

Odilo Globocnik, der spätere Gauleiter Wiens, trifft in Wien ein und erteilt – im Auftrag Hitlers – den Gauleitern „grünes Licht“ für Bundesländeraktionen zur Machtergreifung.

Bundeskanzler Schuschnigg wird davon in Kenntnis gesetzt, dass Deutschland die Grenzübergänge zu Österreich geschlossen hat. Die militärische Aufklärung meldet verstärkte Truppenbewegungen im grenznahen Raum.

Putschgerüchte in Eisenstadt führen dazu, dass erste jüdische Familien das Land verlassen.

Foto: Silvia Boross



Demonstration bei der Wiener Oper am Nachmittag des 11. März 1938.

Wien: Obwohl die Verhandlungen mit der Regierung noch keinen Schritt weiter gekommen sind, beschließen die Revolutionären Sozialisten nach heftigen Auseinandersetzungen in der Nacht vom 10. auf 11. März, Schuschnigg bei der für den 13. März geplanten Volksbefragung zu unterstützen. Ihr öffentlicher Aufruf schließt mit den Worten: „*Nieder mit dem Faschismus. Freiheit!*“. Zuvor hatten bereits die Kommunisten ihre Unterstützung zugesagt.

Freitag, 11. März 1938

4.30 Uhr

Die NSDAP-Landesleitung in Wien gibt telefonisch den Befehl, im ganzen Land Demonstrationen mit dem Ziel der Machtergreifung durchzuführen.

5.00 Uhr

Eisenstadt: Lagebesprechung in Eisenstadt. Portschy versammelt die Eisenstädter Gruppe um sich und gibt obigen Befehl im Burgenland weiter. Für Eisenstadt und Oberwart sind längst Großveranstaltungen geplant, kleinere Veranstaltungen sollen in den übrigen Bezirksvororten stattfinden.

Fotos: BLA



10.00 Uhr

Es beginnt der Anmarsch der Nationalsozialisten nach Eisenstadt und Oberwart. Sammelstelle für Eisenstadt ist der Raum Oberberg-Kleinhöflein. Den ganzen Vormittag lang treffen neue Gruppen in Eisenstadt ein. Die Anreise der Nationalsozialisten wird von der Exekutive zwar beobachtet, aber – von verbalen Ausnahmen abgesehen – nicht behindert.

Gleichzeitig gehen Polizei und Bundesheer in Eisenstadt in Stellung. Strategisch wichtige Punkte, alle Einfahrtsstraßen und der Bahnhof werden überwacht. Das Re-



Nationalsozialisten am Oberberg in Eisenstadt.

gierungsviertel um das Eisenstädter Landhaus wird weiträumig abgeriegelt. Bundesheer und Polizei werden von einer Abteilung der Frontmiliz, die gerade einen Maschinengewehrlehrgang absolviert, unterstützt. Die Frontmiliz erhält den Auftrag, das Landhaus zu schützen. Vor dem Landhaus werden Maschinengewehre in Stellung gebracht. Die Staatsmacht scheint zum Äußersten entschlossen.

Die Kreuzung Permayerstraße–Berggasse, die sich unweit des Landhauses befindet, wird von schwer bewaffneten Angehörigen des Bundesheeres und von Polizeibeamten in Kampfausrüstung abgeriegelt. Neben „Spanischen Reitern“ wird auch ein Panzerfahrzeug des Heeres in Einsatz gebracht.

Wien: Innenminister Arthur Seyß-Inquart und der aus Berlin zurückgekehrte Staatsrat Edmund Glaise-Horstenau überbringen Schuschnigg in den Vormittagsstunden ein mit 12.00 Uhr befristetes Ultimatum Hitlers, die Volksbefragung abzusagen.

13.00 Uhr

Eisenstadt: Wie vereinbart legen die Demonstranten um 13.00 Uhr ihre Hakenkreuzarmbinden an. Die Gruppe wartet auf weitere Instruktionen. Ziel ist die Abhaltung einer Kundgebung vor dem Landhaus. Die SA versucht die Menschenmenge, die inzwischen auf 5000 bis 8000 angewachsen ist, zu beruhigen. Die SS bleibt vorerst im Hintergrund.

Berlin: Um 13.00 Uhr setzt Hitler seine Unterschrift unter ein Dokument, das be-

reits in der Nacht an die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile sowie an SS-Chef Heinrich Himmler erging: *„Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziel führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken.“*

14.30 Uhr

Wien: In dem Glauben, die Situation damit für Österreich retten zu können, gibt Schuschnigg dem Ultimatum Hitlers nach. Er teilt mit, dass er bereit sei, die Volksbefragung abzusagen. Eine Viertelstunde später setzt er auch Seyß-Inquart davon in Kenntnis.

15.05 Uhr

Hermann Göring erhält von Hitler die Vollmacht, die weiteren Verhandlungen mit Schuschnigg zu führen. Telefonisch stellt er ein zweites Ultimatum: Schuschnigg muss zurücktreten und der Bundespräsident unverzüglich NS-Innenminister Seyß-Inquart mit der Regierungsbildung beauftragen. Weiters fordert Göring, dass Seyß-Inquart ein vorbereitetes Telegramm mit dem Ersuchen um raschen Einmarsch deutscher Truppen absendet, das die nachträgliche völkerrechtliche Legitimierung des Einmarsches der Deutschen Wehrmacht darstellen solle. Als Grund für den Einmarsch seien Arbeiterunruhen zu nennen.

15.30 Uhr

Schuschnigg ist zum Rücktritt bereit und teilt dies Bundespräsident Miklas mit. Dieser weigert sich allerdings hartnäckig, Seyß-Inquart zum Bundeskanzler zu ernennen. Er macht sich auf die Suche nach

einem Regierungschef. Rechnungshofpräsident Otto Ender, Staatssekretär Michael Skubl und der Generalinspekteur des Bundesheeres, Sigismund Schilhawsky, lehnen die Kanzlerschaft ab.

Zur gleichen Zeit stellt Innenminister Seyß-Inquart im Säulensaal des Bundeskanzleramtes eine Ministerliste zusammen, in der sich neben Nationalsozialisten auch Deutsch-Nationale und Katholiken befinden. Seyß-Inquart rechnet immer noch mit dem Weiterbestand eines Staates Österreich unter nationalsozialistischer Führung.

16.00 Uhr

Eisenstadt: Informationen über die Absage der Volksbefragung werden bekannt. Daraufhin setzt sich der Zug der Nationalsozialisten in Richtung Landhaus in Bewegung. An der Spitze marschieren Heinz Adolf Birthelmer, Josef Palham und Dr. Friedrich Schirk. Erst bei einer Straßensperre auf der Höhe Permaymerstraße–Berggasse, ca. 200 m vor dem Landhaus, kommt der Zug zum Stehen.

Zwei Dutzend Soldaten des Bundesheeres und Polizei verstellen den Weg. Ein Panzerfahrzeug ist in Stellung. Zwei Polizisten, Josef Stoiber und Johann Mock, beginnen zu verhandeln. Eine Verhandlungsdelegation bestehend aus Schirk, Palham und Birthelmer wird schließlich zu Sicherheitsdirektor Dr. Helmut Hirschal vorgelassen. Sie beruft sich auf das Abkommen von Berchtesgaden, das den Nationalsozialisten volle politische Gleichberechtigung garantiert. Da zwei Tage zuvor die Vaterländische Front eine Demonstration für Österreich vor dem Landhaus abgehalten hat, fordern sie für die NSDAP nun dasselbe Recht. Schließlich wird die Kundgebung vor dem Landhaus genehmigt und die drei Kommissäre schreiten zurück zur Straßensperre, wo sie unter großem Beifall das Verhandlungsergebnis verkünden. Nachdem Bundesheer und Polizei abgezogen sind, passiert der Zug die Straßensperre. Nachträglich betrachtet war diese Entscheidung ein schwerwiegender taktischer Fehler, da die Landesregierung damit das Gewaltmonopol

Foto: Sammlung Stoiber



Eine Polizeisperre mit Panzerfahrzeug stoppt vorerst den Marsch der Nationalsozialisten.

an die Nationalsozialisten abgab. Mittlerweile befindet sich auch Portschy unter den Demonstranten.

ca. 17.00 Uhr

Portschy besteigt den Haydn-Gedenkstein vor dem Landhaus und hält eine Rede. Darin fordert er ultimativ, dass die Macht an ihn übertragen wird. Die im Landhaus versammelte ständische Landesregierung verweigert vorerst Gespräche.

Berlin: In einem Telefonat um 17.00 Uhr verlangt Göring, dass die neue Bundesregierung bis 19.30 Uhr eingesetzt werden muss.

17.15 Uhr

Die RAVAG (Radio Verkehrs AG) teilt nunmehr offiziell mit, dass die für den 13. März geplante Volksbefragung abgesagt wurde.

ca. 18.00 Uhr

Portschy besteigt erneut den Haydn-Gedenkstein. Mittlerweile sind fast 8000 fanatisierte Nationalsozialisten vor dem Landhaus versammelt. Während seiner Rede erhält er die Nachricht von Schuschniggs Absage der Volksbefragung. Er fordert die Massen auf, weiterhin das Landhaus zu belagern und begibt sich in seine Kommandozentrale im Hause Arnold Ilkows, um weitere Befehle einzuholen. Für den Abend ordnet Portschy einen Fackelumzug an, um die Absage der Volksbefragung zu feiern.

Oberwart: Auch in Oberwart demonstrieren Tausende Nationalsozialisten vor

dem Gebäude der Bezirkshauptmannschaft. Portschys Mann in Oberwart ist der stellvertretende Gauleiter Hans Arnhold.

ca. 19.00 Uhr

In Eisenstadt verbreitet sich die Nachricht von Schuschniggs Rücktritt. Gleichzeitig wird auch die Falschmeldung über die Einsetzung des bisherigen nationalsozialistischen Innenministers Seyß-Inquart lanciert, was allgemein als Machtergreifung der Nazis interpretiert wird.

Landeshauptmann Dipl. Ing. Hans Sylvester schickt zwei Kriminalbeamte zu Portschy und bietet ihm Verhandlungen an,

Foto: BLA



Dr. Tobias Portschy am Haydn-Gedenkstein vor dem Landhaus in Eisenstadt.

Foto: Sammlung Stoiber



Bild der Machtergreifung: Führende Nationalsozialisten wohnen dem feierlichen Fackelumzug vor dem Landhaus bei. Zeitgleich lässt Dr. Tobias Portschy die ständische Landesregierung verhaften.

was dieser ablehnt. Seyß-Inquart hat mittlerweile Code Fall 2 durchgegeben und Portschy aufgefordert, die Macht in Eisenstadt zu übernehmen.

Die Meldungen über den Rücktritt Schuschniggs, Berichte über unzählige Nazi-Demonstrationen im gesamten Burgenland und der Druck der Massen vor dem Landhaus veranlassen die Landesregierung zu resignieren. Miliz und Bundesheer sind inzwischen abgezogen, das Landhaus schutzlos den Nationalsozialisten ausgeliefert.

Während vor dem Landhaus der Fackelumzug noch in Gang ist, dringen Portschy, SS-Führer Helmut Breyman, ein Führer der SA namens Zorn, Josef Palham und Dr. Friedrich Schirk, begleitet von bewaffneter SS und SA, ins Landhaus ein. Sie werden vom Bezirkshauptmann von Eisenstadt, Dr. Ernst Mayrhofer, einem Nationalsozialisten, geführt. Ihr erster Weg führt zur Sicherheitsdirektion. Unter dem Vorwand, im Auftrag der neuen nationalsozialistischen Bundesregierung tätig zu sein, wird

Sicherheitsdirektor Hirschal seines Amtes enthoben und durch Breyman ersetzt. Josef Palham wird stellvertretender Sicherheitsdirektor. Die anwesenden Gendarmen- und Polizeioffiziere werden auf das neue Regime vereidigt.

Landeshauptmann Sylvester, Landesstatthalter Graf Max Coreth, der Abgeordnete im ständischen Bundeskulturrat Adalbert Riedl und Landesrat Dipl. Ing. Franz Strobl sowie einige vaterländische Spitzenbeamte werden in den Räumlichkeiten des Landeshauptmannes verhaftet und unter Hausarrest gestellt. Nur wenige Stunden später werden sie in Burgenlands erstem „Anhaltelager“ – der ehemaligen Kaserne der Frontmiliz im früheren Eisenstädter Bürgerspital – eingeliefert und am 15. März der Gestapo übergeben.

Die Nationalsozialisten haben im Burgenland die Macht übernommen.

19.30 Uhr

Als das deutsche Ultimatum um 19.30 Uhr abläuft, kommt Staatssekretär Skubl mit der falschen Meldung zum Bundesprä-

sidenten, dass deutsche Truppen die Grenze bereits überschritten haben. Auch Schuschnigg bedrängt nun den Präsidenten, Seyß-Inquart mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Miklas verweigert dies weiterhin.

19.47 Uhr

Bundeskanzler Kurt Schuschnigg erklärt in einer Rundfunkrede seinen Rücktritt. Er widerspricht vehement den Gerüchten, wonach in Österreich Arbeiterunruhen ausgebrochen seien und informiert die Österreicher über das deutsche Ultimatum. Um „*nicht deutsches Blut zu vergießen*“ trete er zurück und schließt mit den Worten: „*Gott schütze Österreich.*“

20.18 Uhr

Seyß-Inquart hält eine kurze Rundfunkansprache, in der er festhält, dass er als Innenminister nach wie vor im Amt sei. Er ersucht die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren, und fordert die Sicherheitsorgane der NSDAP dazu auf, für Ordnung zu sorgen. Widerstand gegen die eventuell einmarschierende Deutsche Wehrmacht hätte unter allen Umständen zu unterbleiben.

ca. 20.45 Uhr

Der stellvertretende Sicherheitsdirektor Palham lässt alle öffentlichen Gebäude, Dienststellen der Vaterländischen Front und der Frontmiliz sowie alle wichtigen Betriebe besetzen. Unter den ersten Verhafteten befinden sich jene drei Angehörigen der Frontmiliz, die noch wenige Stunden zuvor das Landhaus bewacht haben. Landesschulinspektor Nowak und die bei-

den Mittelschulprofessoren Wimmer und Ruzsa stellen die erste „Putzschar“ von Eisenstadt. Sie werden gezwungen, die Parolen der Vaterländischen Front an Straßen und Häuserwänden zu entfernen.

ca. 21.00 Uhr

Allmählich verbreiten sich die Gerüchte über den Putsch der Nationalsozialisten in die burgenländischen Orte. In der Siegen-dorfer Volksschule hält Johann Bögl gerade eine flammende Rede vor Arbeitern und wirbt um Unterstützung für Schuschniggs Volksbefragung, als er von Gendarmen über die Machtergreifung der Nazis erfährt.

In Illmitz kann der Kommunist Vinzenz Böröcz den mittlerweile aus Eisenstadt zurückkehrenden SA-Männern nur mit Mühe entkommen. Auch er ist in den Seewinkel geschickt worden, um Stimmung für Schuschnigg zu machen.

22.00 Uhr

Inzwischen kursieren bereits „schwarze Listen“, die lange vor der Machtergreifung vom Sicherheitsdienst der SS (SD) zusammengestellt wurden. Die Polizeiorgane, die SS und die SA beginnen in ganz Österreich mit den Verhaftungen.

Indessen erhält Hitler die telefonische Mitteilung, dass Italien nichts gegen den deutschen Einmarsch in Österreich unternehmen werde. Hitler lässt dem Duce ausrichten, dass er ihm das nie vergessen werde.

23.30 Uhr

Der staatliche Rundfunk RAVAG berichtet, dass Bundespräsident Miklas Seyß-In-

quart mit der Bildung einer Regierung beauftragt hat.

Samstag, 12. März 1938

0.30 Uhr

Staatsrat Dr. Hugo Jury, späterer Gauleiter von Niederdonau, hält eine kurze Rundfunkansprache, in der er nochmals von der Beauftragung Seyß-Inquarts berichtet und die Nationalsozialisten auffordert, „beispielgebende Disziplin“ zu bewahren.

2.00 Uhr

Auf dem Asperner Flughafen landen SS-Chef Heinrich Himmler und seine Truppe, die sofort mit der Verhaftung prominenter politischer Gegner beginnt. Richard Schmitz (Bürgermeister von Wien), Leopold Figl, Friedrich Hillegeist (Gewerkschaftsfunktionär) und Franz Olah zählen zu den ersten, die der SS in die Hände fallen. Am 1. April werden sie mit dem so genannten „Prominententransport“, dem ersten Transport aus Österreich in das Konzentrationslager Dachau deportiert.

ca. 5.00 Uhr

Portschy wird auf Basis der geltenden ständischen Verfassung vom Bundeskanzler Seyß-Inquart zum Landeshauptmann des Burgenlandes ernannt.

Die neue Regierung besteht aus: Landesstatthalter (entspricht dem Landeshauptmannstellvertreter) Josef Palham, Landesrat Dr. Friedrich Schirk, Landesrat Ing. Heinz Adolf Birthelmer, Landesrat Anton Schlamadinger, Landesrat Alfred Simon.

5.30 Uhr

Obwohl alle Ultimativen erfüllt werden – die Absage der Volksbefragung, die Demissionierung Schuschniggs und die Einsetzung einer nationalsozialistischen Regierung – marschieren im Morgengrauen des 12. März 1938 deutsche Truppen in Österreich ein.

ca. 9.00 Uhr

Portschy sendet ein Telegramm an Hitler, in welchem er auf die Machtergreifung Bezug nimmt und Hitler ins Burgenland einlädt.

Dienstag, 15. März 1938

„Unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung und festlichem Glockengeläute“ erfolgt der Einmarsch der 300 Mann starken reichsdeutschen Schutzpolizei in Eisenstadt. Weniger spektakulär aber mit umso größerer Wirkung folgt die Gestapo, die ihren Sitz im Landhaus in Eisenstadt einrichtet. Die Leitung der Gestapo untersteht dem SS-Obersturmführer Regierungsrat Otto Bovensiepen.

Zeitgleich findet in Wien am Heldenplatz eine Parade vor dem Führer statt, nachdem bereits um 11.00 Uhr eine Kundgebung zu Ehren Hitlers vor ca. 250000 Menschen am Heldenplatz stattfand.

Ebenfalls mit 15. März löst Portschy den alten Landtag auf und bestellt einen neuen Landtag mit 30 Mitgliedern.

Unmittelbar nach dem Anschluss setzt Portschy ein umfangreiches Arbeitspro-

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

Foto: Sammlung Stoiber



Einmarsch der deutschen Schutzpolizei in Eisenstadt.

gramm um: Die Stellen in den Ämtern müssen mit verlässlichen Nationalsozialisten besetzt werden und Portschy folgt da-

bei der Richtlinie, an bewährten Mitgliedern aus der Kampfzeit festzuhalten. Österreichisch gesinnte Beamte, Lehrer,

Foto: Gemeindecarchiv Hornstein



Auch die Hornsteiner Hitlerjugend marschiert in Wien am Heldenplatz auf.

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

Fotos: Silvia Boross



Polizei- und Gendarmeriebeamte werden – falls nicht verhaftet – aus dem Dienst entlassen bzw. zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Die Beamtenschaft, Polizei und Gendarmerie werden alsbald auf den Führer vereidigt.

Portschys Ehrgeiz – in seiner kurzen „Amtszeit“ – gilt der Änderung des Schulgesetzes, der Bodenreform sowie der Lösung der „Juden- und Zigeunerfrage“.

Die politischen Veränderungen haben auch Auswirkungen auf das Pressewesen, so wird beispielsweise die *Neue Eisenstädter Zeitung* eingestellt. Portschy gründet die Wochenzeitung *Grenzmark Burgenland* und fungiert selbst als Herausgeber.



Hitler in Österreich.

* Im vorliegenden Kapitel wird versucht, die dramatischen Stunden vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten nachzuzeichnen. Die angegebenen Uhrzeiten basieren zum Teil auf Zeugenaussagen von Zeitgenossen und zum Teil auf Schätzungen der Autoren.

„Dr. Portschy betonte, dass Kroaten und Magyaren schon Jahrhunderte in friedlicher Zusammenarbeit lebten und es weiterhin so bleiben wird; nur Juden und Zigeuner seien Parasiten am Volkskörper und müssen aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen werden.“

Grenzmark Burgenland vom 2. April 1938

DER BEGINN DER VERFOLGUNGSMASSNAHMEN

Die erste Verhaftungswelle

Die erste Verhaftungswelle begann unmittelbar mit der „Machtergreifung“ und dauerte vom 11. bis zum 15. März 1938. Österreichweit wurden mehr als 10000 Personen in den ersten Tagen des Dritten

Reichs verhaftet. Da das Burgenland das erste Bundesland war, in dem die Nationalsozialisten die Macht übernommen hatten, gab es hier auch die ersten politischen Verhaftungen. Die im Landhaus befindlichen Mitglieder der Landesregierung und hohen Beamten des Ständestaates waren unter

Foto: BLA



Die Mitglieder der ständischen Landesregierung wurden noch in der Nacht des 11. März 1938 verhaftet. Landeshauptmann Dipl. Ing. Hans Sylvester (4. v. li.), Landesstatthalter Graf Max Coreth (6. v. li.), Landesräte Michael Berthold (7. v. li.), Dr. Karl Posch (8. v. li.), Dipl. Ing. Franz Strobl (9. v. li.), Erster Präsident Michael Koch (stehend).

den ersten politischen Häftlingen Österreichs. Landeshauptmann Hans Sylvester, Landesstatthalter Graf Max Coreth, der Abgeordnete des Bundeskulturrates Adalbert Riedl und Landesrat Franz Strobl wurden in den Räumlichkeiten des Landeshauptmannes verhaftet und unter Hausarrest gestellt. Landesrat Dr. Karl Posch und der Landesführer-Stellvertreter der Vaterländischen Front Walter Riebl wurden ebenfalls noch am 11. März inhaftiert. Nur wenige Stunden später wurden sie in Burgenlands erstes „Anhaltelager“ – der ehemaligen Kaserne der Frontmiliz im früheren Eisenstädter Bürgerspital – eingeliefert und Mitte März der Gestapo übergeben.

Der aus Triest stammende Führer des SS-Gaues Burgenland, Helmut Breyman, wurde neuer Sicherheitsdirektor. Er war der Regisseur der nun folgenden Terror- und Verhaftungswelle und als solcher auch maßgeblich an den ersten Vertreibungen der jüdischen Burgenländer beteiligt.

Als Breymanns Stellvertreter fungierte SA-Brigadeführer Josef Palham aus Eisenstadt und danach SS-Hauptsturmführer Martin Gabriel. Alle sicherheitspolizeilichen Angelegenheiten waren in den Händen der SS und SA konzentriert. Noch in der Nacht des 11. März erfolgte die Verriegelung der in der Sicherheitsdirektion und im Landhaus anwesenden Gendarmerie- und Polizeibeamten auf das neue Regime. Auf Befehl Josef Palhams wurden alle öffentlichen Gebäude und die Dienststellen der Vaterländischen Front sofort besetzt und die Funktionäre der VF und der Frontmiliz verhaftet.

In der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 erfolgte die erste große Verhaftungswelle in allen Bezirken des Landes. In Jennersdorf schwärmten beispielsweise bereits um 4.00 Uhr morgens die Gendarmen aus, um die Anhänger des alten Regimes zu arrestieren. Dazu griff man auf bereits vorgefertigte Namenslisten zurück, welche um die Strafkarteien der Bezirksgerichte ergänzt wurden. Die Listen wurden per Fernschreiber aus Eisenstadt an die einzelnen Bezirksgerichte gesendet. Die Verhaftungen führten die örtlichen Gendarmerieposten durch, die von der lokalen SA und der SS unterstützt wurden. Mangels Dienstfahrzeuge mussten die Häftlinge oftmals mit öffentlichen Verkehrsmitteln in ihre Gefängnisse transportiert werden.

Eine Auswertung der im Burgenländischen Landesarchiv befindlichen Opferfürsorgeakten* ergibt folgendes Bild: Annähernd 60% der ersten politischen Häftlinge wurde in die Bezirksgerichte gebracht. Von den 100 politisch Verfolgten kamen dreizehn in Gewahrsam der Gestapo und mussten oft stundenlange Folterungen und Verhöre über sich ergehen lassen. Dreizehn Personen wurden in Konzentrationslager deportiert. Ein Burgenländer, Andreas Thüringer aus Nickelsdorf, wurde auf dem Weg zum Lager erschlagen.

Mehr als ein Drittel (36%) der nachgewiesenen Verhaftungen im März erfolgte in Eisenstadt. In den Bezirken Jennersdorf waren 19%, Mattersburg 12%, Oberpullendorf und Güssing je 10% und in Neusiedl 7% der Verhaftungen zu registrieren.

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

Foto: Sammlung Stoiber



Unter dem Jubel der Eisenstädter nimmt am 15. März 1938 die deutsche Schutzpolizei das Burgenland „unter Besitz“. Mit ihr kommt auch die Gestapo.

Unter den Verhafteten befanden sich zwölf hohe Funktionsträger der Vaterländischen Front, darunter wie oben angeführt mehrere Regierungsmitglieder, Abgeordnete des Ständischen Landtages und Bürgermeister. Mehr als ein Viertel der Verhafteten stammte aus der traditionell österreich-freundlichen Verwaltung. Rund 8% der Verhafteten waren Gendarmen oder Polizisten, zwei der verhafteten Gendarmenbeamten jüdischer Herkunft. Gegen sie richtete sich der Zorn der Nationalsozialisten besonders. Der Postenkommandant von Großpetersdorf, Karl Halaunbrenner, und der Postenkommandant von Güssing, Edmund Springer, fielen dem nationalsozialistischen Rassenwahn zum Opfer.

Annähernd jeder dritte Verhaftete stammte aus der Lehrerschaft, die Zahl der Arbeiter und ausgewiesenen Kommunisten bzw. Revolutionären Sozialisten in der ersten Verhaftungswelle ist marginal. Der Berufsanteil der Landwirte – neben den Lehrern eine weitere Bastion der Vaterländischen Front – war überproportional hoch.

Diese erste große Verhaftungswelle endete am 15. März 1938 mit dem Einzug der Gestapo und der Sicherheitspolizei im Burgenland. Die burgenländischen Nationalsozialisten wurden als Strategen des Terrors vorerst von Reichsdeutschen „Experten“ abgelöst. Unmittelbar danach erfolgte die Einrichtung einer Gestapo-Stelle im Eisenstädter Landhaus. Ein Teil der verhafteten Burgenländer wurde nun der Gestapo übergeben. Ein Großteil kam nach mehreren Wochen Haft wieder frei. Für einige begann eine Odyssee durch die Lager des Dritten Reiches.

Am 1. April 1938 rollte bereits der erste Häftlingstransport von Österreich ins Konzentrationslager Dachau. Unter den 151 Häftlingen des so genannten Prominententransportes befand sich mit dem späteren sozialdemokratischen Landesrat Stefan Billes auch ein Burgenländer.

Die März-Verhaftungen waren in erster Linie auf einschüchternde Effekte ausgerich-

Foto: BLA



Das Eisenstädter Landhaus war das Zentrum des NS-Terrorapparates im Burgenland. Hier waren die Landeshauptmannschaft (bis Oktober 1938), der Sicherheitsdienst der SS, die Kreisleitung der NSDAP und die Gestapo untergebracht.

tet. Der „Säuberungscharakter“ stand, abgesehen von der rigorosen Zerstörung der Organisationsstruktur der Vaterländischen Front, zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Vordergrund. Opfer der Verhaftungen waren alle, die sich in den vergangenen Monaten und Wochen besonders gegen die Nationalsozialisten exponiert hatten.**

Abgesehen von den „befohlenen“ Verhaftungen, kam es auch zu spontanen und unkontrollierten Gewaltexzessen gegen politische Gegner der Nationalsozialisten. Am späteren Abend des 11. März 1938 hatten die Nazis selbst in den entlegensten Orten des Landes die Macht übernommen. Vaterländisch gesinnte Mitbürger, vor allem Bürgermeister und Gendarmen, wurden sofort ihrer Funktion enthoben und oftmals verprügelt. Vor allem die jüdischen Mitbürger erkannten rasch, was sie vom neuen Regime zu erwarten hatten.

Das NS-Terrorsystem

Als „Burg der Gerechtigkeit und burgenländischen Heimatliebe“ 1929 fertiggestellt, beherbergte das Eisenstädter Landhaus ab März 1938 nicht nur die Landeshauptmannschaft, sondern auch die Kreisleitung der NSDAP des Kreises Eisenstadt, eine Kriminalpolizei-Leitstelle, eine Außenstelle der Gestapo und ein Büro des Sicherheitsdienstes der SS. Nirgendwo sonst im Burgenland waren so viele NS-Institutionen auf so engem Raum konzentriert wie in Eisenstadt. Nirgendwo sonst war das Zusammenspiel innerhalb des NS-Machtapparates so effizient wie in Eisenstadt. NSDAP, Gestapo, Sicherheitsdienst der SS (SD) und Kriminalpolizei bildeten die Säulen des nationalsozialistischen Terrorapparates im Burgenland.

Die NSDAP

Das NS-Terrorssystem fußte auf dem Zusammenspiel der diversen SS- und Polizeikörper, dem nationalsozialistischen Justizapparat und der NSDAP. Besonders in den ersten Monaten nach der Machtergreifung gingen Maßnahmen des Terrors aus dem Kreis der ehemals illegalen Nationalsozialisten aus, die nunmehr leitende Funktionen in Staat und Wirtschaft bekleideten. Die ersten Opfer von Denunziationen waren ehemalige „vaterländische“ Funktionäre, etwas später Kommunisten, Sozialisten und Juden.

In einem Rundschreiben des Kommandeurs der Gendarmerie im Reichsgau Niederdonau vom 15. Dezember 1939 wird die dominierende Stellung der NSDAP hervorgehoben. Darin werden alle unterstehenden Dienststellen angewiesen, *„bei all ihren Amtshandlungen enger noch, als es bisher der Fall war, mit den Kreisleitern und Ortsgruppenleitern der NSDAP zusammenzuarbeiten. Ganz besonders gilt dies für die Gendarmerieposten in den Fällen, wo staatspolitische Interessen gefährdet erscheinen, wozu auch strafbare Handlungen nach dem Heimtückegesetz gehören.“*

Das Wohlwollen des NS-Ortsgruppenleiters konnte eine Karriere in Staat und Wirtschaft beschleunigen – aber genauso beenden. Die Rücksprache bei lokalen Parteifunktionären bei Postenbesetzungen wurde obligatorisch. Manche Positionen waren regelrecht an eine NSDAP-Mitgliedschaft gebunden. So war beispielsweise die Mitgliedschaft beim Nationalsozialistischen Lehrerbund eine Voraussetzung, um als Erzieher tätig werden zu dürfen.

„Säuberungsaktionen“ gab es auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung sowie im Polizei- und Gendarmerieapparat. Ehemalige Mitglieder der SDAP, Kommunisten und ehemalige Angehörige der „Vaterländischen Front“ standen quasi unter ständiger Beobachtung der NSDAP.

Bei der „Entfernung“ der burgenländischen Roma und Juden aus dem gesellschaftlichen Leben spielten lokale NSDAP-Größen eine wesentliche Rolle. Die lokalen Parteistellen versorgten Kriminalpolizei und Gestapo mit den notwendigen Daten und legten vielfach selbst Hand an.

In den letzten Kriegstagen lag es in der Kompetenz der Partei, die Evakuierungstransporte der jüdischen Ostwallerbeiter zu organisieren. Kreisleiter gaben Liquidierungsbefehle, NSDAP-Ortsgruppenleiter – „Herren über Leben und Tod“ – machten sich noch am Vorabend der Befreiung grausamer Kriegsverbrechen schuldig.

Die Geheime Staatspolizei (Gestapo)

Die Geheime Staatspolizei kann als das wichtigste Terrorinstrument des NS-Staates bezeichnet werden. Sie sorgte für die entsprechende Behandlung der Opfer von Anzeigen und Denunziationen.

Ein Erlass Himmlers vom 18. März 1938 regelte die Einrichtung von Gestapo-Stellen in Österreich, die in Wien, Graz, Linz, Salzburg, Klagenfurt, Innsbruck und Eisenstadt untergebracht waren und die Sicherheitsdirektionen bzw. Bundespolizeidirektionen ersetzten.

Die Gestapo-Stellen unterstanden unmittelbar dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD, später dem Reichssicherheits-

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

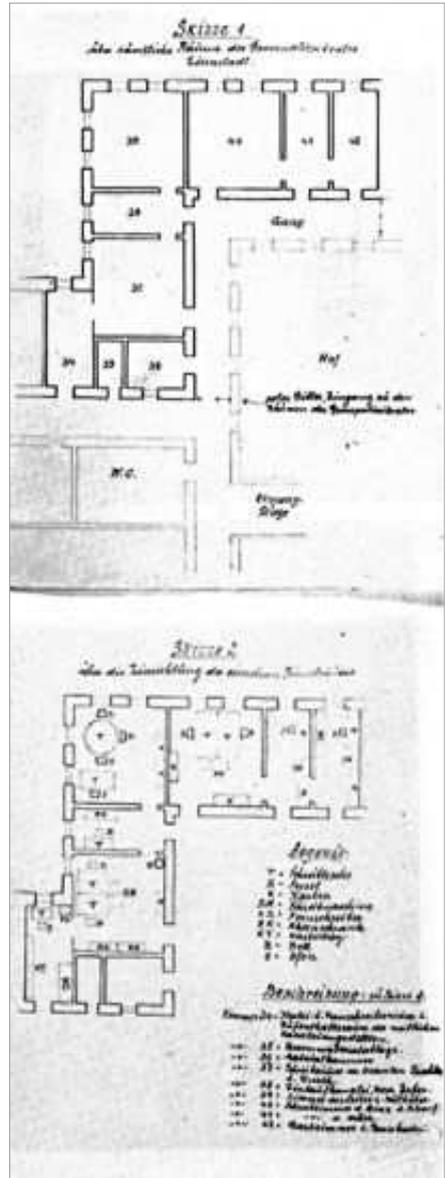
hauptamt (RSHA). Der Gestapo wurde das Recht eingeräumt, sich bei Bedarf der Ordnungspolizeibehörden als Hilfsorgane zu bedienen. Sie fungierte als „politische Polizei“. Mit Fortgang des Krieges wurden auch die in der Kriegswirtschaft eingesetzten Kriegsgefangenen, Fremdarbeiter und Zwangsarbeiter der Gestapo unterstellt. An der Vertreibung und Ermordung der burgenländischen Juden hatte die Gestapo wesentlichen Anteil.

Im Jahr 1939 erfolgte die Auflösung der Gestapo-Stelle Eisenstadt als autonome Behörde. Das Aufgabenfeld wurde auf die Gestapo-Stellen Wien und Graz aufgeteilt. In Eisenstadt verblieb ein Grenzpolizeikommissariat (Greko), das der Gestapo unterstellt war und mit Gestapo-Beamten besetzt war. Das Greko Eisenstadt hatte Nebenstellen in Bruck an der Leitha, Kittsee und Sauerbrunn.

Als logistisches Zentrum diente das Eisenstädter Landhaus. Das Betätigungsfeld des Grenzpolizeikommissariates Eisenstadt erstreckte sich räumlich weit über den Kreis Eisenstadt, und zwar über die heutigen Bezirke Eisenstadt, Mattersburg und Oberpullendorf. Erster Leiter war ein Reichsdeutscher namens Bovensiepen. Ihm folgte SS-Hauptsturmführer Johann Pöllhuber. Gegen Kriegsende bestand das Grenzpolizeikommissariat Eisenstadt aus sieben Personen. Besonders berüchtigt waren die Dunkelzellen des Gestapo-Gefängnisses, das sich ebenfalls im Landhaus befand.

Eine im Landesgericht Bruck an der Leitha und eine weitere in Kittsee untergebrachte Gestapo-Einheit „behandelte“ die

Quelle: BLA - Opferfürsorge



Planskizze der Gestapo-Räume im Westflügel des Eisenstädter Landhaus.

politischen Vergehen des heutigen Neusiedler Bezirkes. Der dort tätige Gestapo-Beamte Alois Hermann war wegen seiner besonderen Grausamkeit berüchtigt und hatte zahlreiche Tötungsdelikte zu verantworten.

Für den Wirkungsbereich des heutigen südlichen Burgenlandes, das ab dem 1. Oktober 1938 zum Gau Steiermark gehörte, war eine Gestapo-Stelle in Fürstenfeld (als Außenstelle der Gestapo-Stelle Graz) eingerichtet.

Die Tätigkeit der Gestapo war durch äußerste Brutalität gekennzeichnet, Misshandlungen und Folterungen der Verdächtigen standen an der Tagesordnung. Nur die Gestapo hatte die Befugnis, „Schutzhaft“ zu verhängen. Hunderte Burgenländer wurden von der Gestapo in Konzentrations- und Vernichtungslagern eingewiesen.

Die Sicherheitsdienst-Außenstelle (SD) Eisenstadt

Die Aufgaben des Sicherheitsdienstes lagen ursprünglich in nachrichtendienstlichen Tätigkeiten. Der SD überwachte die politischen Gegner – war also so etwas wie die weltanschauliche Polizei der Nationalsozialisten –, kontrollierte aber auch hohe Parteifunktionäre und Mitglieder der NS-Organisationen. Oberster Chef des Sicherheitsdienstes war Reinhard Heydrich und ab 1942 der „Österreicher“ Ernst Kaltenbrunner. Eine wesentliche Rolle fiel dem SD bei der „Lösung der Judenfrage“ zu, die vom Judenreferenten des SD-Wien, Adolf Eichmann, maßgeblich „mitgestaltet“ wurde.

Der Aufbau der SD-Dienststellen im Burgenland begann bereits im Jahr 1938. Im

Landhaus von Eisenstadt wurde eine SD-Hauptaußenstelle eingerichtet. Dieser unterstanden die SD-Außenstellen Oberpullendorf, Bruck an der Leitha und Engerau (Petrzalka, heute ein Vorort von Pressburg). Die SD-Hauptaußenstelle Eisenstadt war Bestandteil des SD-Unterabschnittes Wien, der wiederum zum SD-Oberabschnitt Donau zählte.

Der SD-Apparat bestand aus einem Mix von haupt- und nebenberuflichen Mitarbeitern. Wesentliche Aufgabengebiete der SD-Stellen war der Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Spitzeln – so genannten V-Männern (Vertrauensmännern). Bevorzugt wurden Berufsgruppen angeworben, denen man ein natürliches Vertrauensverhältnis entgegenbringt oder solche, die beruflich viel Kontakt mit Menschen haben. In Frage kamen Lehrer, Ärzte, aber auch Berufsgruppen wie Postboten oder Rauchfangkehrer. Keine noch so privaten Lebensbereiche blieben dem NS-Überwachungsstaat verborgen.

Im Bereich der SD-Hauptaußenstelle Eisenstadt waren mehr als 300 Informanten tätig. Aufgabe der V-Männer war es, in regelmäßigen Abständen „Stimmungsberichte“ aus ihrem engsten Umfeld zu liefern. Diese waren meist trivialer Natur, führten aber oft zu Verhaftungen. Die Spitzelberichte wurden in der SD-Außenstelle gesammelt, ausgewertet und an den SD-Unterabschnitt weitergeleitet bzw. direkt an die Gestapo zum Vollzug weitergegeben. Ehemalige Funktionäre und Politiker der Sozialdemokraten und Kommunisten standen unter der ständigen Kontrolle des SD. So meldete z. B. die SD-Außenstelle Ei-

Foto: BLA



Das Landhaus beherbergte ein gefürchtetes Polizeigefängnis. Die Zellen waren im Keller untergebracht. Im Bild der Gefängnishof kurz vor dem Anschluss.

senstadt am 28. Juni 1938 die Namen von 27 politischen Funktionären an die vorge setzte Dienststelle, darunter den späteren Landesrat Stefan Billes, den Bürgermeister von Rust Alois Holler, Landesrat Ignaz Till oder den langjährigen Vorstandsdirektor der BEWAG Eugen Horvath, was zu deren Verhaftung und Internierung führte.

Die Eisenstädter SD-Stelle war bis Ende März 1945 intakt. Dann gab der letzte Leiter der SD-Hauptaußenstelle, Dr. Heinrich Kunnert, den Befehl, das gesamte belastende Aktenmaterial der SD-Stellen Eisenstadt, Oberpullendorf und Bruck an der Leitha zu vernichten. Im Zuge der Beseitigung der Akten geriet auch das Landhaus in Brand. Das Feuer vernichtete die Büroräume der Gestapo und des Sicherheitsdienstes der SS vollständig.

Die Kriminalpolizei

Vollzugsorgan für den Sicherheitsdienst der SS und die Gestapo war in vielen Fällen die Staatliche Kriminalpolizei (Kripo). Zum Hauptaufgabenfeld gehörte aber die Bekämpfung aller „nicht politischen“ Verbrechen.

Die Kriminalpolizei spielte eine besondere Rolle bei der „Bekämpfung der Zigeunerfrage“. Schaltzentrale dafür wurde die Kriminalpolizeileitstelle Wien mit den zahllosen Außenstellen in allen Gauen der Ostmark. In der Kripo-Leitstelle Wien wurde dafür eigene Inspektion I B – „Dienststelle für Zigeunerfragen“ eingerichtet, der ein SS-Standartenführer namens Kapphengst vorstand.

Diese Dienststelle ordnete im Mai 1938 als Maßnahme der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ die Verhaftung burgen-

ländischer Roma und deren Verschickung in die Konzentrationslager Dachau oder Mauthausen an.

Der Kriminalpolizeileitstelle Wien unterstand auch das im November 1940 als „Familienlager“ eingerichtete Zigeunerlager Lackenbach. Lackenbach war sowohl Arbeitslager als auch Durchgangsstation vor der Vernichtung. Die dortigen Lagerkommandanten und deren Stellvertreter waren Beamte der Dienststelle I B.

Bei der Abwicklung der Verfolgungsmaßnahmen gegen Zigeuner und Juden im Burgenland spielten neben der Kriminalpolizei die lokalen Gendarmerieposten eine nicht unwesentliche Rolle.

Die Opfer der politischen Verfolgung

Nach den Aufzeichnungen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes wurden 512 Burgenländer Opfer von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen. Davon sind die Namen von 116 Personen bekannt, die aus politischen Gründen verhaftet wurden und den nationalsozialistischen Terror nicht überlebten.

Von diesen 116 erfassten Opfern verstarben 55 Personen in Konzentrationslagern oder Polizeigefängnissen. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurden 25 Burgenländer hingerichtet, 13 Personen von Kriminalpolizei, SS oder Gestapo ermordet. Der Wehrmachtsgerichtsbarkeit fielen 7 burgenländische Soldaten zum Opfer, die als Deserteure hingerichtet wurden bzw.

in militärischen Strafkompagnien im sinnlosen Kampfeinsatz fielen. Vier Burgenländer verübten in Haft Selbstmord.***

Zu den häufigsten politischen Delikten, nach denen Burgenländer von der nationalsozialistischen Justiz abgeurteilt wurden, zählten „Vorbereitung zum Hochverrat“ „Wehrkraftzersetzung“ und Verurteilungen wegen Verstöße gegen das „Heimtückegesetz“. Die meisten Todesurteile wurden wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhängt.

Fast ausschließlich mit Todesurteilen endeten Verfahren wegen „Fahnenflucht“. Gegen Kriegsende verbreiteten Standgerichte Angst und Schrecken. Nicht nur Soldaten der Wehrverbände, auch Zivilisten und ausländische Zwangarbeiter wurden Opfer dieser Art von Schnelljustiz.

Foto: BLA



Landeshauptmann Dipl. Ing. Hans Sylvester war das prominenteste Opfer des Nationalsozialismus im Burgenland.

Die ersten politisch Verfolgten waren die Anhänger des bürgerlichen Lagers, meist hohe Repräsentanten bzw. Anhänger der Vaterländischen Front. Ihre Haftzeiten betruhen im Durchschnitt nur wenige Wochen. Die Verschickung in ein Konzentrationslager stellte eher die Ausnahme dar. Prominentestes Todesopfer war der Landeshauptmann des Burgenlandes Hans Sylvester, der am 19. Jänner 1939 im Lager Dachau starb.

Ausführliche Aufzeichnungen über den Widerstand der katholischen Kirche gibt es von der Apostolischen Administratur Burgenland. Demnach erhielten 88 Priester ein Schul- und Predigtverbot, 20 wurden des Ortes oder des Kreises verwiesen, 23 zu Freiheitsstrafen verurteilt, 4 zu Geldstrafen. Drei Priester lieferte man ins Konzentrationslager Dachau ein. Der Pfarrer von Deutsch Tschantschendorf, Alois Dolezal, starb nach seiner Verhaftung im Gefängnis in Graz auf Grund eines Bombentrefers. Pater DDDr. Johannes Capistran Pieller, Praeses des Eisenstädter Franziskanerklosters, wurde am 23. August 1943 wegen Unterstützung der Antifaschistischen Freiheitsbewegung Österreichs verhaftet und 1944 zum Tode verurteilt. Am 15. April 1945 wurde er im Zuge eines Massakers im Gefangenenhaus Stein, wohin die Gefangenen des Landesgerichts Wien vor den Russen evakuiert worden waren, von der SS ermordet.

Für Kommunisten und Sozialdemokraten gestaltete sich eine illegale politische Tätigkeit ungleich schwieriger. Bekannte Aktivisten standen unter der ständigen Kontrolle des SD. Auf einer im Juni 1938 erstellten Liste der SD-Stelle Eisenstadt be-

fanden sich bereits die Namen Stefan Billes, Ignaz Till, Eugen Horvath und weitere 24 Aktivisten der SDAP und KP.

Neben Erwachsenen finden sich in den Untergrundzellen junge Arbeiter, frühere Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Kinderfreunde, der Roten Falken und Wehrsportler. Der Schwerpunkt der illegalen Tätigkeit bestand, von einigen spektakulären Aktionen wie dem Durchschneiden von Fernsprechverbindungen oder dem Fällen von „Hitlereichen“ abgesehen, aus der Produktion und dem Verteilen von Flugschriften, Schmieraktionen und dem Sammeln von Beiträgen für in Not geratene Genossen.

Die Gruppen waren in den meisten Fällen sehr klein und hatten untereinander kaum Kontakt. Mit Beginn des Krieges setzten die Aktivitäten der linken Widerstandsgruppen ein. Obwohl ihre Aktionen vergleichsweise harmlos anmuten, ging die Gestapo dennoch mit äußerster Brutalität gegen sie vor. Todesurteile und Einweisungen in Konzentrationslager waren die Konsequenz, wenn eine Zelle aufgedeckt wurde.

Widerstandsgruppen gab es in Parndorf, Nickelsdorf, Zurndorf, Gols, Frauenkirchen, Halbturn, Mönchhof, Siegendorf, Hornstein und Steinbrunn. Die größte Gruppe entstand in Pinkafeld und umfasste Aktivisten aus den Orten Pinkafeld, Tauchen, Oberwart, Bernstein und Stegersbach. Gegen Aktivisten der südburgenländischen Gruppe wurden die meisten Todesurteile im Burgenland gefällt.

Knapp 2000 Burgenländer machten nach 1945 Ansprüche nach Opferfürsorgesgesetz geltend und wurden für ihre in der

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

Fotos: DÖW, BLA - Opferfürsorge



Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung im Burgenland.

Nazizeit erlittenen Qualen von der Republik „entschädigt“. Nur sehr wenige jüdische Burgenländer sind in diesen Akten der Opferfürsorge erfasst. Die meisten von ihnen kehrten nicht mehr in ihre alte Hei-

mat zurück. Die meisten Opfer hatten die burgenländischen Roma zu beklagen. Ihre Ansprüche auf Entschädigung der erlittenen Qualen wurden als letzte gesetzlich geregelt.

** Nach dem Opferfürsorgegesetz (OFG) wurden die Opfer des Nationalsozialismus entschädigt. Die Abwicklung ab 1945 erfolgte im Auftrag des Bundes in den Ländern. Im Burgenland wurden bis zum Jahr 2003 fast 2000 Opferfürsorgeanträge gestellt. Diese müssen auch eine detaillierte Beschreibung der Verfolgungsmaßnahmen und die Haft- bzw. Lagerzeiten beinhalten. Aus diesen Daten wurden jene gefiltert, die bereits in der Zeit von 11. bis 15. März aus politischen oder rassistischen Gründen verhaftet wurden. Die Aufstellung beinhaltet deshalb nur jene Personen, die einen Antrag auf Genuss nach dem OFG gestellt haben. Personen, die dies nicht getan haben, sind in der Auswertung auch nicht erfasst.*

*** In der Illegalität wurde eine Dokumentation über die Untergrundarbeit der NSDAP und über die politischen Gegner gefertigt. Die Dokumentation trägt den Titel „Gauarchiv Burgenland“ und entstand unmittelbar nach dem 12. März. Mit Herannahen der Front im April 1945 wurden die Akten gemeinsam mit dem Grundbuch des Bezirksgerichts Eisenstadt nach Melk verlagert. Mit der Rückführung des Grundbuches kam durch einen Zufall auch das Gauarchiv wieder ins Burgenland zurück und ist im Landesarchiv einsehbar. Leider wurden im Bestand die Akten über das Jahr 1938 entfernt.*

**** Grundlage dafür sind die Opferfürsorgeakten der Sozialabteilung des Landes Burgenland. Hier sind aber nur jene erfasst, die einen offiziellen Antrag im Sinne des Opferfürsorgegesetzes gestellt haben. Jene, die dies nicht getan haben, sind in der Aufstellung nicht enthalten.*

Die Verfolgung der jüdischen Burgenländer

Die Lebenssituation der jüdischen Burgenländer änderte sich buchstäblich über Nacht – der Nacht des 11. März 1938. Noch vor der Machtergreifung in Wien hatten erste jüdische Familien das Burgenland verlassen. Unter den ersten burgenländischen Verhafteten befanden sich bereits etliche jüdische Mitbürger, unter den 151 Personen des ersten Dachau-Transportes waren 63 Juden.

Bereits Ende März 1938 bekundete der Kurzzeit-Gauleiter des Burgenlandes Portschy die Absicht, die „Agrarreform, die Zigeunerfrage und die Judenfrage mit nationalsozialistischer Konsequenz zu lösen“.

Sein „Lösungsansatz“ lag vorerst in einer rigorosen Anwendung der „Nürnberger Rassengesetze“. Anders als im Rest der

Foto: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung



Wohnhaus der jüdischen Familie Wolf (heute Landesmuseum Burgenland) im Jahr 1938.

Foto: BLA



Am 11. März 1938 begann die Verfolgung der burgenländischen Juden. In Mattersburg wurden Juden gezwungen, die Parolen der für den 13. März geplanten Volksbefragung von Straßen und Wänden zu entfernen.

„Ostmark“ wurde das Gesetz auch auf jüdische Ehepartner in Mischehen und Abkömmlingen von Mischehen angewendet. Portschy machte sich damit zu einem Vorkämpfer dessen, was als „Endlösung der Judenfrage“ in die Geschichte eingehen sollte.

Am Beginn der gezielten Terror- und Verfolgungsmaßnahmen stand die Erfassung der jüdischen Bevölkerung des Burgenlandes samt ihres Vermögens. Ziel der Judenpolitik, wie sie von Portschy propagiert wurde, war die „freiwillige“ Auswanderung der burgenländischen Juden – möglichst schnell und möglichst unter Zurücklassung sämtlicher Vermögenswerte. Die burgenländischen Juden waren die ersten, für die ein Auswanderungsbefehl erlassen wurde. Dieser wurde allen ca. 3800 burgenländischen Juden zugestellt.* kamen sie ihm nicht nach, folgte die behördliche Abschiebung. Dabei bediente man sich des Sicherheitsdienstes der SS – dem SD – und lokaler Gestapo-Stellen.

Eine wesentliche Rolle bei der Verfolgung der burgenländischen Juden und deren Vermögensentzug spielten die Gestapo-Stellen Eisenstadt und Bruck an der Leitha. Gegen den Leiter des Judenreferates der Gestapo-Leitstelle Wien, Kriminalkommissar Koch, die Gestapobeamten Heinrich Knoth, Heinrich Scharff, deren Vorgesetzten und Leiter der Außenstelle Eisenstadt, Johann Pöllhuber, sowie gegen Alois Hermann von der Gestapo-Stelle in Bruck wurden nach dem Krieg Gerichtsverfahren eingeleitet.

Während anfangs nur wohlhabende Juden zur Ausreise gezwungen wurden, folgte bald die Ausweisung aller übrigen burgenländischen Juden. Manchen Gemeinden ging dies nicht schnell genug. Sie wurden von sich aus aktiv, indem sie „ihre“ Juden über die grünen Grenzen treiben ließen.

Die Juden von Pama und Kittsee wurden am 16. April 1938 nachts aus ihren Betten geholt und an die tschechische Staatsgrenze gebracht, wo man sie mitten auf der Donau auf einem Wellenbrecher aussetzte. Mehrere Tage schob man die Gruppe zwischen dem Reich, der Tschechoslowakei und Ungarn hin und her, bis die internationale Presse auf den Fall aufmerksam wurde. Nachdem eine jüdische Hilfsorganisation eine provisorische Unterbringung auf einem französischen Schleppboot organisiert hatte, dauerte es dennoch mehrere Monate, bis alle 51 Personen ein „sicheres Drittland“ erreichten.

Juden aus Rechnitz überließ man im Niemandsland zwischen dem Reich und Jugoslawien ihrem Schicksal, ehe eine Ausreisegenehmigung für Kroatien erwirkt werden konnte. Parndorfer Juden wurden bei Mörbisch über die ungarische Grenze getrieben, ähnlich erging es den Juden von Pamhagen.

Die aus dem Burgenland ausgewiesenen Juden, die nicht in der Lage waren, die vorgegebenen Ausweisungsfristen einzuhalten, mussten das Burgenland in Richtung Wien verlassen. Dort wurden sie von der Israelitischen Kultusgemeinde und an-

deren jüdischen Hilfsorganisationen aufgenommen und betreut.

Ende April/Anfang Mai verließen die Juden von Neusiedl das Land. Bis zum 17. Mai 1938 wanderten die ersten 30 Juden von Eisenstadt ab. Mitte Juni befanden sich die Juden von Deutschkreutz, Lackenbach und Rechnitz in der Betreuung der Wiener Kultusgemeinde. Im Juli und August folgte die Abwanderung aus den Gemeinden Frauenkirchen und Kobersdorf. Die Mattersburger Juden verließen im September und die letzten Eisenstädter Juden im Oktober 1938 das Burgenland. Die Zahl der burgenländischen Juden in Wien sprang sprunghaft an: von 799 am 17. Juni auf 1700 Ende November 1938.

Am 1. November 1938 meldete der Leiter der Israelitischen Kultusgemeinde von Wien, Dr. Josef Löwenherz, *„sämtliche Kultusgemeinden des Burgenlandes (7 größere und 4 kleinere) mit einer jüdischen Bevölkerung am 12.3.1934 von 3.632 Seelen“* als aufgelöst.

Die *Grenzland-Zeitung*, das Organ des nationalsozialistischen Burgenlandes, berichtet Anfang Dezember voller Euphorie unter der Schlagzeile *„Die Entjudung des ehemaligen Burgenlandes“*, dass alle 4000 Juden des Burgenlandes abgewandert seien.

Tatsächlich befanden sich noch etliche Juden, als „jüdisch Versippte“, „jüdische Mischlinge“ oder „Halbjuden“ bezeichnete Personen bzw. solche, die mit „Ariern“ verheiratet waren, im Land.

Auch im Burgenland kam es in der Nacht vom 9. auf 10. November 1938, der

„Reichskristallnacht“, zu Verwüstungen. Marodierende Nazi-Banden zertrümmerten die Einrichtungs- und Kulturgegenstände des Eisenstädter Tempels. Dieser Ausbruch blanken Judenhasses war für das Burgenland umso bemerkenswerter, da wie bereits erwähnt, das Burgenland seit dem 1. November als „judenrein“ galt. Mit dem Pogrom vom 9./10. November 1938 manifestierte sich ein grundsätzlicher Wandel in der NS-Judenpolitik.

In einer zweiten Phase der Auswanderung wurden die Ausreisen von der im August 1938 von Adolf Eichmann gegründeten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien gesteuert. Eichmann gestattete begüterten Juden die Ausreise in bestimmte Länder, falls sie auf ihr Vermögen zu Gunsten des Reiches verzichteten – ein Modell, das auch schon von Gauleiter Portschy äußerst gewinnbringend angewendet wurde.

Über diese Zwischenstation in Wien gelang bis 31. Dezember 1938 1286 jüdischen Burgenländern die Ausreise. Bevorzugte Ziele waren die Tschechoslowakei (24,8%), Palästina (20,1%), Ungarn (9,3%), England (7,1%), Italien (6,7%), die USA (6,0%) und Frankreich (5,5%). Tragischer Weise gerieten einige der Exilländer dennoch unter deutsche Herrschaft. Wie viele burgenländische Opfer die Judenverfolgung in Ungarn, der Tschechoslowakei, Italien oder in Frankreich kostete, ist nicht bekannt.

Mit der Verschärfung der weltpolitischen Lage kurz vor Beginn des Krieges begann

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

Foto: BLA



Die jüdische Synagoge von Deutschkreutz (Zelem) wurde 1941 von den Nazis gesprengt.

auch die Auswanderung zu stagnieren. In dieser Situation schaltete sich noch einmal die Geheime Staatspolizei, Leitstelle Eisenstadt ein, indem der „Beauftragte für die Auswanderung der burgenländischen Ju-

den“ innerhalb der Kultusgemeinde, Eugen Lindenfeld, den Befehl erhielt, die auswanderungswilligen Burgenländer in Wien listenmäßig zu erfassen. Der Zweck der Erfassung lag, laut Bericht der Israelitischen

Foto: BLA



Im März 1938 wurden die Lackenbacher Juden nach Wien zwangsumgesiedelt. Im Jahr 1942 wurde ihre Synagoge gesprengt. Das Foto stammt aus der Zeit vor 1938.

Kultusgemeinde Wien, darin, die auswanderungswilligen Burgenländer, die keine Möglichkeiten zur Emigration besaßen, in Auswanderungstransporte einzureihen. Die dafür erforderlichen Mittel stellte die Gestapo-Leitstelle Eisenstadt zur Verfügung. Dies fiel insbesondere deshalb nicht schwer, da die Gestapo Eisenstadt noch über jene nicht unbeträchtlichen Vermögenswerte verfügte, die den burgenländischen Juden erst kurz davor abgenommen worden waren. Infolge gelang es, einen großen Teil der Burgenländer im Rahmen von „illegalen“ Transporten über die Donau nach Palästina zu bringen. Die Organisation von Auswanderungstransporten wurde zusehends schwieriger und kam schließlich vollständig zum Erliegen.

Was ab 1941 folgte, ging als „Endlösung der Judenfrage“ in die Geschichte ein. Burgenländische Juden waren von den ersten „Umsiedlungsaktionen“ in den Osten betroffen, wurden in die Gettos Litzmannstadt und Theresienstadt deportiert, in den Gaskammern von Chelмно ermordet, wa-

ren Opfer der berüchtigten Einsatzgruppen der SS und landeten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nationalsozialisten.

Nach Jonny Moser forderte der Holocaust in Österreich 65469 Opfer.** Rund 125000 jüdische Österreicher retteten ihr Leben durch Flucht ins Ausland, ca. 5800 österreichische Juden, darunter auch etliche Burgenländer, erlebten in Wien die Befreiung.

Johannes Reiss, Direktor des Österreichischen Jüdischen Museums in Eisenstadt, schätzt, dass ca. 30% der jüdischen Burgenländer in der Zeit von 1938 bis 1945 den Tod fanden. Diese Schätzung wird durch neueste Untersuchungen von Gert Tschögl, Historiker an der Burgenländischen Forschungsgesellschaft, bestätigt. Im Zuge eines Forschungsprojektes, das die namentliche Erfassung der Opfer des Nationalsozialismus zum Ziel hat, wurden die Namen von 1185 Personen aus dem Burgenland ermittelt, die in der Zeit von 1938 bis 1945 umkamen.***

* Eine Bevölkerungsstatistik gibt für das Jahr 1934 die Zahl von 3632 jüdischen Burgenländern an. Der Grenzland-Bote vom 4. Dezember 1938 schätzt die Anzahl der burgenländischen Juden von März 1938 auf 4000. Man kann also für den März 1938 von einer jüdischen Bevölkerung von 3800 bis 4000 ausgehen.

** Nachfolgende Zahlen stammen aus einem Bericht der IKG vom 31. Dezember 1945: Darin wird angegeben, dass 1576 Personen in deutschen Konzentrationslagern umgekommen sind, 46791 in Vernichtungslagern getötet, 18 Juden Opfer von Gewaltausbrüchen wurden, 17 Personen in Polizeigewahrsam verstarben bzw. zum Tode verurteilt wurden. 16692 österreichische Juden emigrierten in ein später von Hitler annektiertes Land und fanden dort in Vernichtungslagern den Tod. 363 Juden fielen dem Euthanasieprogramm zum Opfer.

*** Das Projekt „Namentliche Erfassung der NS-Opfer des Burgenlandes“ wurde im Gedenkjahr 2008 vom Land Burgenland initiiert und soll in einer ersten Phase alle über öffentliche Träger verfügbaren Todesdaten der einzelnen Opfergruppen (jüdische Opfer, politische Opfer, Roma und Euthanasieopfer) verfügbar machen.

Foto: BLA



Dorfleben der Burgenlandroma vor dem Anschluss.

Die Verfolgung der burgenländischen Roma*

Im August 1938 verfasste Landeshauptmann Portschy eine Denkschrift mit dem Titel *Die Zigeunerfrage*. Sie wurde zur ideologischen Grundlage für alle folgenden Verfolgungsmaßnahmen. Portschy beschrieb darin die Zigeuner als „nomadische Schmarotzerrasse“, welche die ansässige Bevölkerung durch zahlreiche ansteckende Krankheiten in Gefahr bringe und ausschließlich vom Betteln und Stehlen lebe. Durch die Vermischung mit deutschem Blut sah er die gesamte arische Rasse gefährdet. Zigeuner wären „Fremdkörper und gefährden das deutsche Blut“. Die „nationalsozialistische Lösung der Zigeunerfrage“ sah laut Portschy in der Einführung einer generellen Arbeitspflicht (Zwangsarbeit) und deren Internierung in Arbeitslager. Als langfristige Strategie schlug er die Sterilisation vor, die er im

„Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ bereits legitimiert sah. In der „freiwilligen“ Abwanderung ins Ausland bzw. der Aussiedlung in die „Deutschen Kolonien“ erkannte Portschy die „vollkommenste Lösung“ der Zigeunerfrage.

Erste Verfolgungsmaßnahmen begannen unmittelbar nach dem „Anschluss“. Per Dekret wurde den burgenländischen Zigeunern die Beteiligung an der Volksabstimmung vom 10. April 1938 verboten. Die nationalsozialistische Landesregierung war der Meinung, „daß die Zigeuner keineswegs als vollberechtigte Reichsbürger zu gelten hätten, sondern bestenfalls als Staatsangehörige, die mit den Rechten und Pflichten, die ihrem Charakter und Wesen angemessen sind, zu betrachten seien.“

In der folgenden ersten Verhaftungswelle wurden Hunderte burgenländische „Zigeuner“ als „Asoziale“ verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Als „asozial“

galt, wer „durch wirtschaftswidriges, wenn auch nicht verbrecherisches Verhalten zeigt, daß er sich nicht in die Gemeinschaft einfügen will“. In polizeiliche Vorbeugehaft konnte aber auch jeder genommen werden der „ohne Berufs- und Gewohnheitsverbrecher zu sein, durch sein soziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet“.

Diese Bestimmungen stellten in den ersten Jahren die rechtstaatliche Basis für die Internierung dar und waren nach Kriegsende dafür verantwortlich, dass die österreichischen Zigeuner lange nicht als Opfer der NS-Verfolgung anerkannt wurden.

Die ersten beiden großen Verhaftungswellen von burgenländischen Roma fanden im Mai und Juni 1938 statt. Die Aktion wurde von der Kriminalpolizeistelle Eisenstadt koordiniert und fand zeitgleich im gesamten Land statt. 232 Burgenlandroma wurden in „polizeiliche Vorbeugehaft“ genommen, um präventiv sicherheitspolizeiliche Delikte wie „Betteln und Landstreicherei“ zu verhindern. Bei der Auswahl der zu Verhaftenden wurde auf die „Zigeunerkarthothek“ aus dem Jahr 1928 zurückgegriffen.

Gegen diese Verfolgungsmaßnahmen verfasste eine Gruppe von sechs Roma aus Redlschlag einen mutigen Beschwerdebrief an die Reichsregierung. Darin wurde von der wirtschaftlichen Not der dortigen Zigeuner berichtet, die nunmehr ohne Arbeit und ohne staatliche Unterstützung aufs Betteln angewiesen wären. Außerdem käme es nach der Aberkennung jeglicher Bürgerrechte wiederholt zu Übergriffen der hiesigen Gendarmerie. Das nationalsozialistische

Regime antwortete auf seine Art. Aus einem Bericht der Kriminalpolizeistelle Eisenstadt geht hervor, dass der Verfasser des Schreibens am 20. Juni 1938 verhaftet und ins KZ Dachau verschickt wurde. Gleichzeitig schrieb man die übrigen fünf Unterzeichner des Schreibens zur Fahndung aus.

Ab August 1938 durften arbeitsfähige Roma zur Zwangsarbeit bei öffentlichen Bauten, für den Straßenbau und für die Arbeit in Steinbrüchen herangezogen werden. Im September wurden burgenländischen Roma-Kindern per Weisung des Landeshauptmannes der Besuch von Schulen verboten. Es folgte die Aberkennung des Wahlrechts und das Verbot von „Mischehen“. Begleitend dazu wurden zahlreiche diskriminierende Anordnungen erlassen, die sich auf die unmittelbare Lebenssituation der burgenländischen Zigeuner auswirkten, wie das Verbot des öffentlichen Musizierens, Verbote betreffend des Erwerbs bestimmter Lebens- und Genussmittel oder das Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Die im Burgenland verordneten Maßnahmen griffen dem Verfolgungsprogramm der Nationalsozialisten vor, sodass man festhalten kann, dass im Burgenland bezüglich der „Endlösung der Zigeunerfrage“ erhebliche Vorarbeiten „geleistet“ wurden, was maßgeblich auf die Person Portschys zurückzuführen war.

Im November 1940 wurde auf einem stillgelegten Gutshof der Familie Esterházy ein Zigeunerlager eingerichtet. Das „Anhaltelager“ Lackenbach war das erste KZ-ähnli-

Foto: BLA



Das Zigeunerlager Lackenbach war für Tausende burgenländische Roma Durchgangslager in den Tod. Das Bild zeigt das Verwaltungsgebäude des „Anhaltelagers“ Lackenbach.

che Lager auf dem Boden des Burgenlandes. Den höchsten Lagerstand mit 2335 Häftlingen gab es am 1. November 1941 kurz vor den Deportationen ins Ghetto Litzmannstadt. Insgesamt wurden 3000 bis 4000 Zigeuner im Lager Lackenbach inhaftiert. Das Lager Lackenbach diente als Sammel- bzw. „Konzentrationslager“ insbesondere für die Roma des südlichen Burgenlandes, war Arbeitslager und auch Sammelpunkt für Transporte in die Vernichtung. KZ-ähnliche Lebensumstände mit schlechtesten sanitären Verhältnissen führten zu hohen Todeszahlen. Nach den Aufzeichnungen des Standesamtes von Lackenbach verstarben zwischen Dezember 1940 und der Auflösung des Lagers im März 1945 237 Personen.

In den Jahren der Verfolgung wurden Roma aus dem Burgenland in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald, Ravensbrück oder Mauthausen deportiert. Unter den 5007 Toten des Gettos von Lodz waren besonders viele Burgenländer. Ab April 1943 folgte die Deportation ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Von den ca. 12000 österreichischen Roma und Sinti überlebten nur ca. 1500 den Nazi-Terror. Im Burgenland verhält es sich ähnlich. Ausgehend von einem Bevölkerungsanteil von ca. 8000 „Burgenlandroma“ überlebten nach einer Erhebung aus dem Jahr 1948 ca. 900 Personen, knapp 11%, das NS-Terrorregime.**

** In der folgenden Beschreibung wird ungeachtet der Tatsache, dass im Burgenland neben den Burgenlandroma auch kleinere Gruppen von Sinti lebten, generell der Terminus „Rom(a)“ als Sammelbegriff für alle „Zigeunergruppen“ verwendet.*

*** Eine Auswertung der Opferfürsorgeakten des Burgenlandes und teilweise auch für Wien ergab eine Zahl von 914 Antragstellern und deckt sich somit in etwa mit dem 1948 erhobenen Wert des Landesgendarmierkommandos für das Burgenland.*

„Viereinhalb Jahre hat uns ein volksfeindliches Regime niedergezwungen. Wir wurden verfolgt, in Kerkern geworfen, viele gaben ihr Leben (...). Diese schwarze Ära ist nun endgültig vorbei. Österreich ist wieder frei, Österreich ist nun für immer eingegliedert in die deutsche Volksgemeinschaft. Wir sind ein Volk geworden. Dies gilt es zu bekennen!“

Gauwahlleiter LH Dr. Tobias Portschy

DIE VOLKSABSTIMMUNG VOM 10. APRIL 1938

Nach dem 12. März 1938 wurde seitens des nationalsozialistischen Regimes eine gewaltige Propagandamaschinerie in Gang gesetzt. Einerseits, um die nunmehrigen Ostmärker von den Vorzügen des Dritten Reichs zu überzeugen, andererseits aber auch, um die für den 10. April 1938 anberaumte „*Volksabstimmung über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich*“ vorzubereiten.

Am 25. März 1938 wurde vom Gauleiter und Landeshauptmann Dr. Tobias Portschy der entsprechende Aufruf mit Betreff „*Volksbefragung am 10. April 1938*“* erlassen.

Im Vorfeld der Volksabstimmung fanden zahlreiche Propagandaveranstaltungen statt. Alleine der Veranstaltungskalender, der in der *Grenzmark Burgenland* die einzelnen Veranstaltungen mit den entsprechenden Rednern ankündigte, umfasst 273 Versammlungen.

Der Versammlungskalender (vom 29. März bis 8. April, aufgelistet in der *Grenzmark Burgenland*):

	29.-31.3.:	1.-3.4.:	4.-6.4.:	5.-8.4.:
Kreis Neusiedl:	10	19	5	2
Kreis Eisenstadt:	6	21	12	3
Kreis Mattersburg:	5	13	3	4
Kreis Oberpullendorf:	15	24	12	6
Kreis Oberwart:	20	26	16	2
Kreis Güssing:	15	16	17	-
Kreis Jennersdorf:	8	10	1	2
insgesamt: 273	79	129	46	19

Am 6. April 1938 stattete Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick dem Burgenland einen Propagandabesuch ab. Es war dies das erste Mal, dass ein Reichsminister burgenländischen Boden betrat. Nach einer Großveranstaltung in Eisenstadt, wo er – nach Angaben der *Grenzmark Burgenland* – vor 62000 Menschen auf dem Exerzierplatz der Garnison sprach, begab er sich mit Portschy auf eine Fahrt nach Oberwart.

Quelle: BLA



Der Heftungsbeleg des Führers
für die Volksbefragung in Österreich
Gauleiter Märkerl

Gauwahlleitung Burgenland

Wahltag: Gauwahlleiter.

Eisenstadt, den 25. März 1938.
Gauleiter

A u f r u f

des Gauwahlleiters Dr. P o r t s c h y .

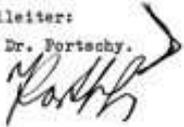
Viereinhalb Jahre hat uns ein volkfeindliches Regim niedergewungen. Wir wurden verfolgt, in Kerkern geworfen, viele gaben ihr Leben. Kameraden, die Blut und Ehre, die die Freiheit ihres Volkes als Parole auf ihre Fahne geschrieben, waren Freiwild in Österreich. Das Volk hasste dieses Regim des Verrates und der Schande. Die jüdisch-bolschewistische Internationale aller Länder stützte es. Diese schwarze Aera ist nun endgültig vorbei. Österreich ist wieder frei, Österreich ist nun für immer eingegliedert in die deutsche Volksgemeinschaft. Wir sind ein Volk geworden. Dies gilt es zu bekennen !

Alle Kräfte müssen freigemacht werden, für die Durchführung der Volksbefragung !

Insbesondere ordne ich an:

- 1.) Die Führer der burgenländischen Privatwirtschaft haben ihre Angestellten und Arbeiter, soferne sie in der Bewegung unentbehrlich sind, dienstfrei zu geben. Den Arbeitern und Angestellten darf daraus kein Schaden erwachsen.
- 2.) Jeder Autobesitzer, soferne er Arier ist, meldet sich sofort beim zuständigen Kreiswahlleiter. Er hat seinen Wagen während des Wahlkampfes der Partei zur Verfügung zu stellen.

Der Gauwahlleiter:
Landeshauptmann Dr. Portschy.



Der Aufruf stammt aus dem Akt „Präs.-Zl. A-145/1-1938, Betreff: Volksbefragung am 10. April 1938; Aufruf des Gauwahlleiters“ und war den Bezirkshauptmannschaften und den Stadtmagistraten Eisenstadt und Rust zu sofortiger Bekanntmachung zu übermitteln.

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

Quelle: BLA - Zeitschriftensammlung

Versammlungskalender von 5. bis 8. April			
Ort	Zeit:	Nedner:	Kreis
Kreis Neufeld am See:			
Gols	6. April 14 Uhr	Pg. Breymann aus Eisenstadt	Deutschkreuz 8. April 20 Uhr Pg. Sauer a. d. Reich
Neufeld am See	5. April 14 Uhr	Pg. Fikböck aus dem Reich	Luhmarnsburg 5. April 20 Uhr Pg. Szalla aus dem Reich
Kreis Eisenstadt:			
Eisenstadt	8. April 14 Uhr	Pg. Dr. Portschy aus Eisenstadt	Nedersdorf 7. April 20 Uhr Pg. Kniffel a. d. Reich
Eisenstadt	8. April 14 Uhr	Pg. Dr. Portschy aus Eisenstadt	Nedemmarkt 7. April 20 Uhr Pg. Rinke a. d. Reich
Domerskirchen	5. April 20 Uhr	Pg. Ritter v. Epp aus dem Reich	Oberpullendorf 7. April 14 Uhr Pg. Dr. Portschy aus Eisenstadt
Neufeld a. d. L.	6. April 20 Uhr	Pg. Sauer aus dem Reich	Meppersdorf 7. April 20 Uhr Pg. Sauer a. d. Reich
Kreis Mattersburg:			
Soopersbach	5. April 20 Uhr	Pg. Dr. Ponstingl aus Eisenstadt	Illersdorf 6. April 20 Uhr Pg. Balduin aus Wien
Mattersburg	5. April 20 Uhr	Pg. Tziet aus Bautersbach	Nechnik 6. April 20 Uhr Pg. Szalla aus dem Reich
Mattersburg	7. April 20 Uhr	Pg. Gerl a. d. Reich	Kreis Güssing:
Stöttner	7. April 20 Uhr	Pg. Breymann aus Eisenstadt	Im Kreis Güssing haben sie bereits stattgefunden. (8. April.)
		Pg. Tziet aus Bautersbach	Kreis Jennersdorf:
			Jennersdorf 6. April 20 Uhr Pg. Dr. Portschy aus Eisenstadt
			Pg. Kniffel aus dem Reich
			Pg. Dofsch aus Halle
			Jennersdorf 8. April 20 Uhr Pg. Szalla aus dem Reich

Übersicht von Versammlungen vom 5. bis 8. April 1938, Grenzmark Burgenland, 5. April 1938.

Unter einem durchaus werbewirksamen Gesichtspunkt muss auch die symbolische Zerstörung des Anhaltelagers Wöllersdorf am 2. April 1938 gesehen werden, in dem laut Major Klausner „im Laufe von vier Jahren 45.000 Kämpfer des Führers an dieser Stätte eingekerkert waren, dass sie behandelt wurden, als wären sie schwere, gemeine Verbrecher.“ Das Symbol der Willkür des ständischen Regimes, das erste Konzentrationslager auf österreichischem Boden wurde – medienwirksam – in Brand gesteckt. Tatsächlich waren nur einzelne Baracken angezündet worden. Die Einrichtung des Lagers wurde vorsorglich beiseite geschafft und landete im Konzentrationslager Mauthausen.

In einer euphorisch hochgeputschten Stimmung erfolgte schließlich die Volksab-

stimmung mit der Fragestellung: „Bist Du mit der am 13. März vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?“

Stimmberechtigt waren „alle deutschen Männer und Frauen Österreichs, welche am Abstimmungstag das 20. Lebensjahr überschritten hatten“. Bemerkenswerterweise wurde bei dieser Abstimmung das Wahlalter auf das vollendete 20. Lebensjahr festgelegt. Bei der Volksbefragung, die am 13. März 1938 hätte stattfinden sollen, wäre das Wahlalter bei 24 Jahren gelegen, während das aktive Wahlalter gemäß dem BVG von 1929 bei 21 Jahren lag. Die Absicht der Nationalsozialisten, vor allem auch viele junge Menschen mit einzubeziehen, liegt somit auf der Hand.

Quelle: BLA - Plakatsammlung



Abstimmungspropaganda.

Quelle: Silvia Boross

**Volksabstimmung und Wahl
zum Großdeutschen Reichstag am 10. April 1938.**

Wahlausweis
für die in der Anschrift benannte Person.

Abstimmzeit ist am 10. April 1938 von früh 8 Uhr bis nachm. 17 Uhr.

**Dieser Wahlausweis ist zur Abstempelung bei der Stimmabgabe vorzuweisen.
Er wird als Nachweis der vorgenommenen Abstimmung zurückgegeben.**

Frühzeitig zur Wahlurne gehen!

**Volksabstimmung
für Groß-Deutschland
am 10. April 1938
— Abgestimmt —**

Der Bürgermeister.

Wer das Stimmrecht ausübt, trotzdem er vom Stimmrecht ausgeschlossen oder Jude ist oder ihm bekannt ist, daß er von mindestens drei volljüdischen Großeltern abstammt oder aber als Mischling (mindestens zwei jüdische Großeltern) mit einer jüdischen Person verheiratet ist, hat diesen Wahlausweis sofort an das Gemeindeamt zurückzusenden und hat von der Wahl fernzubleiben. Andernfalls setzt er sich schwerer Bestrafung aus.

Der Wahlausweis war im Abstimmungslokal vorzuweisen.

Explizit ausgeschlossen vom Stimmrecht war, „*wer Jude ist oder als Jude gilt*“.

Ausgeschlossen von der Abstimmung waren, laut einem Erlass von Landeshauptmann Portschy vom 17. März 1938 auch die „Zigeuner“.

Die Zählung brachte bei einer Beteiligung von 99,71% der Stimmberechtigten 99,73% an Ja-Stimmen. Dennoch kamen die Nationalsozialisten nicht umhin, zumindest 11929 Nein-Stimmen zu verzeichnen, an die 5000 davon waren es allein in Wien. Im Burgenland brachte die Abstim-

mung 171491 Ja- und nur 63 Nein-Stimmen. In 297 von 324 Gemeinden gab es nur Ja-Stimmen. Damit war das Burgenland Spitzenreiter und voller Stolz berichtete Portschy: „*Ich habe dann im Burgenland am 10. April 1938 das beste Ergebnis erzielt.*“ Zur Feier des Tages fand am Abend in Eisenstadt ein Fackelzug mit anschließendem Feuerwerk statt, dem auch Portschy und die Mitglieder der Gau- und Landesleitung beiwohnten.

Reichsinnenminister Frick sandte Portschy anlässlich des Wahlerfolges ein Bild von sich mit der Widmung „*Herrn Gau-*

Foto: Gemeindearchiv Hornstein



NSDAP-Parteispitze von Hornstein vor dem Rathaus am 10. April 1938.

wahlleiter Portschy, zur Erinnerung an den hundertprozentigen Abstimmungssieg der Burgenländer am 10. April 1938. Frick.“

Im Vorfeld der Volksabstimmung wurden in Ungarn die Grenzgendarmarieposten verstärkt und in einem Bericht des Landesgendarmariekommandos für das Burgenland hieß es:

„In den jenseitigen Grenzgebieten ist ebenfalls die Stimmung für Deutschland und seinen Führer als äußerst günstig zu

bezeichnen. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Grenzdeutschen Ungarns ersehnt den Anschluß an das Deutsche Reich. Sogar unter der ungarischen Grenzbevölkerung machen sich starke Strömungen bemerkbar, die ähnliche Ziele verfolgen. Die Ungarischen Behörden versuchen diese Bestrebungen zu unterdrücken, woraus die Verstärkung der ungarischen Grenzorte gegen das Reich durch Gendarmerie und Grenzjäger zu erklären ist.“

* Üblicherweise wird der Begriff Volksabstimmung verwendet.

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

Quelle: Statistische Nachrichten, Burgenländische Landesbibliothek

115

Verwaltungsbezirk Gerichtsbezirk Ortsgemeinde	Stimm- ver- hältnis	Abge- ordnete	Ge- setz- liche	Stimmen		Ja	Nein	Verwaltungsbezirk Gerichtsbezirk Ortsgemeinde	Stimm- ver- hältnis	Abge- ordnete	Ge- setz- liche	Stimmen		Ja	Nein
				Ja	Nein							Ja	Nein		
Laberec	326	307	—	327	326	—	—	Güssing	1.245	1.245	—	1.243	1.243	—	—
Mäder	424	420	—	423	423	—	—	Gurtenbach	325	325	1	324	324	—	—
Meisling	395	390	—	393	393	—	—	Hackenberg	291	291	—	289	287	—	—
Radkowitz	1.204	1.200	—	1.200	1.194	—	—	Hagerndorf & Bergsdorf *	150	150	—	149	149	—	—
Rais *	80	80	—	80	80	—	—	Hárosch *	30	30	—	30	30	—	—
Rittsch *	432	432	—	432	432	—	—	Hausendorf i. Burgenl.	47	47	—	47	46	—	—
Rattauz	397	397	—	397	397	—	—	Hellgenbrunn *	181	181	—	181	181	—	—
Schläs *	373	373	—	373	373	—	—	Henggraben *	339	339	—	339	339	—	—
Schönb *	347	347	—	347	346	—	—	HIB *	66	66	—	66	66	—	—
Schn	307	306	—	306	303	—	—	Janzschel *	390	390	—	389	389	—	—
Thomaseu	180	180	—	180	180	—	—	Kirchbühel *	307	307	—	307	307	—	—
Viktorsberg	125	125	—	125	122	—	—	Kleinostbach *	159	159	—	159	159	—	—
Weinw *	350	350	—	350	350	—	—	Kroatisch-Ehrensdorf *	76	76	—	76	76	—	—
Zwischenwart	655	649	—	649	650	—	—	Kroat. Tuchschloß *	101	101	—	101	101	—	—
Burgenland	171.664	171.606	0	171.504	171.491	0	0	Krotendorf & Güssing *	80	80	—	80	80	—	—
1. Eisenstadt (Stadt)	2.567	2.554	2	2.564	2.549	6	6	Kuhfries *	607	607	—	607	607	—	—
2. Rust (Stadt)	962	962	—	962	962	—	—	Kötsch i. Burgenland *	182	182	—	182	182	—	—
3. Eisenstadt (Land)	22.259	22.259	—	22.259	22.259	—	—	Lönsbach i. Burgenland *	346	346	—	345	345	—	—
Gerichtsbezirk								Lösing *	103	103	—	103	103	—	—
Eisenstadt (Land)	22.259	22.259	—	22.259	22.259	—	—	Mauthausen *	442	442	—	442	442	—	—
Breitbrunn	803	803	—	803	803	—	—	Neuberg	365	365	—	365	365	—	—
Donnerskirchen *	1.233	1.233	—	1.233	1.233	—	—	Neudorf	370	370	—	370	370	—	—
Gröden	842	842	—	842	842	—	—	Neustift bei Güssing *	401	401	—	401	401	—	—
Hornstein	1.461	1.459	—	1.459	1.459	—	—	Neustift bei Güssing *	383	383	—	383	383	—	—
Kleinbühel	457	457	—	457	457	—	—	Oberböden *	314	314	—	314	314	—	—
Klingbach *	830	830	—	830	830	—	—	Ofenau *	964	964	—	964	964	—	—
Lattigsdorf *	489	489	—	489	489	—	—	Ofendorf i. Burgenland *	573	573	1	574	574	—	—
Lörz *	170	170	—	170	170	—	—	Paritz *	279	279	—	279	279	—	—
Mörbich am See *	1.292	1.292	—	1.292	1.292	—	—	Raschwart im Burgenl.	449	449	—	448	448	—	—
Reichenau *	740	740	—	740	740	—	—	Rebraben	303	303	1	301	301	—	—
Reich a. d. Leitha	1.704	1.704	—	1.704	1.704	—	—	Reinendorf *	300	300	—	300	300	—	—
Oberberg Eisenach *	784	784	—	784	784	—	—	Reu i. Burgenland *	296	296	1	295	295	—	—
Ogarn *	1.070	1.070	—	1.070	1.070	—	—	St. Kathrin i. B. *	195	195	—	195	195	—	—
Öden *	900	900	—	900	900	—	—	St. Michael i. Burgenl. *	459	459	—	458	458	—	—
Perfisch a. Heudorf *	1.227	1.227	—	1.227	1.227	—	—	St. Nikolaus i. Burgenl. *	145	145	—	145	145	—	—
St. Georgen *	794	794	—	794	794	—	—	Schallendorf i. B. *	81	81	—	81	81	—	—
St. Margarethen i. B. *	1.233	1.233	—	1.233	1.233	—	—	Siegenbrunn *	1.490	1.490	—	1.490	1.490	—	—
Schützen am Geleitz *	862	862	—	862	862	—	—	Sischnitz *	69	69	—	69	69	—	—
Sogenhof i. Burgenl.	1.430	1.429	—	1.429	1.429	—	—	Steingraben *	125	125	—	125	125	—	—
Stokesbrunn *	517	517	—	517	517	—	—	Stinitz *	658	658	—	658	658	—	—
Stotzing *	396	396	—	396	396	—	—	Streu *	278	278	—	278	278	—	—
Tausdorf a. d. Welza *	862	862	—	862	862	—	—	Teis i. Burgenland *	347	347	—	347	347	—	—
Umfers Eisenstadt *	87	87	—	87	87	—	—	Tenendorf *	94	94	—	94	94	—	—
Wingspassing a. S. L. *	598	598	—	598	598	—	—	Tetaj *	382	382	—	382	382	—	—
Wulkaprodersdorf *	1.104	1.104	—	1.104	1.104	—	—	Tuchschloß *	96	96	—	96	96	—	—
Zagersdorf *	552	552	—	552	552	—	—	Tulendorf *	41	41	—	41	41	—	—
Zillingtal *	504	504	—	504	504	—	—	Uttendorf *	303	303	—	303	303	—	—
4. Güssing	19.843	19.843	0	19.826	19.826	0	0	Uttendorf *	129	129	—	129	129	—	—
Gerichtsbezirk								Watten *	79	79	—	79	79	—	—
Güssing	19.843	19.843	0	19.826	19.826	0	0	Wattersberg	331	331	1	330	330	—	—
Ducksdorf *	642	642	—	642	642	—	—	5. Jennersdorf	12.816	12.816	—	12.816	12.816	—	—
Hargersberg *	479	479	—	479	479	—	—	Gerichtsbezirk	12.816	12.816	—	12.816	12.816	—	—
Deutsch-Hofing *	99	99	—	99	99	—	—	Jennersdorf	12.816	12.816	—	12.816	12.816	—	—
Deutsch-Ehrensdorf *	126	126	—	126	126	—	—	Boschnitz *	131	131	—	131	131	—	—
Deutsch-Schützen	484	484	—	484	484	—	—	Deutsch-Katholbrunn *	900	900	—	900	900	—	—
Deutsch-Tuchschloß *	352	352	—	352	352	—	—	Deutsch-Mühlhof *	180	180	—	180	180	—	—
Eberau *	348	348	—	348	348	—	—	Dobersdorf *	265	265	—	264	264	—	—
Edlitz im Burgenland *	98	98	—	98	98	—	—	Döbher *	179	179	—	179	179	—	—
Eisenberg a. d. Pölla *	388	388	—	388	388	—	—	Erdendorf *	479	479	—	478	478	—	—
Eisenbüttl *	171	171	—	171	171	—	—	Geleitz *	414	414	—	414	414	—	—
Gaa *	544	544	—	544	544	—	—	Geleitz i. Burgenl. *	98	98	—	98	98	—	—
Gösdorf *	125	125	—	125	125	—	—	Heiligkreuz i. Leitha- tal *	731	731	—	731	731	—	—
Gersdorf & Güssing *	308	308	—	308	308	—	—	Hendorf im Burgenl. *	400	400	—	400	400	—	—
Güssing	184	184	—	184	184	—	—	Jennersdorf *	1.283	1.283	—	1.283	1.283	—	—
Großbühel *	279	279	—	279	279	—	—	Kalk *	304	304	—	304	304	—	—
								Kärsdorf *	365	365	—	365	365	—	—
								Kristofel *	377	377	—	377	377	—	—
								Krotendorf bei Neu- haus & Klammshoch *	122	122	—	122	122	—	—

In den mit * bezeichneten Gemeinden haben alle Stimmberechtigten mit Ja gestimmt.

Die Ergebnisse der Volksabstimmung aus dem Burgenland.

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

Quelle: Statistische Nachrichten, Burgenländische Landesbibliothek

116

Verwaltungsbezirk Gerichtsbezirk Ortsgemeinde	Stimm- verhält- nis	Abge- ordnete	Un- ter- lege	Gesam- t	Ja	Nein	Verwaltungsbezirk Gerichtsbezirk Ortsgemeinde	Stimm- verhält- nis	Abge- ordnete	Un- ter- lege	Gesam- t	Ja	Nein
Mühlhof-Lieben *	206	206	—	206	206	—	St. Andr. bei Pressen- kirchen	853	840	—	840	840	—
Magersdorf *	242	242	—	242	242	—	Tadten	821	819	1	819	819	—
Mühlgraben *	276	276	—	276	276	—	Walden *	929	929	—	929	929	—
Neubaus u. Klammsh *	513	513	—	513	513	—	Weiden am See	1.004	1.000	—	1.000	1.000	—
Neumarkt u. d. Raab *	513	513	—	513	513	—	Wiesen *	644	644	—	644	644	—
Oberdross *	225	225	—	225	225	—	Zarndorf	1.204	1.204	—	1.204	1.200	1
Pappendorf i. Bergsd. *	245	245	—	245	245	—							
Sax *	420	420	—	420	420	—							
Robrhaus *	411	411	—	411	411	—							
Rosendorf *	105	105	—	105	105	—							
Rosendorf *	908	908	—	908	908	—							
St. Martin u. d. Raab *	287	287	—	287	287	—							
Tauha *	199	199	—	199	199	—							
Waldendorf *	245	245	—	245	245	—							
Weichselhaus *	229	229	—	229	229	—							
Wetten *	280	280	—	280	280	—							
Winklhub Mühlhof *	300	300	—	300	300	—							
Zahling *	372	372	—	372	372	—							
G. Mattersburg	10.602	10.602	4	10.602	10.612	1							
Gerichtsbezirk	10.602	10.612	4	10.602	10.612	1							
Mattersburg	10.602	10.612	4	10.602	10.612	1							
Antau *	583	583	—	583	583	—	Hannersdorf *	920	920	—	920	920	—
Baumgarten i. Bergsd. *	517	517	—	517	517	—	Hausendorf *	113	113	—	113	113	—
Dralling *	739	739	—	739	739	—	Hochstall *	171	171	—	171	171	—
Ferdöwan *	798	798	—	798	798	—	Horitschon *	625	621	—	621	621	—
Hirn *	607	607	—	607	607	—	Kaisersdorf *	531	531	—	531	530	1
Kronsdorf *	429	429	—	429	429	—	Kallgraben *	189	189	—	189	190	—
Lepersbach i. Bergsd. *	617	616	1	616	614	1	Karl *	189	189	—	189	189	—
Marr *	1.130	1.140	—	1.149	1.140	—	Kleinmünchen *	164	164	—	164	164	—
Mattersburg	2.282	2.228	1	2.218	2.211	—	Klosterwandorf *	750	750	—	750	750	—
Nordfl. *	1.200	1.209	—	1.200	1.201	—	Kloster Matzelsdorf	240	239	—	239	239	—
Neustift u. d. Raabla	596	596	—	596	596	—	Kobersdorf *	679	678	—	678	678	—
Pütteldorf *	461	452	—	452	452	—	Kogl im Bergsd. *	113	113	—	113	113	—
Pöschdorf *	1.203	1.202	—	1.202	1.202	—	Krottsch Oberndorf *	519	519	—	519	519	—
Rohrbach h. Mattersb. *	1.285	1.285	—	1.285	1.285	—	Krottsch Mühlhof *	574	574	—	574	574	—
Sachsenbrunn *	669	669	—	669	669	—	Lackendorf *	730	730	—	730	730	—
Schattendorf *	1.292	1.292	—	1.292	1.292	—	Lackendorf *	287	287	—	287	287	—
Siegraben *	605	605	—	605	605	—	Landsee *	289	289	—	289	289	—
Sigm. *	605	605	—	605	605	—	Langegg i. B. *	175	175	—	175	175	—
Stöttera *	464	464	—	464	464	—	Leobersdorf *	139	140	—	140	140	—
Waldersdorf *	482	482	—	482	482	—	Liebling *	179	179	—	179	179	—
Wiesen *	1.282	1.281	—	1.281	1.281	—	Lindgraben *	229	228	—	228	228	—
Zarnsdorf *	484	484	—	484	482	—	Lockenhaus *	720	720	—	720	720	—
							Lutzmannsdorf *	751	751	—	751	751	—
T. Neusiedl am See	21.000	20.296	14	20.272	20.242	28	Mattersdorf an der Raabla	420	420	—	420	420	—
Gerichtsbezirk	21.000	20.296	14	20.272	20.242	28	Markt St. Martin	540	540	1	539	537	2
Neusiedl am See	21.000	20.296	14	20.272	20.242	28	Mitterndorf *	259	259	—	259	259	—
Andau *	1.202	1.212	—	1.210	1.208	—	Neusiedl *	138	138	—	138	138	—
Apollon *	1.073	1.072	—	1.073	1.073	—	Neusiedl h. Landsee	1.097	1.097	—	1.097	1.097	—
Burgenndorf *	1.213	1.215	—	1.212	1.212	—	Neum. *	709	709	—	709	709	—
Isenack-Jahrsdorf *	681	681	—	681	681	—	Niktsch *	1.174	1.174	—	1.174	1.174	—
Edlitztal *	429	429	—	429	429	—	Oberndorf *	940	940	—	940	940	—
Franscherthal *	1.215	1.215	—	1.212	1.212	—	Oberpetendorf *	209	209	—	209	209	—
Gamsdorf *	650	650	—	650	650	—	Oberpetendorf *	709	709	—	709	709	—
Gola *	1.211	1.211	—	1.211	1.211	—	Oberraabla *	314	314	—	314	314	—
Halltarn *	1.284	1.284	—	1.284	1.284	—	Peggendorf *	309	309	—	309	309	—
Hirta *	1.298	1.298	—	1.298	1.298	—	Reinthal *	571	571	—	571	571	—
Job *	502	502	—	501	501	—	Rattersdorf *	479	478	—	472	470	1
Kaisersbrunn *	547	547	—	547	547	—	Ritting *	808	808	—	808	808	—
Kittsee *	1.621	1.621	—	1.621	1.621	—	Salmundorf *	124	124	—	124	124	—
Körsdorf *	1.219	1.219	—	1.219	1.219	—	Schwendgraben *	181	181	—	181	181	—
Neusiedl bei Pann *	615	615	—	615	615	—	Steinbach i. B. *	109	109	—	109	109	—
Neusiedl am See *	2.736	2.734	—	2.734	2.734	—	Steinberg i. B. *	679	679	—	679	679	—
Nickelsdorf *	1.287	1.289	—	1.289	1.289	—	Stöck *	973	973	—	973	973	—
Pann *	657	657	—	657	657	—	Süßendorf *	321	322	—	321	321	—
Pannaggen *	1.094	1.094	—	1.091	1.090	—	Tachendorf *	287	287	—	287	287	—
Pannhof *	1.842	1.843	—	1.842	1.842	—							
Petersdorf *	657	657	—	657	656	—							
Petzmannsdorf *	395	395	—	395	395	—							

In den mit * bezeichneten Gemeinden haben alle Stimmberechtigten mit Ja gestimmt.

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

Quelle: Statistische Nachrichten, Burgenländische Landesbibliothek

117

Verwaltungsbezirk Gerichtsbezirk Ortsgemeinde	Stimm- berechtigte	Abge- ordnete	Unglück- liche	Geldige	Ja	Nein	Verwaltungsbezirk Gerichtsbezirk Ortsgemeinde	Stimm- berechtigte	Abge- ordnete	Unglück- liche	Geldige	Ja	Nein
Unterfrauenau *	396	396	—	396	396	—	Loipersdorf l. Burgenl. *	456	456	—	456	456	—
Unterlendorf *	323	323	—	323	323	—	Marasdorf *	329	329	—	329	329	—
Unterperndorf *	408	408	—	408	408	—	Markt Allhau *	794	794	—	794	794	—
Unterperndorf *	463	463	—	463	463	—	Marktlöbde *	468	468	—	468	468	—
Unterperndorf *	394	394	—	394	394	—	Miedingdorf *	187	187	—	187	187	—
Wängersdorf *	322	322	—	322	322	—	Mischendorf *	345	345	—	345	345	—
Wepfersdorf *	618	618	—	618	618	—	Mischendorf *	109	109	—	109	109	—
							Nußkau d. Wart *	148	148	—	148	148	—
S. Oberwart	21.224	21.217	14	21.247	21.244	21	Neumarkt l. Tauchent *	289	289	—	289	289	—
							Neustift a. d. Laibitz *	374	374	—	374	374	—
Gerichtsbezirk							Neustift b. Schilling *	89	89	—	89	89	—
Oberwart	21.274	21.272	14	21.287	21.284	21	Oberwart im Burgenl. *	626	626	—	626	626	—
							Oberwart *	121	121	—	121	121	—
Alberndorf *	47	47	—	47	47	—	Oberwart *	642	642	—	642	642	—
Althofen *	149	148	—	149	149	—	Oberwart *	2.620	2.620	—	2.620	2.620	—
Althofen *	362	362	—	362	362	—	Oberrath *	2.291	2.290	—	2.290	2.277	—
Aschau im Burgenland *	364	364	—	364	364	—	Podgora *	171	171	—	171	171	—
Badersdorf *	339	339	—	339	339	—	Podler *	69	69	—	69	69	—
Bad Tatzmannsdorf *	394	394	—	394	394	—	Rachring-Allersgraben *	62	62	—	62	62	—
Bergwerk *	150	150	—	150	150	—	Rechnitz *	2.212	2.212	—	2.212	2.204	—
Bernau *	608	608	—	608	608	—	Reichschlag *	286	286	—	286	286	—
Buchschachen *	528	528	—	528	528	—	Reinbach *	379	379	—	379	379	—
Burg *	366	366	—	366	366	—	Reinbach *	361	361	—	361	361	—
Dreikönig *	115	118	—	115	118	—	Reinbach a. d. Taich *	254	254	—	254	254	—
Dreiwald *	129	129	—	129	129	—	Reinbach a. d. Taich *	502	501	—	501	501	—
Dürbach l. Burgenl. *	429	429	—	429	429	—	Rannersdorf *	109	109	—	109	109	—
Eisenbüchel *	186	186	—	186	186	—	St. Maria l. d. Wart *	136	136	—	136	136	—
Eisenbüchel bei Schilling *	95	95	—	95	95	—	Schachendorf *	218	218	—	218	218	—
Göbbling *	306	306	—	306	306	—	Schachendorf *	328	328	—	328	328	—
Göbelschachen *	442	442	—	442	442	—	Schachendorf *	194	194	—	194	194	—
Göbels *	173	173	—	173	173	—	Schönbach *	52	52	—	52	52	—
Göbelschachen *	92	92	—	92	92	—	Schönbach *	144	144	—	144	144	—
Großperndorf *	1.202	1.202	—	1.202	1.202	—	Siegt l. d. Wart *	185	185	—	185	185	—
Günz *	92	92	—	92	92	—	Spatz *	166	166	—	166	166	—
Hannersdorf *	379	379	—	379	379	—	Stadt Schilling *	525	525	—	525	525	—
Hochart *	189	189	—	189	189	—	Stollen *	360	360	—	360	360	—
Hörsching *	207	207	—	207	207	—	Solberg *	77	77	—	77	77	—
Jahing *	538	538	—	538	538	—	Tausent *	161	161	—	161	161	—
Jornsdorf *	168	168	—	168	168	—	Unterholz *	172	172	—	172	172	—
Kemnitz *	820	820	—	820	820	—	Unterholz *	326	326	—	326	326	—
Kislada *	199	199	—	199	199	—	Unterwart *	628	628	—	628	628	—
Kleinach *	196	196	—	196	196	—	Weiden b. Rechnitz *	169	169	—	169	169	—
Kleinperndorf *	145	145	—	145	145	—	Weinberg l. Burgenl. *	89	89	—	89	89	—
Kleinperndorf *	72	72	—	72	72	—	Weinberg *	273	273	—	273	273	—
Köchlach *	427	427	—	427	427	—	Wien *	512	512	—	512	512	—
Köschitz *	292	292	—	292	292	—	Willendorf *	328	328	—	328	328	—
Kreling *	134	134	—	134	134	—	Wollau *	767	767	—	767	767	—
Litzendorf *	823	823	—	823	823	—	Woppendorf *	127	127	—	127	127	—
							Zobornach *	362	362	—	362	362	—

In den mit * bezeichneten Gemeinden haben alle Stimmberechtigten mit Ja gestimmt.

„Im Laufe dieser Woche hört das Burgenland auf ein eigenes Verwaltungsgebiet zu sein (...) meine Burgenländer und meine Gefolgsmänner (...) hebt den Kopf hoch und seid stolz in einem größeren Bereiche als es das Burgenland war, nun in den Kolonnen unserer braunen und schwarzen Armeen marschieren zu dürfen (...).

Es lebe Großdeutschland, die lebendige Gemeinschaft unseres deutschen Volkes und unser heißgeliebter Führer Adolf Hitler.“

Aufruf von Dr. Tobias Portschy in der Grenzmark Burgenland vom 16. Oktober 1938

DIE AUFLÖSUNG DES BURGENLANDES

Schon bald nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich begannen Diskussionen über eine Neuordnung der bisherigen Verwaltungseinheiten des Landes. Abgesehen von den Gebietsveränderungen Westösterreichs gingen die Überlegungen im Osten dahingehend, das erst vor 17 Jahren als autonomes Bundesland an Österreich angeschlossene Burgenland aufzulösen. Die neue Landesregierung unter Portschy war zwar bemüht, die Integrität des Landes zu erhalten, besaß letztendlich aber doch nicht die Autorität, mit ihren Argumenten durchzudringen.

Landeshauptmann Portschy verfasste eine Denkschrift mit dem Titel *Mission des Burgenlandes*, worin er dafür plädierte, das Burgenland als Ganzes zu belassen.

„Es ist demnach das Burgenland ein Teil Pannoniens und ist als Grenzland und Grenzgau dazu berufen, seine Mission einheitlich im Raum zwischen der Donau und Drau, ja sogar noch darüber hinaus

zu erfüllen. Aus diesem Grunde halte ich die Aufteilung des Burgenlandes für nicht gerechtfertigt, es sei denn, daß man aus mir unbekanntem Gründen die gegenwärtige Grenze des Burgenlandes gegenüber Ungarn für alle Zeit als gegeben hinnehme (...).“

Trotz vielfacher Diskussionen auf der Basis verschiedenster Entwürfe lag die endgültige Entscheidung letztendlich bei Hitler. Dieser respektierte mehr oder weniger die historische Entwicklung der Bundesländer, nur die beiden kleinsten Bundesländer Vorarlberg und Burgenland sollten der Reform zum Opfer fallen. Am 23. Mai 1938 verfügte Hitler die Aufteilung des Landes Österreich auf sieben Gaue. Während zunächst noch die Rede davon war, dass das Burgenland ungeteilt dem Gau Steiermark einverleibt werden sollte, fiel am 31. Mai endgültig die Entscheidung, das Land entgegen früherer Vereinbarun-

DIE MACHTERGREIFUNG DER NATIONALSOZIALISTEN

Quelle: BLA



Mit dem Gesetz vom 1. Oktober 1938 und mit Wirksamkeit vom 15. Oktober 1938 wurde die Aufteilung des Landes Burgenland auf die Gaue Niederdonau und Steiermark angeordnet.

gen auf die Gaue Niederdonau und Steiermark aufzuteilen. Die Verwaltungsbezirke Neusiedl am See, Eisenstadt, Mattersburg, Oberpullendorf sowie die landesunmittelbaren Städte Eisenstadt und Rust wurden dem Gau Niederdonau, die drei südlichen Bezirke Oberwart, Güssing und Jennersdorf dem Gau Steiermark eingegliedert. Damit unterstand das Burgenland künftig den beiden Gauleitern Dr. Hugo Jury (Niederdonau) und Siegfried Uiberreither (Steiermark), Gauleiter und Landeshauptmann

Portschy wurde zum Gauleiter-Stellvertreter der Steiermark „degradiert“. Die Bezirkshauptmannschaften wurden in Kreise unbenannt. Der Bezirkshauptmann führte nunmehr die Amtsbezeichnung „Landrat“.

Die gesetzliche Grundlage für die Aufteilung des Burgenlandes bildete das „Gebietsveränderungsgesetz“ vom 1. Oktober 1938, das am 15. Oktober in Kraft trat. In diesem Gesetz wurde das Burgenland offiziell das letzte Mal genannt.

BIOGRAFIEN FÜHRENDER BURGENLÄNDISCHER NATIONALSOZIALISTEN

JOHANN ARNHOLD

GEB. 27. MÄRZ 1911 IN BERGWERK

GEST. 17. NOVEMBER 1989 IN WIEN

Johann Arnhold entstammte einer evangelischen Handwerkerfamilie. Sein Vater war im Antimonbergwerk in Schläining beschäftigt. Nach abgelegter Reifeprüfung im Jahr 1930 absolvierte Arnhold die Lehrerbildungsanstalt in Oberschützen. Er trat 1928 der Hitlerjugend bei und war in der Mittelschulzeit in nationalen Verbindungen organisiert. Da er keine Anstellung als Lehrer fand, war er in der Fa. Hutter & Schranz in Pinkafeld tätig. Ab 1933 war er Mitglied der NSDAP. Er führte im Haus Othmar Spans, dem Antimonschloß, eine illegale Druckwerkstätte, bis er im Jahr 1934 zweimal verhaftet wurde. Danach war er als Hauslehrer bei der Familie des Grafen Almay tätig.

Bei der Gründung des „Gaes Burgenland“ wurde er zuerst Organisationsleiter und ab 1936 Stellvertretender Gauleiter, er war auch Mitglied der SS. 1937 flüchtete er nach Deutschland, von wo er erst im Februar 1938 zurückkehrte. Am 11. März

1938 leitete Arnhold die Machtübernahme in Oberwart. Dennoch wurde er nicht mit einem hohen burgenländischen politischen Amt entschädigt, sondern erhielt „nur“ einen Sitz im Reichstag. Arnhold wurde in den Stab des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Josef Bürckel versetzt und hatte ab Februar 1939 die Funktion eines Kreisleiters in Wien inne. Er meldete sich freiwillig zur Front und wurde vor Moskau verwundet. Danach war er wieder Kreisleiter in Wien und ab Herbst 1944 Abschnittskommandant des Ostwalls im Bereich Pressburg bis zum Neusiedler See, ehe er ins Führerhauptquartier versetzt wurde. Im März 1945 war er erneut in Wien und geriet schließlich in US-Kriegsgefangenschaft. Nach zwei Volksgerichtsprozessen kam Arnhold 1950 wieder frei. Im Nachkriegsösterreich wurde er Direktor der „Verkaufsgesellschaft österreichischer Röhrenwerke“ und ging 1977 in den Ruhestand.

HEINZ ADOLF BIRTHELMER

GEB. 11. FEBRUAR 1884 IN HERMANSTADT, RUMÄNIEN
GEST. 31. OKTOBER 1940 WIEN

Heinz Adolf Birthelmer war Sohn eines Kunstschlossers. Er absolvierte die Volksschule in Hermanstadt und die Ausbildung zum Elektroingenieur in Deutschland. Anschließend arbeitete er für die Firma AEG, die in Reichenberg (Böhmen) einen Standort hatte. Ab 1923 lebte er in der Steiermark (Gratkorn) und war von 1923 bis 1928 in der STEWAG in Graz tätig, wo er mit den Ideen des Nationalsozialismus vermehrt in Berührung kam. 1928 wurde er Generaldirektor der Eisenstädter Elektrizitäts AG und verlegte seinen Wohnsitz nach Eisenstadt.

Am 11. März 1938 zählte Birthelmer

zu den Organisatoren der Machtübernahme. Gemeinsam mit Dr. Friedrich Schirk und Josef Palham koordinierte er von Beginn an die Aktion in Eisenstadt und führte den Marsch zum Landhaus an, zu dem Portschy erst viel später dazu stieß. Der nationalsozialistischen Landesregierung, die nominell bis zum 1. Oktober 1938 bestand, gehörte Birthelmer als Landesrat, zuständig für die Ressorts Finanz- und Bauwesen, an. Nach der Auflösung des Burgenlandes wurde er Landesstatthalter und Gauwirtschaftsberater in Niederdonau. Seine Funktion musste er am 1. Oktober 1940 aus gesundheitlichen Gründen zurücklegen.

HELMUT BREYMANN

GEB. 9. FEBRUAR 1911 IN TRIEST
GEST. 1944 AN DER OSTFRONT

Über die Kindheit von Helmut Breymann ist wenig bekannt. Belegt ist seine Tätigkeit als Hilfsamtmann in der Gemeinde Pinkafeld. Dort musste er aber aus wirtschaftlichen Gründen im Jänner 1932 entlassen werden. Ab März 1932 schlug er sich als Arbeiter durch. Zu dieser Zeit fand er Aufnahme in den Kreis der burgenländischen Nationalsozialisten und wurde ein treuer Weggefährte von „Gauleiter“ Dr. Tobias Portschy.

In der Verbotszeit verbrachte er als Mitglied der NSDAP Pinkafeld insgesamt 295 Tage in politischer Haft. Breymann bekleidete den Rang eines SS- Standartenführers und war Leiter der SS des Gaus Burgenland (ab 1935). Im Jahr 1937 wurde gegen ihn als einen der Hauptverdächtigen im so genannten „Fememord von Neustift“ ermittelt. Genauso wie Portschy konnte auch Breymann keine Mitschuld nachgewiesen werden.

Am Tag der Machtergreifung hielten sich Breymann und die SS anfangs im Hintergrund. In den späten Abendstunden des 11. März zählte er zu den maßgeblichen Akteuren. Breymann wurde zum Sicherheitsdirektor für das Burgenland ernannt und hatte somit im Machtgefüge der NSDAP eine Schlüsselposition inne. Er war der Regisseur der nun folgenden Terror- und Verhaftungswelle und entscheidend an den ersten Vertreibungen der jüdischen Burgenländer beteiligt. Breymann galt als besonders fanatischer Nationalsozialist. Vom 15. März bis 15. Oktober 1938 war er Mitglied des burgenländischen Landtages.

Für seine Haftzeit erhielt der „alte Kämpfer“ Breymann im Jahr 1939 eine Entschädigung von der NSDAP. Der Auszahlung ging eine Intervention Portschys

voraus, die Breymann als „Mitarbeiter in der Verbotszeit“ beschrieb. Im Jahr 1939 verließ er das Burgenland und zog nach Wien, wo er – jung verheiratet – im Palais Rotschild residierte. Bald nach Kriegsbeginn rückte er ein. Er starb im Jahr 1944 bei den Kämpfen um den Brückenkopf von Narva. Bis Kriegsende galt Breymann allerdings als verschollen.

Helmut Breymann wurde posthum im Staatspolizeilichen Fahndungsblatt vom 16. Dezember 1946 (Nr. 28) zur Verhaftung ausgeschrieben und wegen Hochverrats, „Illegalität“, Registrierungs Betrugs, Kriegsverbrechen, „Vertreibung aus der Heimat“ und Verletzung der Menschenwürde angeklagt. Über seinen Kriegstod gab es erst später Klarheit; das Landgericht Wien erklärte ihn am 13. Oktober 1949 für tot.

DR. KURT GROSS

GEB. 5. JUNI 1912 HARRACHSDORF (BÖHMEN)

GEST. 28. DEZEMBER 1977 MÜNCHEN

Die Familie von Kurt Groß kam 1922 ins Burgenland. Sein Vater erhielt eine Anstellung als Lehrer in Stegersbach. Kurt Groß absolvierte die Matura in Graz und studierte anschließend Jus an der Universität Wien (Dr. iur. 1935). Er war Mitglied der „Vereinigung deutscher Hochschüler aus dem Burgenland“ und des „Deutschen Turnvereins“. Ab 1932 war er Mitglied der NSDAP, später auch der SS und SA. Innerhalb der burgenländischen NSDAP wurde er Bezirks-

fürher der SS-Oberpullendorf und ab 1936 Gaugeschäftsführer und kurzzeitig sogar Stellvertretender Gauleiter. Er arbeitete führend am Aufbau der NSDAP im Burgenland mit. Zur Tarnung trat er 1934 der Vaterländischen Front bei.

In den dramatischen Stunden der Machtergreifung nahm Groß eine Schlüsselstellung ein. Portschy kommandierte ihn in die NSDAP-Landesleitung nach Wien, wo er mit der Gruppe um Arthur Seyß-Inquart Kontakt hielt und die burgenländi-

schen Kameraden sofort mit den neuesten Informationen versorgte. Groß war von 15. März bis 15. Oktober 1938 Mitglied des nationalsozialistischen Landtages und ab dem Sommer 1938 Gauinspektor in Niederdonau. Als Freiwilliger der Waffen-SS wurde er mehrfach verwundet. Ab 1943 war er als Lehrer an der SS-Unterführerschule Radolfzell tätig. 1945 geriet er in

amerikanische Kriegsgefangenschaft.

Wegen der Ermordung von Fallschirmagenten wurde er in einem Kriegsverbrecherprozess schuldig gesprochen und schließlich 1953 begnadigt. Gemeinsam mit Mithäftlingen gründete er eine Managementberatung und war bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1977 in Deutschland beruflich sehr erfolgreich.

ARNOLD ILKOW

GEB. 1894

GEST. 11. OKTOBER 1948

Arnold Ilkow war bereits ab 1931 ein überaus aktiver Nationalsozialist der Eisenstädter Ortsgruppe. Er übte den Beruf eines Zivilingenieurs aus.

In den Märztagen des Jahres 1938 wurde seine Wohnung zur geheimen Kommandozentrale umfunktioniert. Über den dort befindlichen Telefonanschluss hielt Ilkow Kontakt zur NSDAP-Landesleitung in Wien und leitete die neuesten Informationen über den Stand der „Machtübernahme“ von Wien an Portschy weiter. Seine Treue wurde Ilkow bereits am 13. März mit dem politischen Amt des Bürgermeisters von Eisenstadt belohnt. Gauleiter Portschy persönlich hatte ihn dafür bestimmt.

Sein Sohn Herwig Ilkow, vor 1938 bereits Stabsleiter der SA-Brigade, wurde Abgeordneter des Burgenländischen NS-Landtages. Auch Ilkows Gattin Gertrud war in der NSDAP – bereits in der Zeit der Illegalität – tätig. Ab März 1938 übte sie die Funktion einer Schulungsleiterin der Frauenschaft des Kreises Eisenstadt aus.

Im Jahr 1939 wurde Arnold Ilkow vom Kreisleiter persönlich abgesetzt, da er sich „parteischädigend“ verhalten haben soll.

Beim Heranrücken der Roten Armee zog es die Familie Ilkow vor, Eisenstadt zu verlassen. Bis nach Tirol führte sie ihre Flucht. Dort wurde sie schließlich im Mai 1946 festgenommen und im Jänner 1947 in das Gefangenenhaus des Bezirksgerichts Eisenstadt überstellt.

Sein Verhalten in seiner Zeit als Bürgermeister brachte Arnold Ilkow ein Volksgerichtsverfahren wegen Hochverrats, „Illegalität“, Registrierungs Betrugs, „missbräuchlicher Bereicherung“ „Vertreibung aus der Heimat“ und Denunziation ein. Er verstarb am 11. Oktober 1948, so dass die Vorwürfe gegen ihn nie restlos aufgeklärt werden konnten. Auch gegen Gertrud Ilkow wurde ein Volksgerichtsverfahren eingeleitet. Trotz intensiver Ermittlungen konnten ihr keine Beteiligungen an Aktionen gegen politische Andersdenkende oder gegen Juden nachgewiesen werden, sodass das Verfahren Anfang 1948 eingestellt wurde.

JOSEF PALHAM

GEB. 14. DEZEMBER 1905 IN EISENSTADT

GEST. 21. NOVEMBER 1988 IN EISENSTADT

Das Bauernkind Josef Palham absolvierte Volksschule und 1. Klasse Bürgerschule in Eisenstadt und die Realschule in Ödenburg und Wr. Neustadt. Er schloss seine Ausbildung mit zwei Semestern an der Technischen Hochschule bzw. Universität Wien ab. 1934 schloss er das Lehramt für Mathematik und Physik ab. In der Zeit von 1933 bis 1936 war Palham mehrfach wegen illegaler Tätigkeit für die NSDAP in Polizeihaft und zeitweise auch im Lager Wöllersdorf interniert. Er übte den Rang eines SA-Brigadeführers aus. Bereits in der Zeit der Illegalität wurde er zu einem unentbehrlichen Mitarbeiter Portschys. In der Nacht vom 11. auf 12. März 1938 war er führend am Umsturz in Eisenstadt beteiligt und wurde zum Konto gingen die

ersten Verhaftungen in Eisenstadt. Er ließ sofort die Frontmiliz entwaffnen und alle öffentlichen Gebäude und lebenswichtigen Betriebe besetzen. Von 13. März bis 1. Oktober 1938 war er Landesstatthalter (Landeshauptmannstellvertreter) des Burgenlandes und damit Mitglied der national-sozialistischen Landesregierung, zuständig für die Bereiche Schule, Kultur, Kunst, Wissenschaft und Feuerwehrewesen. Von Oktober 1938 bis April 1940 übte Palham die Funktion eines Landesrates im Gau Niederdonau aus. Von 1940 bis 1945 stand er im Militärdienst und geriet in Kriegsgefangenschaft.

Am 8. Juni 1948 wurde er wegen „Illegalität“, Hochverrat sowie Denunziation von einem Volksgericht zu zweieinhalb Jahren Haft und Vermögensverfall verurteilt.

DR. TOBIAS PORTSCHY

GEB. 5. SEPTEMBER 1905 IN UNTERSCHÜTZEN

GEST. 2. MÄRZ 1996 IN RECHNITZ

Tobias Portschy besuchte die Volksschule und das Gymnasium in Oberschützen. Im Jahr 1925 legte er dort auch die Reifeprüfung ab, um anschließend in Wien und Göttingen Rechtswissenschaft zu studieren. In Göttingen kam er erstmals in Kontakt mit den Ideen

des Nationalsozialismus (1937 promovierte er zum Dr. iur.). 1928 wurde Portschy Vorsitzender der „Vereinigung deutscher Hochschüler aus dem Burgenland“, eine Organisation aus welcher sich etwas später die Kader der NSDAP rekrutieren sollten. 1931 trat er der Partei bei (Mit-

glieds-Nr. 511.418), der er letztendlich bis zu seinem Tod die Treue hielt. 1933 wurde er Kreisleiter, 1935 erster Gauleiter des Burgenlandes.

In der Zeit von 1934 bis 1938 verbrachte er insgesamt 18 Monate in politischer Haft – unter anderem auch im Anhaltelager Wöllersdorf. Trotz Haft verfügte er über die Möglichkeit, seine politische Agitation fortzusetzen. Im Zuge des Berchtesgadener Abkommens im Februar 1938 wurde er amnestiert und widmete sich nun voll der Parteiarbeit. Er war der Architekt des Umsturzes im Burgenland, wenn auch sein Führungsanspruch innerhalb der Nationalsozialisten nicht immer unumstritten war. Bis zum Oktober 1938 blieb Portschy Landeshauptmann des Burgenlandes. Er war maßgeblich für die Verfolgung der burgenländischen Juden und vor allem der Burgenlandroma verantwortlich. Von Mai 1938 bis April 1945 übte er die Funktion des stellvertretenden Gauleiters in der Stei-

ermark aus. Beim Herannahen der Front flüchtete er auf eine Berghütte bei Neumarkt, stellte sich aber am 13. Juni 1945 der englischen Besatzungsmacht.

Portschy wurde am 28. März 1949 wegen „Illegalität“ und Ausübung diverser Parteifunktionen – u. a. als Gauleiter des Burgenlandes und als stellvertretender Gauleiter der Steiermark – zu „15 Jahren schweren Kerker ergänzt durch ein hartes Lager jährlich“ verurteilt. 1951 wurde er begnadigt. Im Nachkriegsösterreich machte Portschy ein weiteres Mal – als Unternehmer einer Elektrohandelskette – Karriere.

Bis zuletzt genoss der letzte lebende Gauleiter des Dritten Reichs politisch höchstes Ansehen. Schockierend ist einer seiner letzten öffentlichen Auftritte in der Dokumentation *Schuld und Sühne* (ORF 1992) von Egon Humer. Die Verherrlichung des Nationalsozialismus und die Hasstiraden gegen Roma brachten dem damals 87-jährigen eine Anzeige wegen Wiederbetätigung ein.

DR. FRIEDRICH SCHIRK

GEB. 27. OKTOBER 1906 IN ÖDENBURG

GEST. 21. MAI 1984 IN EISENSTADT

Friedrich Schirk war Sohn eines Lokomotivführers aus Sopron, wo er auch die Volks- und Realschule besuchte. Von 1920 bis 1923 absolvierte er eine Lehre als Handelskaufmann, besuchte schließlich das Realgymnasium Eisenstadt, ehe er in Wien Rechtswissenschaften zu studieren begann. Nach dem Abschluss des Studiums im Jahr 1933 folgten Ge-

richtsjahre in Eisenstadt und Wien.

Von 1935 bis 1938 war Schirk Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF) der NSDAP des Gaues Burgenland. Seine illegale Tätigkeit brachte ihn mehrfach in Konflikt mit dem Ständestaat. Er wurde 1936, 1937 und 1938 inhaftiert. Im Zuge einer „Säuberungswelle“ in der hiesigen Wirtschaft wurde er zum stellvertretenden

1 9 2 8

10.01.:

Demission von LH Josef Rauhofer – Neuwahl von LH Anton Schreiner.

1 9 2 9

16.06.:

LH Schreiner erlässt Aufmarschverbot, das bis 15. September 1929 befristet ist.

24.07.:

Demission von LH Anton Schreiner – Neuwahl der Bgld. Landesregierung – LH Prälat Pfarrer Johann Thullner.

14.12.:

Schlusssteinlegung des Landhauses in Eisenstadt.

1 9 3 0

31.03.:

16.00 Uhr: Feierlicher Einzug der Landesregierung in das neue Landhaus.

18.05.:

„Korneuburger Eid“ – das Korneuburger Heimwehrprogramm ist eine Absage an den Parlamentarismus.

15.06.:

Franz Binder, der sich geweigert hat, das Korneuburger Gelöbnis zu leisten, legt bei einer in Oberwart stattfindenden Versammlung sämtlicher burgenländischer Heimwehrführer, in Anwesenheit der Bundesführer Dr. Steidle und Dr. Pfriemer, seine Stelle als Landesführer nieder.

09.11.:

Nationalrats- und Landtagswahlen im Burgenland:

LTW: CSP 42,7%, SDAP 37,8%, Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund 16,1%, Heimatblock (Heimwehr) 2,3%, NSDAP

0,7%, KPÖ 0,4%. Die beiden großen Parteien vereinen die überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung, die offen faschistischen Verbände haben zu diesem Zeitpunkt keinen starken Rückhalt in der Partei.

10.12.:

Neuwahl der Bgld. Landesregierung – LH Anton Schreiner.

1 9 3 1

03.05.:

Gemeinderatswahlen.

31.05.:

Bundesregierung erlässt ein Aufmarschverbot für ganz Österreich.

21.06.:

Enthüllung des „kleinen“ Anschlussdenkmals in Oberschützen.

09.10.:

Wiederwahl von Wilhelm Miklas (Christlichsozialer) zum Bundespräsidenten.

28.10.:

Demission von LH Anton Schreiner, die dieser bereits am 5. Oktober gegenüber seiner Partei angekündigt hat.

25.11.:

Neuwahl der Bgld. Landesregierung – LH Dr. Alfred Walheim.

1 9 3 2

20.05.:

Kabinetts Dollfuß I. – die letzte, nach parlamentarischen Grundsätzen gebildete Regierung.

23.05.:

LH a. D. Anton Schreiner (58 Jahre) wird in seiner Ziegelei in Walbersdorf von Stephan Zeltner erschossen.

2./3.07.:

Die Nationalsozialisten halten in Eisenstadt einen so genannten „Deutschen Tag“ ab, in dessen Verlauf es am 3. Juli zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten kommt. Die Parteizentrale der SDAP wird gestürmt und LH-Stv. Ludwig Leser verletzt.

10.07.:

Als Antwort darauf organisiert die Burgenländische Sozialdemokratische Landespartei eine Woche später einen Aufmarsch des Schutzbundes am Hauptplatz in Eisenstadt; an dieser Massenkundgebung nehmen an die 2500 Menschen teil.

30.07.:

Enthüllung des Haydn-Gedenksteines vor dem Landhaus (dieser wird 1960 geschliffen).

31.07.:

Hinterlegung von Erde in den Haydn-Gedenkstein – „Erde aus allen deutschen Landen“, anlässlich der Sternfahrt der Jugend zum Grabe Haydns („Haydn-Jahr 1932“).

1 9 3 3**30.01.:**

Deutschland: Adolf Hitler, Führer der Nationalsozialisten wird zum deutschen Reichskanzler ernannt.

04.03.:

So genannte „Selbstausschaltung des Parlaments“ – der Streitfall über die Abstimmung bzgl. eines Beschlusses über die Maßregelung der Verkehrsbediensteten (am 1. März hat ein zweistündiger Proteststreik der Eisenbahner stattgefunden) führt dazu, dass die Präsidenten des Nationalrates nacheinander zurücktreten: Dr. Karl

Renner (Sozialdemokratische Partei), Rudolf Ramek (Christlichsoziale Partei), Sepp Straffner (Großdeutsche Partei).

07.03.:

Beginn der autoritären Regierung auf Grund des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ von 1917.

31.03.:

Auflösung des Republikanischen Schutzbundes in Österreich durch Verfügung des Bundeskanzlers.

20.05.:

Gründung der Vaterländischen Front.

26.05.:

Verbot der Kommunistischen Partei in Österreich.

19.06.:

Verbot der NSDAP in Österreich.

02.07.:

Besuch von BK Dollfuß in Eisenstadt.

11.09.:

Trabrennplatz-Rede von BK Dollfuß – die Führerstandarte trägt erstmals das Krukenkreuz, ein Zeichen der Kreuzfahrer des Mittelalters.

23.09.:

In Wöllersdorf (bei Wr. Neustadt) wird ein Anhaltelager errichtet.

27.09.:

Der Österreichische Heimatschutz (Bundesführer Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg) tritt korporativ in die Vaterländische Front ein; gleichzeitig wird der Heimatblock, die Parteioorganisation des Heimatschutzes aufgelöst.

14.10.:

Die Landesleitung der Vaterländischen Front im Burgenland ist errichtet: LR Dipl. Ing. Hans Sylvester wird zum Landesleiter bestellt.

26.10.:

BK Dollfuß übernimmt auf Ersuchen des Christlichen Heimatschutzes des Burgenlandes selbst die Funktion des obersten Heimwehr-Führers im Burgenland.

10.11.:

Wiedereinführung der Todesstrafe auf standrechtlicher Grundlage.

1 9 3 4

12.02.:

Nach schweren Kämpfen zwischen der Exekutive und dem ehemaligen Schutzbund in Linz kommt es in Wien zur Arbeitsniederlegung in den städtischen Betrieben und bald darauf zu blutigen Straßenkämpfen.

Verbot der Sozialdemokratischen Partei, Auflösung ihrer Organisationen, Erlöschen der Mandate in allen öffentlichen Körperschaften.

18.02.:

Demission von LH Dr. Alfred Walheim.

22.02.:

Nachwahlen im Burgenländischen Landtag nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten; Neuwahlen der Bgld. Landesregierung – LH Dipl. Ing. Hans Sylvester.

02.03.:

Der „Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten“ (= Einheitengewerkschaft) wird durch Verordnung der Bundesregierung geschaffen.

22.03.:

Volkszählung in Österreich: Das Burgenland zählt 299447 Personen.

09.04.:

Die Freistadt Eisenstadt ernennt Erzherzog Otto Habsburg-Lothringen zum Ehrenbürger der Stadt.

25.04.:

Das „Ermächtigungsgesetz“ des Landeshauptmannes wird beschlossen.

19.05.:

In über 170 Gemeinden des Burgenlandes wurde bereits an Erzherzog Otto Habsburg-Lothringen die Ehrenbürgerschaft verliehen (so genannte „Kaisergemeinden“), davon in sämtlichen Gemeinden des Bezirkes Mattersburg.

25.05.:

Verhängung des Standrechtes für Sprengstoffverbrechen im gesamten Bundesgebiet.

19.06.:

Wiedereinführung der Todesstrafe im ordentlichen Verfahren und Umgestaltung der Geschworenengerichte.

12.07.:

Das Standrecht wird auch auf alle Sprengstoffbesitzer verhängt.

25.07.:

BK Dollfuß wird vom SS-Mann Otto Planetta im Kanzleramt ermordet – Putschversuch der Nationalsozialisten in Wien, vereinzelte Erhebungen auch in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und in der Steiermark.

29.07.:

Der bisherige Unterrichtsminister Dr. Kurt Schuschnigg wird vom Bundespräsidenten zum Bundeskanzler ernannt.

16.10.:

Letzte Sitzung des Landtages nach alter Verfassung – der Landtag beschließt das neue Landesverfassungsgesetz über die „Landesverfassung 1934“.

Dr. Karl Fuith, Obmann der Christlichsozialen Landespartei spricht die Liquidierung

seiner Partei aus – dies bedeutet die Selbstauflösung der „Christlichsozialen Partei des Burgenlandes“.

01.11.:

Die neue burgenländische Landesverfassung tritt in Kraft, Ernennung der Mitglieder der Bgld. Landesregierung durch LH Sylvester.

11.11.:

1. Sitzung des ernannten burgenländischen ständischen Landtages.

1 9 3 5

31.3.:

Gründung der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“ im Rahmen der Vaterländischen Front als zweite Arbeitnehmervertretung. Auffassung der Staatsvolksschulen im Burgenland – diese werden als konfessionelle oder Gemeinde-Volksschulen weitergeführt.

05.05.:

Auf Grund des großen Zuwachses der Nationalsozialisten erfolgt die Schaffung eines eigenen „Gaus Burgenland“, „Gauleiter“ wird der Rechtsanwaltsanwärter Dr. Tobias Portschy, sein Stellvertreter Hans Arnhold. Analog dazu wird auch die SA umgruppiert und nunmehr eine eigene „Brigade Burgenland“ geschaffen (Brigadeführer Josef Palham).

08.06.:

BK Schuschnigg nimmt an einer Kundgebung der Vaterländischen Front in Eisenstadt teil; er schreitet die angetretenen Wehrverbände im Kasernengelände ab.

21.06.:

Auflösung der „Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs“ durch die Generaldi-

rektion f. d. öffentliche Sicherheit (Bundeskanzleramt).

1 9 3 6

16.–23.03.:

„Sozialistenprozess“ gegen 28 Revolutionäre Sozialisten und zwei Kommunisten – Höhepunkt der Verfolgung der illegalen Arbeiterbewegung.

01.04.:

Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Österreich.

20.05.:

Bundesgesetz über die Vaterländische Front, die zum einzigen Träger der politischen Willensbildung im Staate erklärt wird.

22.05.:

Die Bgld. Landesregierung erklärt die Hymne mit dem Text von Dr. Ernst Görlich und in der Vertonung von Peter Zauner als offizielle burgenländische Landeshymne.

10.10.:

Auflösung der freiwilligen Wehrverbände in Österreich – diese sollen in die Frontmiliz der Vaterländischen Front übergeführt werden.

14.11.:

Festsitzung des Ständischen Landtages anlässlich „15 Jahre Burgenland“, ebenfalls anwesend BP Wilhelm Miklas, BK Dr. Kurt Schuschnigg, Kardinal Dr. Theodor Innitzer sowie die burgenländische Landesregierung.

1 9 3 7

13.04.:

BK Schuschnigg in Eisenstadt anlässlich des Landesappells der Amtswalterschaft der VF.

1938

12.02.:

Berchtesgadener Abkommen – Treffen Schuschniggs mit Hitler in Berchtesgaden: Hitler fordert u. a. eine Amnestie für die Nationalsozialisten in Österreich und die Berufung eines Nationalsozialisten in die Regierung.

16.02.:

Dr. Arthur Seyß-Inquart wird als Innen- und Sicherheitsminister in die Regierung berufen.

19.02.:

Generalamnestie für alle eingekerkerten Nationalsozialisten.

Die Rückkehr von Gauleiter Portschy wird mit Freudentemonstrationen begangen.

21.02.:

800–1000 Menschen versammeln sich vor dem Landhaus und am Schlossplatz in Eisenstadt und singen „Lieder der Nation“.

24.02.:

Rede von BK Schuschnigg, worin er Bezug auf das Treffen mit Hitler in Berchtesgaden nimmt – er schließt mit den Worten: „*Bis in den Tod. Rot-Weiß-Rot! Österreich!*“

In Eisenstadt wird diese Rede in überfüllten Sälen des Hotels „Weiße Rose“, des Haydnkinos und der Arbeiterkammer gehört; anschließend ziehen die Teilnehmer – an die 2500 Menschen – über die Hauptstraße zum Dollfußplatz (heute Europaplatz) und zur Neusiedlerstraße.

27.02.:

Großkundgebung in Oberwart, an der nach Angaben der BH-Oberwart ca. 3300 Menschen teilnehmen, die mit Hakenkreuzfahnen und Heil-Rufen durch die Stadt ziehen.

06.03.:

BK Schuschnigg entwickelt im engsten Kreis seiner Vertrauten den Plan, eine Volksbefragung gegen den Anschluss abhalten zu lassen.

08.03.:

Über zwei geheime Kanäle erfährt Hitler allerdings vorzeitig von diesem Plan – auch die burgenländische NS-Führung wird telefonisch aus Wien informiert, ohne konkrete Weisungen.

09.03.:

BK Schuschnigg kündigt für den 13. März 1938 eine Volksbefragung über die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs an. Zu diesem Zeitpunkt laufen bereits die Vorbereitungen der Nationalsozialisten.

11.03.:

5.00 Uhr:

Es wird „Grünes Licht“ für die Bundesländer gegeben: Portschy lässt alle Ortsgruppen alarmieren – in Eisenstadt und Oberwart sollten große Sternmärsche, in den Bezirksvororten und größeren Gemeinden Kundgebungen abgehalten werden.

19.00 Uhr:

BK Schuschnigg gibt im Radio die Absage der Volksabstimmung bekannt.

19.50 Uhr:

Abschiedsrede von BK Schuschnigg im österreichischen Rundfunk mit den Schlussworten: „*Gott schütze Österreich.*“

NS-Übernahme im Burgenland: Gauleiter Dr. Tobias Portschy gibt bekannt, dass er zum Landeshauptmann bestellt ist.

20.00 Uhr:

Portschy setzt die gesamte Landesregierung davon in Kenntnis und enthebt sie ihrer Funktion. Die Mitglieder der Landesregierung werden verhaftet, SA und SS besetzen alle wichtigen Ämter.

12.03.:

In den Morgenstunden wird Gauleiter Portschy durch den nunmehrigen BK Seyß-Inquart offiziell zum Landeshauptmann des Burgenlandes ernannt.

5.30 Uhr:

Beginn des Einmarsches deutscher Truppen in Österreich.

16.00 Uhr:

Hitler überschreitet die österreichische Grenze bei Braunau.

20.00 Uhr:

Großer Empfang Hitlers in Linz.

13.03.:

Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich – Art. 1: „*Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.*“ Österreichs Souveränität ist damit erloschen.

15.03.:

Hitlers Rede auf dem Heldenplatz in Wien vor fast 250000 Menschen.

Ernennung Seyß-Inquarts zum Reichsstatthalter in Österreich.

Gauleiter und Landeshauptmann Portschy löst den burgenländischen Landtag auf und ernennt einen neuen Landtag mit 30 Mitgliedern.

Nachmittag:

Einzug von 300 Mann der reichsdeutschen Schutzpolizei (aus Bremen, Hamburg und Wilhelmshafen) unter Jubel der Bevölkerung; Begrüßung vor dem Schloss durch LH Portschy und sämtlichen Mitgliedern der Landesregierung.

06.04.

Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick zu Besuch in Eisenstadt.

10.04.:

Volksabstimmung in Österreich über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich.

Ergebnis Burgenland: 169775 Ja-Stimmen, 63 Nein-Stimmen; in 297 von 324 Gemeinden wurden nur Ja-Stimmen abgegeben (so genannte „Führergemeinden“).

31.08.:

Arbeitsverpflichtung für Zigeuner: Erlass des LH Portschy zur Sicherung der Ernte 1938 – Pflichtarbeit für alle arbeitsfähigen Zigeuner und Zigeunerinnen wird angeordnet.

12.09.:

Verordnung von LH Portschy betreffend die Regelung des burgenländischen Schulwesens: Auflösung der konfessionellen Schulen; alle Volks- und Hauptschulen werden als allgemeine öffentliche Schulen weitergeführt – Schulerhalter ist die politische Gemeinde.

01.10.:

Gesetz über Gebietsveränderungen im Lande Österreich: „§ 1 (2): „*Das ehemals österreichische Land Burgenland wird aufgelöst. Von ihm fallen die Verwaltungsbezirke Eisenstadt, Mattersburg, Neusiedl am See und Oberpullendorf sowie die landesunmittelbaren Städte Eisenstadt und Rust an das ehemals österreichische Land Niederösterreich, die Verwaltungsbezirke Güssing, Jennersdorf und Oberwart an das ehemals österreichische Land Steiermark.*“

15.10.:

Das Gebietsveränderungsgesetz vom 1. Oktober 1938 tritt in Kraft. Das Burgenland wird auf die Gaue Niederdonau und Steiermark aufgeteilt und verschwindet von der Landkarte.

LITERATURVERZEICHNIS

AG zur Erforschung und Dokumentation der Geschichte der burgenländischen Arbeiterbewegung: Um Freiheit und Brot. Geschichte der burgenländischen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Eisenstadt 1984

Joska B e n k ö: Zigeuner, Ihre Welt – ihr Schicksal. Unter besonderer Berücksichtigung des burgenländischen und ungarischen Raumes, Pinkafeld 1979

Richard B e r c z e l l e r: Norbert Leser ... mit Österreich verbunden. Burgenlandschicksal 1918–1945, Wien-München 1975

Franz D a n i m a n: Finis Austria. Österreich, März 1938, Wien 1978

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.):
Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945, Wien 1979

Aurelius F r e y t a g, Boris M a r t e, Thomas S t e r n (Hrsg.):
Geschichte und Verantwortung, Wien 1988

Ulrike H a r m a t: Abschied von Ungarn. Das Burgenland nach dem Anschluß, in:
Elisabeth Deinhofer, Traude Horvath (Hrsg.): Grenzfall. Burgenland 1921–1991,
Eisenstadt 1991

Horst H a s e l s t e i n e r, Alfred M a l e t a: Der Weg zum „Anschluss“ 1938,
Karl v. Vogelsang-Institut, Wien 1988

Josef K l a m p f e r: Das Eisenstädter Ghetto, Burgenländische Forschungen Bd. 51,
Eisenstadt 1966

Johann K r i e g l e r: Politisches Handbuch des Burgenlandes, 1. Teil (1921–1938),
Eisenstadt 1972

Ursula M i n d l e r: Tobias Portschy. Biographie eines Nationalsozialisten –
Die Jahre bis 1945, Burgenländische Forschung Nr. 92, Eisenstadt 2006

Otto M ö d l a g l: Burgenland im Ständestaat, in: Bgld. Landesarchiv (Hrsg.):
50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der landeskundlichen Forschungsstelle
am Landesarchiv, Burgenländische Forschungen Sonderheft III, Eisenstadt 1971

Jonny M o s e r: Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft in: Emmerich Talos, Ernst Hani-
nisch, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988

Tobias P o r t s c h y: Die Zigeunerfrage. Denkschrift des Landeshauptmannes für das Burgenland, Pg. Dr. Portschy, Eisenstadt August 1938

Gerald S c h l a g: Um Freiheit und Brot. Die Arbeiterbewegung von ihren Anfängen im westungarischen Raum bis zur Verbannung in die Illegalität, in: SPÖ-Landesorganisation Burgenland (Hrsg.): Aufbruch an der Grenze, Eisenstadt 1989

Gerald S c h l a g: Die politischen Parteien des Burgenlandes 1921–1934, in: Bgld. Landesarchiv (Hrsg.): 50 Jahre Burgenland. Vorträge im Rahmen der landeskundlichen Forschungsstelle am Landesarchiv, Burgenländische Forschungen Sonderheft III, Eisenstadt 1971

Gerald S c h l a g: Der 12. März 1938 im Burgenland und seine Vorgeschichte, in: Bgld. Landesarchiv (Hrsg.): Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren“, Burgenländische Forschungen Bd. 73, Eisenstadt 1989

Gerald S c h l a g: Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien, Eisenstadt 1991

Emmerich T a l o s, Ernst H a n i s c h, Wolfgang N e u g e b a u e r (Hrsg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988

Emmerich T a l o s, Wolfgang N e u g e b a u e r (Hrsg.): „Austrofaschismus“ – Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938, Wien 1984

Felix T o b l e r: Zur Frühgeschichte der NSDAP im Burgenland (1923–1933), in: Bgld. Landesarchiv (Hrsg.): Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren“, Burgenländische Forschungen Bd. 73, Eisenstadt 1989

Erika T h u r n e r: Kurzgeschichte des Nationalsozialistischen Zigeunerlagers in Lackenbach (1940–1945), Eisenstadt 1984

Susanne U s l u - P a u e r: Volksgerichte: Den Tätern auf der Spur..., Burgenländische Forschungen Bd. 96, Eisenstadt 2008

Roland W i d e r: Die „Unschuld vom Lande“ – Argumente gegen die Plötzlichkeit (Eine sozialpsychologische Annäherung an das Burgenland von 1938), in: Bgld. Landesarchiv (Hrsg.): Burgenland 1938. Vorträge des Symposions „Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren“, Burgenländische Forschungen Bd. 73, Eisenstadt 1989

Quellenverzeichnis:

Burgenländisches Landesarchiv:

BLA, Zeitgeschichtliche Sammlung
BLA, Opferfürsorgeakte der Sozialabteilung
BLA, Gauarchiv Burgenland
BLA, „Zigeunerakt“ Karton Polizei I-A, 25/180
BLA, aufgelöste Vereine
BLA, Vaterländische Front
BLA, Sonderbestand Lage und Vorfällenheiten
BLA, Polizei (Vereine)
BLA, Plakatsammlung
BLA, Fotosammlung

Film: „Historisches Burgenland“ aus der Serie „Österreich in historischen Filmdokumenten“ hrsg. vom Filmarchiv Austria und dem Burgenländischen Landesarchiv, Eisenstadt 2001

Zeitungen, Zeitschriften:

Burgenländische Freiheit
Der Freie Burgenländer
Grenzland Bote
Grenzmark Burgenland
Neues Burgenländisches Volksblatt. Wochenblatt für das Vaterländische Volk des Burgenlandes
Oberwarther Sonntags-Zeitung

Statistische Nachrichten, hrsg. vom Österreichischen Statistischen Landesamt: Die Volksabstimmung vom 10. April 1938 in Österreich über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Wien, 10. Mai 1938, 16. Jg., Nr. 5

Nachlässe:

Nachlass Kritsch
Nachlass Stoiber

Private Leihgeber:

Silvia B o r o s s, Stoob
Gemeindearchiv Hornstein (Robert S z i n o v a t z, Günther S t e f a n i t s)
Heinz R i t t e r, Lutzmannsburg
Josef S t o i b e r, Eisenstadt

**WIR BEDANKEN UNS FÜR DIE
FREUNDLICHE UNTERSTÜTZUNG
BEI:**

Silvia BOROSS

Evelyn FERTL

Ursula MINDLER

Heimo PORTSCHY

Heinz RITTER

Günther STEFANITS

Anna STOIBER

Josef STOIBER jun.

Robert SZINOVATZ

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abteilung 7 – Landesmuseum
A-7000 Eisenstadt, Museumgasse 1-5
Direktor w. Hofrat Dr. Josef Tiefenbach

Redaktion:

Dr. Pia Bayer und Dr. Evelyn Fertl

Umschlagbild & Layout:

Kreativgrafik Simone Klemenschits, Dammstraße 10, 7011 Siegendorf

Druck:

Druckzentrum Eisenstadt, Mattersburger Straße 23, 7000 Eisenstadt

ISBN 978-3-85405-168-8

WAB 125, Eisenstadt 2008



„Nordlicht. Zwischen 20.30 und 23.15 Uhr waren Reflexerscheinungen des Nordlichtes derart stark wahrzunehmen, daß innerhalb des Horizontes alles in grellem Rot erschien und in vielen Orten Feuersalarm gegeben wurde. Die Bevölkerung... deutete die überwältigende Naturerscheinung als ein Zeichen für den Weltuntergang, Krieg, Seuchen, Hungersnot usw.“

Aus der Gendarmeriechronik von MinthofLiebau, am 25. Jänner 1938